27. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2016

Sozialimpulse

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus

Soziale Sicherung –
Bausteine einer Reform I

Seelisch-geistige
Bedingungen sozialer Sicherheit

US-Präsidentschafts-
wahlkampf

Wer Mut sät, wird
eine neue Welt ernten

Betrachtungen, Initiativen,
Termine, Literatur

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Soziale Sicherung – Bausteine einer Reform I (Christoph Strawe / Harald Spehl) 3
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit 4
Seelisch-geistige Bedingungen sozialer Sicherheit 7
Folgen für die soziale Struktur 9

Zeichen der Zeit 15
Der US-Präsidentschaftswahlkampf (Roland Benedikter) 15
Wer Mut sät, wird eine neue Welt ernten – Interview mit Nicanor Perlas 22

Betrachtungen und Berichte 27
Der soziale Organismus – eine aphoristische Betrachtung (Gerhard Schuster) | BGE-Abstimmung in der Schweiz | Panama Papers | TTIP u. CETA | Appell zum Umsteuern | Bayer–Monsanto | Bio-Landwirtschaft lohnt | Trauer um Rupert Neudeck

Zur Debatte 34
Sollten die Öffentlich-Rechtlichen abgeschafft werden? (Stefan Padberg)

Initiativen und Termine 35
iWiPo-Institut (Wilhelm Neurohr) | Studienwoche Dreigliederung und Bauimpuls | 10 Jahre Institute for Social Banking | European Credit Initiative

Literatur 39
Im Jahrhundert der Katastrophen – Theodor Bergmann zum 100. Geburtstag (André Bleicher) | Thilo Sarrazin: Wunschdenken (Helmut Woll) | Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? – Der Impuls der Dreigliederung und die Gründung des INKA

Netzwerk-Treffen 2016 in Wuppertal 43

Werkstatt & Kolloquium „Arbeit im Wandel" 44

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief" angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Am 5. Juni hat die Schweizer Bevölkerung über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abgestimmt. Es war die weltweit erste Volksabstimmung zu diesem Thema überhaupt. Das Ergebnis – 23,1 Prozent – ist sehr beachtlich, der Prozentsatz der Ja-Stimmen unerwartet hoch. Kaum einer der Initiatoren, die mit bewundernswerter Energie und Kreativität agierten, hatte ja erwartet, im ersten Anlauf eine Mehrheit zu erringen. Vielmehr ging es darum, eine Lebensfrage der sozialen Zukunft in einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zu bringen, – als erste Voraussetzung für einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins, der schließlich Dinge möglich werden lässt, die lange für unmöglich gehalten wurden. Ein Dialog dieser Intensität und Qualität war nur möglich in einem Land, in dem solche Debatten nicht folgenlos bleiben, weil der Souverän die Möglichkeit hat, direkte Entscheidungen auf nationaler Ebene herbeizuführen. Das alleine ist noch keine Garantie für „richtige" Entscheidungen. Auch in Ländern mit direkter Demokratie müssen Individual- und Minderheitenrechte immer wieder zur Geltung gebracht werden. Aber die Chance der Teilnahme und Teilhabe ist hier größer als da, wo nicht das Volk das letzte Wort hat, sondern wie immer legitimierte Eliten.

Die Abstimmung in der Schweiz ist ein Symptom dafür, dass bei aller Düsternis der Weltlage doch konstruktive Ansätze im Sozialen sich Bahn zu brechen beginnen. Nicht zuletzt ist das Ergebnis aber auch eine Herausforderung, die Fragen der Ausgestaltung und der Konsequenzen eines Grundeinkommens noch tiefer zu durchdenken. Viele Kontroversen um das Thema in der großen Öffentlichkeit und auch in der Dreigliederungsszene, die durch einseitige Bilder der Sache entstanden sind, dürften sich dann wohl erübrigen.

Ein Grundeinkommen schüfe einen Bereich erwerbsfreier Einkommensbildung. Letztlich sind aber der Erwerbsarbeitsbegriff und das heute noch vielfach herrschende Verständnis von Arbeit und Einkommen nicht nur in einem Teilbereich, sondern insgesamt, korrekturbedürftig. Deshalb drängt die innere Logik des Grundeinkommensimpulses zu einer umfassenden Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. –

Die Entstehung eines Hefts dieser Zeitschrift ist immer wieder ein spannender Prozess, mit positiven, aber auch manchmal unliebsamen Überraschungen. Zu den letzteren gehört es, wenn Texte, mit denen fest gerechnet wurde, ausfallen oder nicht rechtzeitig fertig werden. Dann muss u.U. die gesamte Planung umgeworfen werden. Das ist auch deshalb heikel, weil nur ganze Bögen (je 8 Seiten) und halbe Bögen (je 4 Seiten) gedruckt werden können. Fehlt für einen vorgesehenen Artikel 1 Seite Platz, müssen also zusätzlich weitere 3 Seiten erstellt werden usw. Mit Problemen dieser Art mussten wir uns diesmal wieder herumschlagen, aber letztlich ist doch wieder ein Heft mit interessanten Themen fertig geworden.

Ihr C. Strawe

Soziale Sicherung

Bausteine zu einer Reform I

Christoph Strawe / Harald Spehl

Vorbemerkung: *Die folgenden Texte sind in der vorliegenden Form im Zusammenhang mit der Arbeit im Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart zum Thema „Soziale Sicherung im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat" entstanden, bei der es nicht zuletzt um Vorschläge zu Grundeinkommen und Sozialsystemen ging.*

Eine ursprünglich geplante größere Buchpublikation, die von Harald Spehl und Christoph Strawe erstellt werden sollte, konnte aus verschiedenen Gründen nicht wie geplant fertiggestellt werden. Allerdings waren die Vorarbeiten doch recht weit gediehen. Da eine Abrundung in der ursprünglich geplanten Form in absehbarer Zeit nicht realisierbar erscheint, die Aktualität des Themas aber immer wieder unsere Stellungnahme fordert, haben wir uns entschlossen, einen Teil des vorhandenen Materials in einzelnen Bausteinen zusammenzufassen und nach und nach in der Zeitschrift „Sozialimpulse" zu publizieren. In diesem Heft haben wir nun Materialien zu den Grundlagenfragen sozialer Sicherung zusammengestellt. Für die Konzeption zeichnen beide Autoren verantwortlich, die Formulierung dieses Teils besorgte C. Strawe.

Zur Einleitung

Die Einkommensungleichheit in Deutschland hat seit den 90er Jahren drastisch zugenommen. Seit dem Milleniumwechsel verzeichnen wir die stärkste Zunahme unter allen OECD-Staaten.[1] Welche einschneidenden Konsequenzen das hat, beleuchtete schlaglichtartig ein Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 31.5.2013, der unter dem Titel „Geld macht alt" aufzeigt, dass Wohlhabende länger leben als Ärmere. Kein Wunder, dass soziale Gerechtigkeit und Sicherheit angesichts des Auseinanderdriftens der Gesellschaft zu den wichtigsten Themen in den heutigen sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, gehören.

Ende der 1980er Jahre war das noch durchaus anders. Nur eine Minderheit fühlte sich selbst betroffen oder bedroht von einem Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme.

Das hat sich gründlich geändert. Die Senkung der Sozialkosten wird seither als ökonomischer Sachzwang der Globalisierung dargestellt, weil die Sozialkosten angeblich die Weltmarktpreise belasten und damit einen Wettbewerbsnachteil darstellen. War man vor 1989 in der Systemkonkurrenz mit dem Staatssozialismus noch stolz auf das erreichte Wohlstands- und Sicherungsniveau, so ertönte in den 1990er Jahren allenthalben die Forderung nach einer Senkung der Sozialkosten zum Zweck der „Standortsicherung". Es wird der Eindruck vermittelt, als seien wirtschaftliche Zukunftssicherung und soziale Gerechtigkeit nicht auf einen Nenner zu bringen.

Demgegenüber haben wir[2] im Jahr 1999 die aufkommensneutrale Umfinanzierung der lohn- und gehaltsbezogenen Beitragszahlungen zu den Sozialsystemen durch einen verbrauchsbezogenen Sozialausgleich vorgeschlagen und diesen Vorschlag beispielhaft an der Arbeitslosenversicherung durchgerechnet. Es ging uns damals um den Nachweis, dass eine Finanzierung sozialer Sicherheit wettbewerbsneutral möglich ist. Die Kürzungen sind somit kein Sachzwang der Globalisierung. Zugleich wollten wir einen Weg aufzeigen, der auch weniger entwickelten Ländern den Einstieg in den Aufbau bzw. Ausbau eigener sozialer Sicherungssysteme ermöglicht.[3]

Wir haben es nicht mit einer vorübergehenden Krise des Sozialstaats zu tun, sondern mit einer grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Die durch die laufende Erhöhung der Arbeitsproduktivität freigewordenen Arbeitskräfte lassen sich zum großen Teil nicht mehr in neuen Erwerbsarbeitsplätzen einsetzen. „Sie bleiben bei steigender Produktion unbeschäftigt, d.h. arbeitslos. Wir sind in den ökonomisch hochentwickelten Ländern in einem neuen wirtschaftlichen Zustand, den man ‚Vollversorgung bei sinkender Beschäftigung' nennen kann."[4]

1 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung_in_Deutschland

2 Wenn hier und im Folgenden von „wir" die Rede ist, so sind je nach Kontext die beiden Autoren bzw. der Verantwortungskreis des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart gemeint. Zu diesem gehören auch Udo Herrmannstorfer und Michael Ross, ohne deren Beiträge und Anregungen bei vielen gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen und internen Meetings dieser Text nicht hätte entstehen können. 2015 stieß auch André Bleicher zu diesem Kreis.

3 Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Lohnnebenkosten.pdf (zuerst veröffentlicht in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Stuttgart, Heft 1/März 1999, S. 3–12).

4 a.a.O., S. 4

Das heißt aber, dass die Formel „Erwerbsarbeit = Einkommen“ für immer weniger Menschen gilt und dass auf diese Weise Sozialeinkommen einen immer größeren Stellenwert erhalten müssen, wenn nicht „die Gesellschaftsstrukturen unserer Staaten innerlich zerfallen“ sollen.[5]

Diese Lage sowie die Neuregelung der sozialen Sicherung in Deutschland im Jahr 2003 – 2005 (ALG I und II, volkstümlich auch als „Hartz-Gesetze“ bekannt, insbesondere die sogenannten Hartz IV-Regelungen, mit denen die Entmündigung und Prekarisierung eines erheblichen Teils der Arbeitslosen einherging und -geht) veranlasste uns, die Frage nach einer grundlegenden Neugestaltung als Alternative zu den Hartz-Reformen und vergleichbaren Programmen in anderen Ländern in den Vordergrund zu stellen. Damit stand notwendig auch der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens auf der Tagesordnung – für das sich damals eine größere Bewegung zu entwickeln begann, die z.B. mit der Volksabstimmung in der Schweiz einen neuen Aufschwung genommen hat. Das zog und zieht weitere Fragen nach sich, insbesondere diejenige nach dem Verhältnis von Grundeinkommen und Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Auch die Frage nach dem Verhältnis von Mindestlohn und Grundeinkommen wird nach wie vor kontrovers diskutiert.

Obwohl heute überall die Verschärfung sozialer Gegensätze beklagt wird, haben es innovative Ideen zur Zukunftsgestaltung in diesem Bereich schwer. Die Auffassungen über den richtigen Weg gehen auch unter den sozial Engagierten oft noch weit auseinander. Umso wichtiger ist der offene Dialog, zu dem wir beitragen wollen. In den vergangen Jahren haben wir im Institut für soziale Gegenwartsfragen die Zukunft des öffentlichen Sektors und der sozialen Sicherung auch im Rahmen von Forschungskolloquia behandelt, zu denen wir Teilnehmer mit unterschiedlichem Hintergrund eingeladen hatten, um mit ihnen im ergebnisoffenen, wissenschaftlichen Diskurs gemeinsam Antworten auf offene Fragen zu suchen.[6] Diese Dialoge haben uns bei der Klärung unserer eigenen Positionen sehr geholfen, wofür wir allen Beteiligten herzlichen Dank sagen.

Viele Diskussionen, wie sie etwa in Talkshows über soziale Gerechtigkeit geführt werden, bleiben emotional oder sozialtechnisch – und damit an der Oberfläche. Wir haben demgegenüber versucht, Grundfragen nicht auszuklammern: Was ist überhaupt soziale Gerechtigkeit, wie bildet sich mitmenschliches Bewusstsein und Empfinden, wie hängen Sozialentwicklung und menschliche Entwicklung zusammen? Nur auf dieser Grundlage lassen sich nach unserer Auffassung wirkliche Verbesserungen anvisieren und umsetzen.

5 ibd.

6 Vgl. http://www.sozialimpulse.de/themen.html

Grundfragen

1. Soziale Sicherheit und die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit[7]

Soziale Sicherheit steht unter Druck: Sie führe – so heißt es – zu Standortnachteilen im globalen Wettbewerb und gefährde dadurch die Zukunft mehr als sie zu sichern. Soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit erscheinen als Gegensatz. Soziale Gerechtigkeit wird zunehmend aufgefasst als eine bestimmte Konvention, die nach Kassenlage umdefiniert werden kann.

Soziale Gerechtigkeit ist ein Ideal, ein Leitbild. Das Verständnis dieses Ideals kann sich zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten erheblich unterscheiden. Gerechtigkeitsempfinden entwickelt sich mit den Menschen, ist nichts Statisches – darf aber auch kein Produkt subjektiver Willkür sein: Gerechtigkeitsvorstellungen müssen von einer größeren Anzahl von Menschen geteilt werden, um sich so ins gesellschaftliche Bewusstsein einzuleben, dass sie prägenden Einfluss auf die gesellschaftliche Wirklichkeit erlangen können, ja mehr noch: Über Empfinden und Vorstellen hinaus, hat „soziale Gerechtigkeit“ als Begriff einen Inhalt, der durch Denkakte der einzelnen Menschen zum Vorschein gebracht werden muss, jedoch an sich „subjekts- und objektsallgemein“ ist.[8] Im Zeitalter der Individualisierung wird das Verhalten der Menschen immer weniger durch einen gesellschaftlich verordnten Wertekanon bestimmt. Vielmehr muss der einzelne Mensch aus seinem ureigenen Wertverständnis heraus diese Ideen zu handlungsleitenden Motiven erheben. Dieser „ethische Individualismus“[9] darf allerdings nicht in einen Gegensatz zur Diskursfähigkeit ethischer Werte gebracht werden.

Seit seinem Erwachen hat das menschliche Denken auch nach Kriterien sozialer Gerechtigkeit gesucht. Bis heute hilft uns Aristoteles‘ Unterscheidung der austeilenden und der ausgleichenden Gerechtigkeit zu gedanklicher Klarheit.[10] Ähnliches gilt für moderne Denker wie John Rawls mit seiner Betonung der Verfahrensgerechtigkeit[11] oder Jürgen Habermas mit

7 Vgl. a.i.F.: Michael Opielka: Sozialpolitik und Gerechtigkeitsprinzipien. Quo vadis Sozialpolitik. In: Der Bürger im Staat, 62. Jg., 4, 2012, S. 274-279 (auch http://www.sw.fh-jena.de/fbsw/profs/michael.opielka/downloads/doc/2012/Michael_Opielka_Quo_vadis_Sozialpolitik_in_Der_Buerger_im_Staat_62.Jg._4_2012_S._274-279.pdf)

8 Witzenmann, Herbert: Intuition und Beobachtung. Teil 1. Das Erfassen des Geistes im Erleben des Denkens. Stuttgart 1977, S. 77f. Vgl. R. Steiner: Die Philosophie der Freiheit (GA 4)

9 Steiner, Rudolf: Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsresultate nach naturwissenschaftlicher Methode. GA 4, 16. Aufl. Dornach 1994, Kapitel „Die Wirklichkeit der Freiheit“

10 Aristoteles: Nikomachische Ethik, Buch V. Reclam Stuttgart 2003, Übersetzer: Franz Dirlmeier

11 „a) Jede Person hat den gleichen unabdingbaren Anspruch auf ein völlig adäquates System gleicher Grundfreiheiten, das mit demselben

seinem konsenstheoretischen Ansatz.[12] Allgemeine begriffliche Bestimmungen sind wichtig, verhelfen uns aber noch nicht zur konkreten Entscheidung, wie Leistungsgerechtigkeit, gleiches Recht auf Teilhabe, Bedarfsgerechtigkeit und ähnliche Gesichtspunkte auszutarieren sind.

Eigeninteressen und Vergangenheitsfixierung: Urteilstrübungen überwinden

Abgesehen von nationalen und kulturellen Unterschieden im Gerechtigkeitsempfinden besteht eine der größten Schwierigkeiten bei der Verständigung über soziale Gerechtigkeit darin, dass in sozialen Fragen die Urteilskraft leicht getrübt wird durch eigene Betroffenheit und Interessenlagen bzw. durch ideologische Voreingenommenheit und die Verliebtheit in eigene Meinungen. Als Beispiel diene die Frage: Was ist der richtige Weg zur Armutsbekämpfung? Für einen Neoliberalen liegt vielleicht das Hauptproblem in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Armen am Arbeitsmarkt, für einen Sozialisten im Mangel an KITA-Plätzen, der Mütter daran hindert, Einkommen aus Erwerbsarbeit zu generieren, für einen Konservativen dagegen in der Zerstörung traditioneller Familienstrukturen, die zu einem Überangebot an Arbeitskräften führt. Über die zu erwartenden Wirkungen etwa eines Familiengehalts, Eltern- oder Betreuungsgeldes, Pflegegeldes, gar eines bedingungslosen Grundeinkommens für die Armutsbekämpfung, kann man sich mit jemandem, der das Heil in einer Liberalisierung des Arbeitsmarkts sieht – dem die Arbeitsfähigen notfalls via Disziplinierung zugeführt werden müssen – nur mühsam verständigen.

Aber auch beim Geldeinkommen ist der Gedanke, für sich selbst zu sorgen, nicht mehr realistisch. Man bedenke nur, dass das Sozialbudget in Deutschland 2014 bereits bei 849 Milliarden Euro lag und etwa die Hälfte des Bruttosozialeinkommens in Steuern und Sozialsysteme ging[13], dass also rund die Hälfte aller Einkommen keine Erwerbseinkommen im klassischen Sinne, sondern Transfereinkommen, waren. Anders gesagt: Die Hälfte der Menschen lebt heute bereits ganz oder teilweise von öffentlichen Mitteln. Wer daher im Hinblick auf die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) den Untergang des Abendlandes prophezeit, täuscht bewusst oder ist voreingenommen. Ausgehend vom klassischen Konzept der Erwerbsarbeit erscheinen alle sozialen Leistungen als abgeleitete Ansprüche aus voriger, paralleler oder zukünftiger Erwerbstätigkeit oder Vermögensbildung. Für dieses Verharren im Unzeitgemäßen, in Vorstellungen, die nicht der sozialen Realität entsprechen, gibt es leider viele Beispiele…

Längst schrumpft die Population in unseren Breiten, um rund ein Drittel in jeder Generation. In anderen Ländern und Regionen wächst die Bevölkerung dagegen dynamisch. Die These, Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist angesichts der Realitäten nicht nur menschenfeindlich, sondern auch ökonomisch absurd. Der Stellenwert, der – zumeist unterbezahlten – Familienarbeit wird immer noch nicht ausreichend gesehen oder gewürdigt. Es ist vielen Menschen nicht klar, dass immer nur die produzierten wirtschaftlichen Güter real unter den jetzt lebenden Menschen verteilt werden können. Wie dies geschieht, aufgrund welcher Ansprüche, ist immer eine gesellschaftliche Entscheidung. Die Gesellschaft bestimmt über die Verteilungsverhältnisse.

Soziale Sicherung und Nachhaltigkeit

Was wir in in Bezug auf die soziale Sicherung neu miteinzubeziehen lernen müssen, ist der Aspekt der Nachhaltigkeit.

Angesichts der heutigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen ist es wesentlicher denn je, sich von der Orientierung an Vergangenheitsformen zu lösen und zukunftsfähige Gestaltungen zu schaffen. Dazu gilt es, Zukunftsentwicklungen und die Wirkungen unseres Tuns im Hinblick auf die Zukunft realistisch abzuschätzen. Das gilt natürlich auch für das Thema soziale Sicherung, wenn soziale Gerechtigkeit nicht zum bloßen Gerede werden soll.

Zukunftsentwicklung ist kein linearer Prozess. Wer Zukunft berechenbar machen will, kann immer nur Hochrechnungen aus der Vergangenheit vornehmen und wird dadurch dem Zukünftigen nicht den nötigen Raum schaffen können. Entscheidend sind die Ideen, die Anschauungen, die den Prognosen zugrunde liegen.

Vielen ist noch nicht klar, dass das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung auch in der sozialen Sicherung eine zentrale Rolle spielen muss. Neben den „synchronen" Gerechtigkeitsfragen, muss stärker die „diachrone Gerechtigkeit" bedacht werden (Generationengerechtigkeit). In Bezug auf das Sozialsystem muss die Gesellschaft gegenüber der Natur als Treuhänder der kommenden Generationen agieren.

Es wird zwar immer wiederholt, dass Bildung in der Wissensgesellschaft entscheidender Parameter von Teilhabe ist und dass wesentliche Ungleichheitsursachen im Bildungssystem begründet liegen. Daraus werden aber in Deutschland noch immer nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Internationale Vergleichsuntersuchungen führen zu dem Ergebnis, dass das deutsche Bildungssystem eines der sozial selektivsten der Welt ist.[14] Ohne Chancengleichheit auf

System von Freiheiten für alle vereinbar ist. b) Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen zwei Bedingungen erfüllen: Erstens müssen sie mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die unter Bedingungen fairer Chancengleichheit allen offenstehen / und zweitens müssen sie den am wenigsten begünstigten Angehörigen der Gesellschaft den größten Vorteil bringen (Differenzprinzip)." (John Rawls: Justice as Fairness: A Restatement (2001), §13[10], zit. nach http://de.wikipedia.org/wiki/John_Rawls)

12 Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1981.

13 http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a230-14-sozialbudget-2014.html

14 Dies ergibt sich z.B. aus den Studien IGLU 2006 und PISA III, vgl. Wernstedt, John-Ohnesorg (Hg.) Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg. Konsequenzen aus IGLU 2006 und PISA III.

diesem Feld gibt es aber keine soziale Gerechtigkeit. Die Alterung der Gesellschaft und die dramatische Zunahme der Demenzerkrankungen stellen uns vor neue Aufgaben. Diese sind nicht nur technischer und finanzieller Natur. Es bedarf vor allem auch einer breiten Diskussion darüber, was Alter und Krankheit im Leben bedeuten. Auf dieser Grundlage muss das System der sozialen Sicherung an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst werden.

Demokratie, Menschenrechte und modernes Wirtschaftsleben

Demokratie heißt gleiches Recht und gleiche Mitwirkungsmöglichkeit für alle. Wo diese Qualität der Entscheidungsprozesse verlorengeht und man nur danach strebt, Mehrheiten für die von politischen Eliten für notwendig erachteten Ergebisse zu organisieren, da hört die Demokratie auf und es beginnt das, was Colin Crouch „Postdemokratie" genannt hat.[15]

Nimmt man den Demokratiegedanken ernst, so ist die Aufgabe von Sozialpolitik, allen Bürgerinnen und Bürgern – und letztlich allen Menschen – die Inklusion in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme dauerhaft offen zu halten.[16]

Demokratische Gleichheit ist die Konsequenz der gleichen Freiheit von jedermensch und muss, um real zu sein, zugleich von der praktischen Solidarität wirtschaftlicher Versorgung getragen werden. Aus diesem Menschenrechtsansatz folgt – unabhängig davon, wie man es im einzelnen ausgestaltet denkt[17] – das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen, das so bemessen ist, dass es die Menschen nicht von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt.[18]

Die arbeitsteilige Gesellschaft ist das Fundament unserer sozialen Sicherheit. Bestrebungen, die Sozialeinkommen abzubauen, sind nicht demokratiekonform. Die Wirtschaft ist für alle Menschen die Primäreinkommensquelle, da Einkommen real nie etwas anderes sein kann als ein Teil der erzeugten Waren und Leistungen, Geld letztlich nie mehr als ein Stellvertreterwert für diesen Teil. Wenn Wirtschaft der Aufgabe nicht nachkommt, alle Individuen und nicht nur einen Teil der Menschen mit Gütern zu versorgen, kann von demokratischer Gleichheit keine Rede sein. Bisher gelang die Versorgung weitgehend durch Wachstum und Wiederbeschäftigung. Da dies heute nicht mehr und in Zukunft noch weniger gelingen wird, muss eine andere, bewusstere Verteilung der Wertschöpfungsergebnisse durch die Gesellschaft erfolgen.[19]

Wenn sich Wirtschaftsverantwortliche dieser Teilungsdiskussion verweigern, stellen sie sich nicht nur außerhalb der demokratisch-menschenrechtlichen Grundordnung der Gesellschaft, sondern blenden auch aus, dass es die Menschen mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten sind und darüber hinaus die Gesellschaft ist, die auch heute die Grundlagen der Ökonomie darstellen. Nichts spricht dafür, „dass die gesellschaftliche Gewährleistungskraft gegenüber Verhältnissen, die einen ständig größer werdenden Anteil der Menschen ‚ausgliedert', beliebig weit zu strapazieren ist"[20]. Gewiss muss das Problem einer handhabbaren und möglichst wettbewerbsneutralen Form der Finanzierung diskutiert werden. Doch die Unwilligkeit, sich der Teilungsfrage zu stellen, erschwert diese Diskussion bloß und blockiert sinnvolle Lösungen. Diese Unwilligkeit innerhalb der Eliten hält sich auch deshalb so zäh, weil die Klage über die Höhe von Lohn- und Sozialkosten auf einer begrifflichen Konfusion beruht: Einkommen zu generieren ist das Ziel und keine Belastung der Wirtschaft. Gerade Sozialeinkommen sind übrigens am kaufkraftaktivsten, da sie für unaufschiebbare Bedürfnisse ausgegeben werden, weshalb Sozialabbau immer auch Nachfragelücken erzeugt.

Die bestehenden Verhältnisse müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt und auf ihren Sinn hin befragt werden, damit die Menschen entscheiden können, was sie in der aktuellen Situation wirklich wollen. Die Alternative heißt „bewusstes Mitgestalten oder bloßes Mitschwimmen". Die Aufgabe der Sicherung einer Zukunft in sozialer Gerechtigkeit kann aber nur gelöst werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu und eigenständig die Frage beantworten, was sie für richtig und gerecht halten.

Dokumentation der Sitzung des Netzwerk Bildung vom 24. Januar 2008. Friedrich Ebert Stiftung.

15 http://de.wikipedia.org/wiki/Postdemokratie

16 Opielka: Sozialpolitik, a.a.O., S. 274

17 Die konkrete Ausgestaltung darf nie schematischen Regeln folgen. Es gibt daher eine Vielfalt von möglichen Ansätzen der konkreten Umsetzung der genannten Leitlinien, bei denen Phantasie, Sachkenntnis und Engagement eine zentrale Rolle spielen.

18 Vermehrt wird dagegen heute teilweise zynisch polemisiert, z.B. von René Zeyer: Armut ist Diebstahl. Frankfurt/M. 2013, siehe http://www.campus.de/buecher/wirtschaft-gesellschaft/politik/armut_ist_diebstahl-6461.html

19 Vgl. Herrmannstorfer, Spehl, Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten, a.a.O., S. 4

20 ibd.

2. Gerechtigkeitsfrage und Bewusstseinsentwicklung: Seelisch-geistige Bedingungen sozialer Sicherheit[21]

Verhältnisse und Verhalten – Fragen der sozialen Sicherung sind nie bloß sozialtechnischer Art

Die Gesellschaft ist ein komplexes Gewebe, von dem wir nicht einfach sagen können, wo was ist. Dieses Gewebe erschließt sich uns nicht durch Definitionen, sondern durch Bilder, die wir aufbauen und die in ihrer Vieldeutigkeit der Komplexität am ehesten gerecht werden. Um soziale Verhältnisse zu verstehen, müssen wir ihre Bildeprinzipien aufsuchen.

Verhältnisse zwischen Menschen hängen mit dem Verhalten dieser Menschen zusammen. Verhältnisse entstehen als Ausdruck von Verhaltensmustern und Verhaltensabsichten. Sie können sich dann verselbstständigen, so dass heutige Sozialstrukturen häufig Denk- und Empfindungsweisen der Vergangenheit entstammen: Diese Strukturen müssen erst umgeschmolzen werden, damit sie den heutigen Verhältnissen entsprechen und Träger für Neues werden können. Neuer Wein braucht neue Schläuche.

Bei der sozialen Sicherung geht es niemals nur um Sozialtechniken, um eine bestimmte Höhe von Zahlungen und Leistungen. Es geht vielmehr um Menschen, um ihre Lebens- und Entwicklungsbedingungen, ihr Gerechtigkeitsempfinden und Mitmenschlichkeitsbewusstsein. Gerechtigkeit ist, wie bereits zuvor gezeigt, nicht einfach eine „objektive" Kategorie. Bei der Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens, beispielsweise, handelt es sich weniger um die Summen – vor allem wenn man die Finanzierung konsequent „substitutiv" und nicht „kumulativ" gestaltet – sondern um das Wie: dass nämlich ein Einkommen als Grundrecht garantiert wird und damit entmündigende Kontrollen und Auflagen entfallen. Michael Opielka spricht in diesem Zusammenhang von einem garantistischen Weg, der ebenso von liberalen wie sozialistischen und sogar konservativen Wertvorstellungen her gangbar ist.[22]

Es sei noch einmal wiederholt, dass Gerechtigkeit heute vom einzelnen Menschen selbst zum handlungsleitenden Motiv erhoben werden muss – ohne jedoch in subjektive Willkür zu entarten, die das Handeln jedem Diskurs entzieht.

Menschliche Entwicklungsfragen hinter allem – Umstülpung im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft

Dass es heute eine Diskussion über ein Grundeinkommen gibt, ist nicht primär eine Wirtschaftsfrage, sondern folgt aus der Tatsache, dass die Menschen sich verändert haben. Die Geschichte ist nicht einfach nur da, sondern wird durch Handlungsimpulse von Menschen gestaltet. Die schönsten Strukturen wären nichts nütze, wenn der ‚Mensch Schaden nähme an seiner Seele'. Dabei geht es nicht um die Frage, was sich zuerst ändern müsse, die Verhältnisse oder die Menschen. Das ist die falsche Fragestellung. Es geht darum, wie „Selbstveränderung und Veränderung der Umstände" (Karl Marx) in richtiger Weise zusammenspielen können. Gewiss werden wir alle durch die uns umgebende Gesellschaft geprägt, aber wir prägen durch unser Verhalten auch die Gesellschaft. Daher müssen wir materielle, seelische und geistige Bedingungen sozialer Sicherheit zusammenzudenken lernen…

Die große menschheitsgeschichtliche Veränderung, die heute einen gewissen Gipfel erreicht hat, ist die Umstrukturierung von der Gemeinschaft hin zum Einzelnen: Bezugspunkt des sozialen Lebens ist das Individuum. Die Gesellschaft kann ihm das Recht auf Individualität nicht verleihen, sie kann es nur anerkennen. Das Verhältnis von Individualität und Gemeinschaft wird zu einem starken, die Entwicklung vorantreibenden Spannungsfeld. Der Mensch, der sein Ich zur Geltung bringt, findet sich nicht mehr mit Verhältnissen ab, die für ihn ‚nicht in Ordnung' sind. Gesellschaftliche Ordnung ist für ihn nicht mehr etwas Gegebenes, in das man sich einzufügen hat, sondern man will an der Gestaltung teilhaben.

Die modernen Sozialverhältnisse werden geprägt durch das Aktivwerden einzelner Menschen. Das kann auch nicht anders sein, denn das Ich ist ein Aktivitätsprinzip, kann nicht passiv bleiben, ohne sich zu verlieren. Was folgt daraus? Wie soll auf dieser Basis Gesellschaft entstehen? Das Ich steht nun in der Mitte, von uns als einzelnen Individuen soll die Weltordnung abhängen. Ist das nicht Anmaßung? Muss das nicht zu völligem Chaos statt zu neuer Ordnung führen? Aus solchen Fragen und Ängsten ergibt sich der Widerstand gegen Neues, das Verharren-Wollen im alten Verhältnis der Unterordnung des Einzelnen unter die Gemeinschaft. Die Konsequenzen, die sich aus individueller Mündigkeit für die soziale Struktur ergeben, werden deshalb immer noch nicht oder nicht umfassend genug gezogen.

Sozialempfinden und Bewusstseinsentwicklung

Unser Empfinden von Gerechtigkeit hängt mit unserem Wachwerden für die Verhältnisse zwischen den Menschen zusammen. Unsere soziale Einbettung hat sich gegenüber der Vergangenheit völlig verändert. In der Agrargesellschaft sorgte man im engen Rahmen füreinander. Kinder waren die Alterssicherung. Man hatte die Großmutter und brauchte keine Kita. Heute leben die meisten Menschen in Städten,

21 Dieser 2. Abschnitt ist mit inspiriert durch einen Vortrag, den Udo Herrmannstorfer am 1. Mai 2013 im Stuttgarter Forum 3 im Rahmen einer öffentlichen Werkstatt gehalten hat.

22 Vgl. Michael Opielka: Sozialpolitik: Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek bei Hamburg 2004.

häufig isoliert voneinander, Kinder bedeuten ein Armutsrisiko. Zugleich sind wir alle Teil des weltweiten Netzes der globalen Wirtschaft, von deren Entwicklung das eigene Geschick abhängt. Beziehungen, die sozial tragen, müssen jetzt neu gebildet werden. Der Fernste wird zum Nächsten, gleichzeitig ist die Nähe zum Nachbarn nicht automatisch Grundlage für gegenseitige Hilfe. Es stellt sich die große Frage, ob man Gerechtigkeit überhaupt noch auf eine Gemeinschaft oder Gesellschaft begrenzen kann, ohne alle anderen zu diskriminieren. Ist aber andererseits eine globale Solidarität überhaupt machbar? Reichen die Ressourcen für die Teilhabe aller?

Solche Fragen sind immer Gestaltungsfragen. Gestaltungsfragen aber sind niemals rechnerisch zu lösen. Berechnungen können allenfalls eine Stütze dafür sein. Die gerechte Miete oder die gerechte Höhe eines Grundeinkommens ist keine statistische Durchschnittsgröße, sondern eine Vereinbarung, die von den Beteiligten als ausgewogen und gerecht erlebt wird.

Notwendiges Prozessbewusstsein: Auf das Wie kommt es an

Es fällt vielen aber immer noch schwer, das so zu denken. Das Verstandesbewusstsein, das uns so gewaltige technisch-zivilisatorische Fortschritte beschert hat, stellt sich den Dingen gegenüber, geht zu allem auf Distanz. Was in der Technik Fortschritt erzeugte, versagt gegenüber den sozialen Fragen: Auf Distanz und Berechnung beruhende Modelle sozialer Vorgänge mögen noch so klug ersonnen sein – die davon Betroffenen müssen sie notwendig als übergestülpt erleben, da sie an ihrer Hervorbringung keinen Anteil gehabt haben. Im Sozialen geht es vor allem darum, *wie* etwas zustande kommt. Teilhabe ist im Zeitalter der Mündigkeit ein Schlüsselbegriff sozialer Zukunftsgestaltung. Der Begriff der Teilhabe darf allerdings nicht mit unsachgemäßen Vorstellungen verbunden werden. Teilhabe bedeutet nicht inhaltliche Einmischung in alles und jedes, sondern das Beteiligt-Sein an den Prozessen, von denen man selbst unmittelbar betroffen ist.

Das Vertrauen bzw. das Misstrauen in den einzelnen Menschen ist heute wesentlicher Faktor bei der Einschätzung von Lösungen gesellschaftlicher Probleme: So sehen die einen das bedingungslosen Grundeinkommen als Garantie für die freie Entfaltung eines jeden und gehen gleichzeitig davon aus, dass jeder sich dadurch auch vermehrt und aus freien Stücken gesellschaftlich für die anderen einbringen wird. Die anderen fürchten, dass mit dem BGE die Büchse der Pandora geöffnet wird und der gesellschaftliche Fortschritt zum Erliegen kommt. Doch beides sind Haltungen, die Hoffnung oder Furcht in Bezug auf einen Prozess ausdrücken, demgegenüber man sich als distanzierter Beobachter verhält, anstatt sich daran zu beteiligen.

Wir alle müssen heute weitergehen. Wir kommen aus der Vergangenheit als Wesen, die durch ihr Sosein differenziert, also ungleich, sind. Die Frucht dieser Vergangenheit ist unser Ichbewusstsein. Das Ich stellt aber keinen Standard-Wert dar, ist kein Durchschnitt des Soseins, sondern die Fähigkeit, aktiv in Verhältnisse einzugreifen und so Zukunft zu gestalten. Mit 18 Jahren ist es unser verbrieftes Recht, als Mündige in das gesellschaftliche Leben einzutreten. Unsere mitgebrachten Begabungen verwandeln sich aus Früchten der Vergangenheit zu Keimen einer Zukunft, die wir gestalten. Die Frage ist nicht mehr, was ein Mensch geworden ist, sondern was er werden, was er aus sich machen kann. Wie schafft man Bedingungen, unter denen diese Menschlichkeit in Bewegung und zum Wachsen kommen kann? Gewiss sind die Menschen unterschiedlich engagiert, verantwortungs- und urteilsfreudig. Mündigkeit ist eben keine Zustandsbeschreibung, sondern die Beschreibung einer Entwicklungsmöglichkeit, die auf dem Recht auf Teilhabe basiert und nicht mehr das Objekt allgemeiner Normsetzung sein darf.

Soziale Gestaltungen verlangen immer eine richtige Bestimmung des Verhältnisses von Gleichheit und Verschiedenheit. D.h. Privilegierung und Diskriminierung sind ebenso zu vermeiden wie Gleichmacherei. Bei der Diskussion um ein Grundeinkommen beispielsweise geht es ja immer um die Frage, wie hoch der allgemeine Einkommenssockel für alle anzusetzen ist und was an Differenzierung in Bezug auf die jeweilige Situation, das Lebensalter, die Lebensverhältnisse, den Gesundheitszustand usw. notwendig ist. Das Problem der Krankenversorgung etwa lässt sich eben nicht mit einer bestimmten Summe lösen, mit der der Leistungsempfänger den Arzt bezahlt, sondern erfordert eine Versicherung bzw. Umlage.

Arbeit und Entwicklung

Zwischen Vergangenheit und Zukunft liegt der Faktor Entwicklung, der häufig ausgeblendet wird nach dem Motto: „Die Menschen sind halt so…" Das Menschenbild der Ökonomie – der Mensch als nutzenmaximierender Egoist – ist ein eklatantes Beispiel dafür, dass eine solche Auffassung keine theoretische Frage bleibt. Die darauf aufbauenden Modelle führen vielmehr zu einer sozialen Realität, in der dem Menschen ganz praktisch Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden.

Das kann am Beispiel des Themas Arbeit verdeutlicht werden. Arbeit wird als Ware gesehen, die auf Arbeitsmärkten gehandelt wird. Nutzenmaximierende Arbeitsanbieter treffen am Markt für Erwerbsarbeit auf gewinnmaximierende Nachfrager. Angebot und Nachfrage bestimmen den Lohn. Der Gleichgewichtslohn gilt als marktgerechter Lohn. Wird er gesellschaftlich nicht akzeptiert, soll der Staat durch Transfers und Besteuerung die gesellschaftlich gewünschte Einkommensgerechtigkeit herstellen. Die Wirtschaft steht quasi außerhalb der Gesellschaft. Bei der Debatte um Mindestlohn und Grundeinkommen kommt die eigentliche Arbeit kaum vor, im Vordergrund stehen Einkommensfragen.

Der Mindestlohn verändert den heutigen Erwerbscharakter von Arbeit in keiner Weise, und auch das BGE-Konzept, das zwar einen Teil des Einkommens vom Erwerb abspaltet, rechnet ausdrücklich mit der Erwerbsarbeit als Zuverdienstquelle. Das kann nur dann ein Schritt in die richtige Richtung sein, wenn man bei der Spaltung nicht stehenbleibt. Arbeit heißt in der Fremdversorgungswirtschaft faktisch, sich für andere einzubringen. Das hat mit menschlicher Würde zu tun. Durch den Erwerbscharakter der arbeitsteilig vollzogenen Arbeit wird dieses Element verdunkelt bzw. verschleiert. Arbeitsteilung bedeutet, dass Menschen ihre Fähigkeitspotenziale füreinander erschließen und dadurch mehr für alle entstehen kann. Dass in der Arbeitsteilung mein Produkt in die Welt geht und ich dafür, vermittelt über den Produktpreis (dessen Innenseite das Einkommen bildet), aus der Welt Gebrauchswerte zurückbekomme, derer ich bedarf, ist nicht an sich schon ein Problem, wie manche glauben. Der Erwerbscharakter der Arbeit entsteht erst durch ihre Bezahlung, die wiederum mit den Eigentumsverhältnissen zusammenhängt. Die Eigentümer der Unternehmen kaufen so gesehen Arbeitskraft ein. Die dafür gezahlten Einkommen werden dadurch zu Kosten der Leistungserstellung. Arbeitsverträge mit Stundenlohn kann man als Teilsklaverei ansehen: Menschen verkaufen sich stundenweise. Die entsprechenden Rechtsfiguren lassen sich aus der römischen Sklavenmiete ableiten.[23]

Der Lohn schiebt sich zwischen die Tätigkeit und den anderen. Man hat nun keinen Arbeitsplatz mehr, sondern einen „Einkommensplatz“[24] (Götz W. Werner), man geht zum Lohn, nicht zur Arbeit – weil deren sachlicher Inhalt und Nutzen für andere dem Lohnempfänger jetzt im Grunde gleichgültig ist. Diese Koppelung der Arbeit an den Lohn macht die Verhältnisse nicht-reformierbar, sie aufzubrechen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft… Einkommen muss tendenziell aus einer Kategorie der Arbeitsbezahlung, d.h. der Abgeltung vergangener Arbeit, zu einer Grundlage für zukünftige Tätigkeit werden. Diese wird dann nicht mehr an Erwerbsmotiven hängen, sondern an Motiven des Sich-Einbringens und des Geben-Wollens. Dahin sind Zwischenschritte und Partiallösungen[25] sicher möglich, die freilich auch als solche erkannt werden müssen und nicht als sozialtechnische Allheilmittel missverstanden werden dürfen.

Individuelle Teilhabe, individuelle Verantwortung

Die soziale Zukunft hängt von der aktiven Teilhabe der einzelnen menschlichen Individuen ab. Sozialer Fortschritt vollzieht sich in Zukunft immer mehr dadurch, dass Menschen sich bewegen. Idealtypisch geschieht dies in vier Schritten.

1. Ich entwickle Sensibilität und Interesse für die Bedürfnisse und Nöte in der Welt.

2. Ich fühle Verantwortung („Was will das von mir?“).

3. Ich frage, was und wie ich beitragen und mit wem ich mich dabei verbünden kann.

4. Ich setze Impulse um, arbeite mit, um Aufgaben praktisch zu lösen. Aus dem Motiv heraus wirke ich ins Leben, in die Wirklichkeit.

Damit Antworten auf diese Frage gefunden und auch umgesetzt werden können, braucht es ein umfassendes Recht auf Gemeinschaftsbildung und Selbstverwaltung. Wo einzelne und Gruppen Aufgaben ergreifen, muss die große Gemeinschaft das fördern, nicht behindern (Subsidiarität).

Jeder Einzelne agiert heute in einem Spannungsfeld, das sich aus der Größenordnung und Komplexität der gesellschaftlichen Systeme ergibt und in dem er sich entscheiden muss zwischen den Nöten der Welt, die an die Verantwortung appellieren und der Isolation und dem Rückzug ins Egoistisch-Private, weil man „ja doch nichts machen kann“.

Man kann Gesinnungen und Motive, die in der Gegenwart Bedingung für menschlich-gesellschaftlichen Fortschritt sind, nicht erzwingen. Vielmehr hat der moderne Staat, die moderne Gesellschaft, die Aufgabe, den Verantwortungskräften der Menschen Raum zu verschaffen. Das hat tiefgehende Folgen für alle sozialen Strukturfragen.

3. Folgen für die soziale Struktur

Moderne Gesellschaften: Integration durch Differenzierung

Sozialstruktur und soziales Verhalten stehen, wie wir gesehen haben, in einer Wechselwirkung. Die schönsten sozialen Einrichtungen helfen nichts, wenn sich die Menschen in ihnen antisozial verhalten. Ohne entsprechende Einrichtungen, in denen soziales Empfinden erwachen und an denen der Egoismus – der Schatten der Individualisierung – sich korrigieren kann, wird die Entwicklung von Sozialfähigkeiten behindert.[26] Es braucht Strukturen, die durchlässig sind für gelebte Verantwortung.

23 Vgl. C. Strawe: Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis, Sozialimpulse, Heft 1 / März 2008.

24 Interview mit dem „Kurier“ Wien, 2013

25 Natürlich wäre es gut, über ein Grundeinkommen mindestens dafür zu sorgen, dass die Menschen nicht mehr jede – als noch so sinnlos erlebte – Tätigkeit aus Einkommensgründen vollziehen müssen.

26 Vgl. Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919 und Vorrede von 1920), S. GA 23, Dornach 1961, besonders die Vorrede zur 4. Ausgabe von 1920. Und: Ders.: Vorträge Dornach, 6.12.1918 und Bern, 12.12. 1918. In: Die soziale Grundforderung unserer Zeit In geänderter Zeitlage. GA 186, Dornach 1963. Dort heißt es: „Nicht darum handelt es sich, Rezepte zu finden, um die antisozialen Triebe zu bekämpfen, sondern darauf kommt es an, die gesellschaftlichen Einrichtungen, die Struktur, die Organisation desjenigen, was außerhalb des menschlichen Individuums liegt, was das menschliche Individuum nicht

Weiter oben haben wir dargelegt, wie sich das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft im Laufe der Geschichte mit dem erwachenden Selbstbewusstsein des Einzelnen umstülpt. Der einzelne Mensch will als individuelle Persönlichkeit immer mehr zum Subjekt seiner Entwicklung werden. Die sozialen Strukturen müssen daher so umgeformt werden, dass sie dies ermöglichen und fördern. Das Ringen um geistige Freiheit, um Demokratie und Menschenrechte sowie der Ruf nach einer sozialen Gestaltung der sich immer mehr ins Globale entwickelnden Wirtschaft sind Ausdruck dieser Entwicklungserfordernisse. Die alten Formen, die früher von oben Einheit und Zusammenhalt der Gesellschaft bewirkten, werden brüchig. Zusammen mit der Frage nach der Gestaltbarkeit der sozialen Verhältnisse durch die Menschen taucht die Frage nach der gesellschaftlichen Gliederung auf. Welche strukturellen Bedingungen sind erforderlich, um soziale Verhältnisse gestalten zu können? Und in welcher Beziehung steht das differenzierte Wesen Mensch zur Differenzierung des sozialen „Organismus"[27]? Vormundschaftliche oder gar totalitäre Verhältnisse – von wo immer die Vormundschaft auch ausgehen mag, von Staat, Finanzmärkten bzw. Konzernen oder einer neuen Form der Theokratie – verhindern jede Gestaltung von unten. Rolf Henrich, ein Vorkämpfer der Umbruchbewegung in der DDR, formulierte das folgendermaßen: Wird die Vormundschaft zurückgenommen, so kann der soziale Organismus in Kultursphäre und Ökonomie „eigene Selbstverwaltungen ausbilden. Im Ergebnis wird eine Dreigliederung in die gegeneinander verselbständigten Bereiche Geistesleben – Wirtschaft – Staat entstehen. Auf diese Idee der Dreigliederung weist bereits im Denken der Aufklärung wie des Marxismus vieles hin. Ihre konsequenteste Ausformung hat sie zu Beginn dieses Jahrhunderts durch Rudolf Steiner erfahren."[28] Nicanor Perlas, Träger des Alternativen Nobelpreises, schreibt im Hinblick auf die Umbrüche seit den 90er Jahren: „Wir leben in einer kranken Gesellschaft, wenn ein Bereich vorherrscht und versucht, die anderen zu unterwerfen. Z.B. herrscht in der zerstörerischen Form der Globalisierung, die wir ‚elitär' nennen, eine Sphäre der Gesellschaft, nämlich die wirtschaftliche, über die berechtigten Belange der politischen und kulturellen."[29]

Individualisierung, Globalisierung und neue Rolle des Staates[30]

Die Realität, in der wir heute leben, wird wie durch zwei Schlaglichter von den polaren Begriffen „Individualisierung" und „Globalisierung" beleuchtet. Die genannten Anforderungen an moderne Sozialstrukturen hängen mit diesen Prozessen zusammen. Die alte Gemeinschaft dagegen war ein in dieser oder jener Form hierarchisch geordnetes, relativ einheitliches Gebilde. Der Einzelne hatte sich unterzuordnen, eine Führungsfigur oder Führungseliten bestimmten – gestützt auf den Anspruch einer geistigen Mission – die Regeln, die das Leben des einzelnen ordneten – er konnte sich darin sicher fühlen, nicht jedoch frei. Ob sumerischer Stadtstaat oder Großreich, indianischer Stamm oder matriarchalische Gemeinschaft, überall finden wir derartige Strukturen – hinter einer großen Formenvielfalt im einzelnen.

Die weitere geschichtliche Entwicklung führte zur Auflösung dieser Strukturen, durch den Prozess der Individualisierung, der heute einen Gipfelpunkt erreicht. Parallel dazu wandelte sich das wirtschaftliche Leben, das – je weiter wir zurückgehen, umso stärker – auf Selbstversorgung abgestellt war, zu einem System der arbeitsteiligen Fremdversorgung, zu einem globalen Netzwerk von Abhängigkeiten – auf immer mächtigere Techniken und Kommunikationssysteme gestützt und verbunden mit einer kontinuierlichen Steigerung der Produktivität der Arbeit. Aus den „Megatrends" der Individualisierung und der Globalisierung ergibt sich zugleich ein Anpassungs- und Umgestaltungsdruck auf die Staaten mit ihren Rechtsordnungen. Gewiss wirkt das alte hierarchische Strukturprinzip bis heute nach, der Mündigkeitsanspruch der Menschen macht sich aber letztlich weltweit demgegenüber geltend und fordert entsprechende Strukturreformen.

„Freies Geistesleben": Selbstverwaltung in freier Trägerschaft

Mit der Individualisierung tritt die Freiheitsforderung auf. Doch das Misstrauen in das Potenzial der Freiheit ist das stärkste Abwehrmotiv gegen Reformen. Es geht um die Frage, ob Freiheit notwendig den Egoismus verstärken und damit die Gesellschaft zerstören muss, oder ob sie als „Freiheit wozu" (Nietzsche) Verantwortungsprinzip und neue Bildekraft der Gesellschaft werden kann.

Diese Haltung des Misstrauens kann sich auf eine Fülle von Phänomenen der Urteilsschwäche, Verantwortungsscheu und Ichsucht in der westlich geprägten Kultur unserer Zeit berufen. Aus anderen Kulturen, z.B. aus Asien, wird geradezu der Vorwurf laut, die Individualisierung im Westen sei zu weit gegangen,

umfasst, so zu gestalten, so einzurichten, dass ein Gegengewicht da ist für dasjenige, was im Innern des Menschen als antisozialer Trieb wirkt" (Vortrag 12.12.1918, S. 165).

27 Vgl. R. Steiner, Kernpunkte, a.a.O., S. 56 – 65. Zum Sinn von Steiners Vergleich zwischen menschlichem und sozialem Organismus und zur Abgrenzung seines Ansatzes von reaktionärer Sozialorganik siehe C. Strawe: Menschlicher und sozialer Organismus. Über einen Vergleich und seinen Sinn. Sozialimpulse, Heft 1 / 2007, S. 13 – 21, auch http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Sozialer_Organismus.pdf. Zuletzt sind von Helmut Zander gegenüber Steiners Dreigliederungsansatz Einwände formuliert worden, die auch mit der Einschätzung des Vergleichs zusammenhängen. Vgl. Hierzu C. Strawe: Helmut Zanders Missverstehen der sozialen Dreigliederung in seinem Werk „Anthroposophie in Deutschland". Sozialimpulse, Heft 4/2007.

28 Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Reinbek bei Hamburg 1989. Kapitel 14. Zur Neugliederung des Staatsozialismus – ein Entwurf.

Auch Michael Opielka betont, dass die soziale Ordnung dem Wesen des Menschen folgen müsse. Die vier Weltverhältnisse des Menschen – er nennt Physis, Willen, Fühlen/Kommunikation und Denken – stünden in bestimmter Beziehung zu den gesellschaftlichen „Teilsystemen von Wirtschaft, Politik, Gemeinschaft und Legitimation". Es zeige sich hier, „dass unsere soziale Ordnung feingefügt und verletzlich" sei (Quo vadis Sozialpolitik, a.a.O. S. 276.)

29 Dreigliederung: die Sprache der neuen tripolaren Welt. In: Eine neue Welt erbauen. Das WeltSozialForum in Mumbai. Flensburger Hefte Nr. 84

30 Zur Dreigliederung des sozialen Organismus vgl. C. Strawe: Entstehungsbedingungen und Wirkungsgeschichte des Arbeitsansatzes der Dreigliederung des sozialen Organismus. In: Rahel Uhlenhoff (Hrsg.): Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart. Berliner Wissenschaftsverlag 2011, S. 649 – 705. Im Übrigen s.a. die Literaturangaben unter http://www.sozialimpulse.de/literatur.html

man dürfe diesen Weg nicht mitgehen und solle sich lieber auf die in diesen Kulturen noch vorhandenen traditionellen Gemeinschaftswerte besinnen.

So verständlich dieser Standpunkt aus den dortigen Traditionen heraus ist, so kann man doch auch den Gesichtspunkt einnehmen, dass die individuelle Freiheitsentwicklung im Westen noch nicht weit genug gegangen ist – weit genug eben im Sinne der Entwicklung zur „Freiheit wozu" über die „Freiheit wovon" hinaus. Auch ist gegen die genannte Freiheitskritik einzuwenden, dass die Menschenrechte universellen Charakter haben und dass individuelle und soziale Menschenrechte nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.[31]

Die erste Voraussetzung für ein Wirksamwerden der Freiheit als sozialer Bildekraft ist die Befreiung des sozio-kulturellen Subsystems[32] der Gesellschaft von der Fremdbestimmung aus dem politisch-administrativen und dem sozio-ökonomischen System heraus.

Von Kultur kann überall dort gesprochen werden, wo individuelle Tätigkeit und Arbeit bloße Natur überformt. Wir können mit R. Steiner das Fähigkeitswesen des individuellen Menschen als Quelle des geistig-kulturellen Lebens betrachten.[33] Aus dieser Quelle wird der gesamte soziale Organismus „ernährt". Funktional und prozessual betrachtet ist also schon die einfachste Arbeit ohne „Geistesleben" unmöglich, geschweige denn die Steigerung der Arbeitsproduktivität.[34] Die Betätigung der menschlichen Kräfte und Fähigkeiten erlangt eine neue Qualität dort, wo ihre Entfaltung und Pflege zu Selbstzweck wird und nicht äußeren Zwecken dient. Das Geistesleben muss sich in Wissenschaft, Kunst und Religion, in Bildung und Erziehung, Heilwesen usw. entfalten können, damit es seine soziale Rolle spielen kann.[35]

Mit der Schaffung der Bedingungen für dieses „kreative Geistesleben" (Stefan Leber) tut sich die Gesellschaft heute noch schwer. Politische bzw. wirtschaftliche Fremdbestimmung des kulturellen Lebens hemmt die Kreativität und mit ihr den gesellschaftlichen Fortschritt. „Wer kulturell kreativ sein will, braucht Autonomie. Autonomie im Sinne der Selbstverwaltung kultureller Institutionen oder Initiativen ist die strukturelle Bedingung für kulturelle Kreativität. Individualität und damit Pluralismus ist heute die Lebensbedingung der Kultur. Die Wahl der Schule, der Therapierichtung, der Ernährungsweise können im Zeitalter der Mündigkeit des Einzelnen nur in dessen eigenes Urteil gestellt sein – unter der Voraussetzung, dass die gleiche Freiheit des Urteilens und Handelns aller Menschen, die in den Menschenrechten garantiert wird, dabei Beachtung findet."[36] Gewiss darf das Neue den Menschen nicht übergestülpt werden, aber es darf auch nicht behindert werden, wo es gewollt wird. Chancengerechtigkeit für das Neue ist gefordert. Dreigliederung des sozialen Organismus bedeutet eine Sozialstruktur, die durchlässig ist für das gewollte Neue.

Solidarische Ökonomie – Assoziationen der Wirtschaftspartner

Dass mit der Überwindung der Planwirtschaft die arbeitsteilige Ökonomie durch konsequent marktliche Orientierung ihre angemessene Form bereits gefunden habe, sollte angesichts der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsverschuldungskrise kaum noch jemand behaupten wollen. Dennoch spielt die Frage nach einer Neustrukturierung des ökonomischen Subsystems kaum eine Rolle innerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams. Allenfalls geht es darum, wieviel Markt und wieviel Staat in Zukunft nötig sei. Das grundlegende strukturprägende Paradigma vom Homo oeconomicus als Nutzen maximierendem Egoisten, dessen individuelles Streben nch eigenem Vorteil durch den Konkurrenzmechanismus gezügelt und zum größten gemeinsamen Wohlstand gewandelt wird, beherrscht nach wie vor die Wirtschaftswissenschaften. Gegenüber allen Verständigungsprozessen der Wirtschaftspartner – etwa über ein faires Preisgefüge – und den sie vermittelnden Selbstverwaltungsorganen herrscht tiefes Misstrauen. Mündigkeit als Freiheit betriebswirtschaftlichen Handelns wird akzeptiert, Mündigkeit als Grundlage unegoistischer übergreifender wirtschaftlicher Gestaltung wird dagegen negiert.

Man vermutet zu Recht, das ein wirkliches Laisser-faire dazu führen würde, dass sich eine Selbstregelung der Ökonomie durch ein Geflecht von Absprachen herausbildet. Und da der Misstrauensansatz solche Absprachen nur als kartellhafte Vorteilsnahme für möglich zu halten vermag, bekämpft man nicht das Kartell, sondern die Absprache generell als „wettbewerbswidrig" – mit der Folge, dass allmählich das Wettbewerbsrecht höher zu stehen kommt als das Vertragsrecht.

Das Recht sorgt so heute paradoxerweise einerseits dafür, eine bestimmte Form von Ökonomie gewaltsam aufrechtzuerhalten, andererseits wird dieses Recht selbst von dieser dergestalt erzwungen Ökonomie zunehmend drangsaliert und

31 Vgl. C. Strawe: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein Plädoyer für die Universalität der Menschenrechte. Die Drei, Heft 12/98, s.a. www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Menschenrechte.pdf

32 Dreigliederung: die Sprache der neuen tripolaren Welt. In: Eine neue Welt erbauen. Das WeltSozialForum in Mumbai. Flensburger Hefte Nr. 84

33 R. Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, a.a.O., S. 63. Vgl. auch C. Strawe: Freiheit: Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens. I. Teil: Zur Begriffsbestimmung des Geisteslebens. In: Sozialimpulse, Heft 3/2003, S. 14–22. Dort finden sich weitere Quellenangaben.

34 Vgl. Leber, Stefan: Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität. Eine Einführung in die Dreigliederung des sozialen Organismus. Stuttgart 1978, Kapitel „Die Funktion des Geisteslebens als Beispiel für den analytischen Ansatz der Dreigliederungsidee".

35 Die institutionelle Betrachtung der Kultursphäre kann man differenzieren. Heinz Kloss unterschied den „Kernbereich" von Forschung, Kunst und Religion, den „Dienstbereich" von Bildung (darunter auch die universitäre Lehre), Heilwesen und Rechtsprechung, – und den „Stützbereich" von Entstehungsstützen (Verlagsanstalten und Zeitschriftenredaktionen), Verbreitungsstützen (Medien, Buchhandel, Galerien usw.) und Bewahrungsstützen (Museen, Bibliotheken, Archive). Vgl. Heinz Kloss, Die Selbstverwaltung des Geisteslebens. Die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverwaltungsland. Ein Programm. Band 5. Frankfurt 1981, S. 10 - 13.

36 Christoph Strawe: Dreigliederung oder Global Governance? http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Global_Governance.pdf, S. 5.

marginalisiert. Diese Form der Ökonomie hat sich auch über die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Geld- bzw. Sachkkapital soweit ausgebreitet, dass deren Ordnung keine rechtliche Frage der Rahmenbedingungen von Güterproduktion mehr ist, sondern integraler Bestandteil des Marktgeschehens. Wir bezeichnen das mit Herrmannstorfer als „Scheinmarktwirtschaft".[37] Die Scheinmärkte bestimmen immer mehr die globale Ökonomie, welche vor allem geprägt ist von ungebändigten, von der Realwirtschaft weitgehend abgekoppelten, gleichwohl aber schädigend auf sie zurückwirkenden, um den Globus vagabundierenden Finanzströmen.

Wie wird verantwortliches Verhalten gefördert? Dialogisches Prinzip und Selbstverwaltungsprinzip

Mit der Verhinderung von autonomen Strukturen der Kultur einerseits, von Verständigungsstrukturen der Ökonomie andererseits, wird die Bildung von Orten im sozialen Organismus verhindert, an denen Verantwortungskräfte vollumfänglich betätigt werden können. Denn das geschieht nur da, wo alle Lösungen, soweit irgend möglich, durch die unmittelbare Mitwirkung der Beteiligten, durch ihr „kommunikatives Handeln" (Jürgen Habermas) oder, anders gesagt, durch „Selbstverwaltung" zustande gebracht werden. Selbstverwaltung heißt ja letztlich: Die Tätigen sind auch die Verwaltenden.

„Selbstverwaltung als gelebte Verantwortung setzt auf den Menschen. Sie führt zur Gestaltung von Verhältnissen aus dem Gegenüber von Partnern und damit aus der Kraft der Begegnung. Die Institutionen und Strukturen, um die es sich handelt, sind also Strukturen, die den Dialog ermöglichen, ja in gewissem Sinne sogar erzwingen."[38] Dialog führt dazu, dass vieles durch Vereinbarungen und Verträge lebensgemäß geregelt werden kann, was bisher durch Verordnung und Gesetz von oben, und oftmals starr und das Leben einengend, geregelt war.

Die Misstrauenskultur dagegen führt zu Bürokratie, Manipulation und anonymen Verhältnissen. Sie mündet in abstrakte Regelwerke, in denen die Menschen möglichst reibungslos funktionieren sollen. Auch das komplexeste System dieser Art bleibt jedoch ein totes Gebilde, gerät nicht zu einem lebendigen organismischen Beziehungsgefüge der Individuen, einem „Social Web of Life", das eine verständige Theorie sozialer Systeme heute ins Auge fassen muss.

Bedingung für eine Kultur des Vertrauens ist der Blick auf das Entwicklungspotenzial jedes Menschen, nicht unkritisches Verhalten gegenüber dem jeweiligen menschlichen Entwicklungszustand. Entwicklung kann sich nur vollziehen, wo sie zugelassen wird, Verantwortungskräfte können nur reifen, wo sie sich betätigen dürfen.

Neue Rolle des Staates: Teilnehmerdemokratie und Menschenrechtssicherung

Dies gilt auch für das dritte Subsystem, das Gebiet von Recht, Staat und Politik. Es ist dies das soziale Subsystem, in dem die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander geordnet werden müssen, und zwar heute eben nicht mehr hierarchisch, sondern demokratisch, in wechselseitiger Anerkennung ihrer Menschrechte durch die Menschen selbst.

Die Entwicklung der Moderne und Postmoderne führt zu der Notwendigkeit eines neuen Rollenverständnisses des Staates, welches in den beiden Zentralideen neuzeitlichen Staatsdenkens – Demokratie und Menschenrechte – angelegt ist. Die Menschenrechte sind in ihrer Ausformung als individuelle Freiheitsrechte, demokratische Beteiligungsrechte und Sozialrechte „dreigliederungsorientiert".

Die „Wesensgehaltsgarantie" der Grundrechte ist mehr als eine bloße Rechtsidee. In ihr ist der Gedanke der Unumkehrbarkeit der Menschenrechte und damit die Negation des Rechtspositivismus positives Recht geworden. Die demokratische Mehrheit ist nicht die neue Obrigkeit, an die sich nun der Einzelne als Bittsteller ebenso zu wenden hätte, wie früher an die fürstliche Obrigkeit. Sie ist vielmehr – wenigstens idealtypisch betrachtet – die Gemeinschaft der Freien, die von der stillschweigenden Übereinkunft ausgehen, Regelungen unter ihnen nur demokratisch zu treffen, unter Anerkennung der allgemeinen Handlungsfreiheit der Person als Grundlage des Gemeinwesens.[39]

Im Gebiet von Recht, Staat und Politik manifestiert sich das Misstrauen gegen das Potenzial menschlicher Mündigkeit in einem reduzierten Grund- und Menschenrechtsverständnis[40], in den Tendenzen zu einer „Postdemokratie"[41], im Widerstand gegen direkte Demokratie (die nur auf bestimmten Ebenen und mit kleinlichen Einschränkungen toleriert wird) und einem Wahlrecht, das zur Mediatisierung des Volkswillens durch einen überzogenen Einfluss der politischen Parteien führt. Dieses Misstrauen äußert sich ebenfalls darin, dass die Staaten Bildungswesen und Kulturleben nicht konsequent in die Freiheit entlassen. Gleichzeitig sind die Staaten gegenüber der Ökonomie, der doch in sozialer und ökologischer Hinsicht gerade Grenzen zu setzen wären, immer mehr in die Defensive geraten. Damit verfehlen sie die Aufgaben des modernen demokratischen Rechtsstaats. Dieser sollte zwar ein schlanker, aber keineswegs ein schwacher Staat sein – stark in seiner Schutzfunktion gegenüber der Freiheit, stark aber auch in der rechtlichen Gewährleistung der Sozialbindung der Ökonomie.

37 Siehe Herrmannstorfer, Udo: Scheinmarktwirtschaft. Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Praxis Anthroposophie 6. Stuttgart, 3. Aufl. Stuttgart 1997 (Verlag Freies Geistesleben).

38 C. Strawe: Dreigliederung oder Global Governance, a.a.O., S. 10.

39 Vgl. Herrmannstorfer, Udo: Individualität und Staat. Dreigliederung des sozialen Organismus – eine aktuelle Zeitforderung. Merkblätter für eine bewusste Lebensführung in Gesundheit und Krankheit, hrsg. vom Verein für ein erweitertes Heilwesen. Bad Liebenzell-Unterlengenhardt 1990.

40 Zur Reduktion der individuellen Freiheitsrechte auf die Meinungs- und Weltanschauungsfreiheit unter Ausblendung umfassender Initiativfreiheit vgl. U. Herrmannstorfer: Individualität und Staat, a.a.O.

41 Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, dtsch. Ausgabe edition suhrkamp, Berlin 2003.

In einer wirklich partizipatorischen, menschenrechtsbasierten Demokratie ist der Staat eine Selbstverwaltungsform der Gesellschaft. Die dreistufige direkte Demokratie mit Begehren, Initiative und Entscheid macht die Gesetzgebung durchlässig für Initiativen aus der Zivilgesellschaft und fördert – wenn die gleiche Möglichkeit der öffentlichen Selbstdarstellung für alle Initiativen gewährleistet ist – einen wirklichen Dialog in der gesamten Bevölkerung, der den Entscheidungsprozess qualifiziert und die Verantwortung jedes Einzelnen wachruft.

Staat und öffentlicher Sektor

Im Zusammenhang mit der Staatstätigkeit sprechen wir auch vom öffentlichen Sektor. Sind Staat und öffentlicher Sektor dasselbe? Vielfach wird dies heute noch so gesehen. Alles Öffentliche gehört zum Staat, was nicht öffentlich ist, ist privat, hier fungiert der Markt. Der Dualismus von Staat und Markt bestimmt das gesellschaftliche Bewusstsein noch immer sehr stark.

Die weitgehende Identifizierung von „öffentlich" und „staatlich" hat historische Gründe: Als Folge des Menschenrechtsimpulses hat der Staat die Umsetzung des Menschenrechtes auf Bildung, auf Gesundheit, auf soziale Sicherheit usw. übernommen. „Er hat sich jedoch nicht darauf beschränkt, diese Rechte zu gewährleisten, sondern wurde in den entsprechenden Bereichen der Gesellschaft zum entscheidenden Akteur, der gleichzeitig nicht nur für die Sammlung, sondern auch für die Verwaltung und Verwendung der finanziellen Mittel verantwortlich ist."[42]

Dies entspricht nicht mehr den sozialen Anforderungen der Gegenwart, und es stimmt auch nicht mehr mit der Realität überein. „Es gibt viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten – man spricht hier von ‚freier Trägerschaft' –, aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher auch zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Das gilt für Bereiche der Altenbetreuung, der Krankenpflege und Therapie, der Sozialarbeit und Heilpädagogik, der Suchttherapie u.a., teilweise auch für das Schulwesen, in dem nichtkommerzielle freie Schulen bei der Verwirklichung der öffentlichen Aufgabe, das Menschenrecht auf Bildung zu realisieren, eine wichtige Rolle spielen."[43]

Es entspricht „dem Geist eines Zeitalters der Individualisierung und Pluralisierung, dass Initiativlösungen dort, wo Menschen dies wollen, an die Stelle von Staatslösungen treten können. Zwischen der Scheinalternative ‚staatlich' oder ‚privat' gibt es ein Drittes: freie Initiative für die Gemeinschaft, solidarisch finanziert. Dieser dritte Weg ist ein Weg der Balance zwischen Freiheit und Solidarität. Er führt nicht zur ‚Deregulierung', sondern zur unbürokratischen Regelung von Problemen durch vielfältige Aufgabengemeinschaften und Selbstverwaltungs-Netzwerke, die zugleich mit dem demokratischen Staat kooperieren."[44] Es ist geradezu notwendig, um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Sektors insgesamt sicherzustellen, dass die Gesellschaft dessen nicht-staatlichen Teil stärkt.

Die Grenzen zwischen „öffentlich" und „nicht-öffentlich" müssen richtig gezogen, die staatlichen Kernaufgaben identifiziert werden –, das sind die Aufgaben, bei denen sinnvollerweise der Staat alleiniger Akteur sein sollte. Zu diesen gehören innere und äußere Sicherheit, Schutz der Grund- und Menschenrechte und Ermöglichung der aktiven Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess.

Nicht überall, wo der Staat Rechte gewährleisten muss, ist aber eine staatliche Trägerschaft notwendig oder sinnvoll. Wie verhält es sich diesbezüglich mit Bereichen, wo es um die „staatliche Garantie des Zugangs aller zu öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit […], aber auch um eine funktionierende Infrastruktur (Verkehrswege, Wasser- und Energieversorgung usw.) […]" geht?[45]

Bei der Beantwortung dieser Frage hilft uns der gewonnene Gesichtspunkt der Integration durch Differenzierung im Spannungsfeld zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat. Nehmen wir beispielsweise die Bildung. Hier geht es um die Entwicklung der Individualität. Der Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht, daher vom Staat für alle Menschen zu gewährleisten, was zugleich eine solidarische Finanzierung beinhaltet, d.h. einer Finanzierung, die sicherstellt, dass der Bildungszugang nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Daran schließen sich dann notwendig andere Fragen an: Welche Form der Finanzierung ist zugleich solidarisch und freiheitlich? Gibt es Kulturbereiche, in denen die Finanzierung keine Gemeinschaftsaufgabe ist und welche sind das? Ist die Finanzierung der „Infrastruktur der Kultur" eine Gemeinschaftsaufgabe, nicht jedoch die Subventionierung der kulturellen Einzelinitiative? Ähnliche Fragen ergeben sich im Gesundheitswesen: Folgt aus solidarischer Finanzierung notwendigerweise eine Einheitskasse, die nur bestimmte, vom Mainstream anerkannte Leistungen erstattet? Andererseits: Handelt es sich nicht um Freiheit am falschen Ort, wenn man

42 C. Strawe: Die unvollendete Demokratie. Die Bundestagswahlen, die soziale Dreigliederung und ein Gesetzesvorschlag für mehr Demokratie. In: Sozialimpulse, Heft 3/2013, S. 9.

43 C. Strawe: Wem dient GATS? Zivilgesellschaftliche Alternativen zum Dienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation WTO. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 2/2001, S. 4ff., Zitat S. 6.

44 ibd.

45 Zum Begriff der öffentlichen Güter vgl. Herrmannstorfer, Ross, Spehl, Strawe: Die Zukunft des öffentlichen Sektors, Sozialimpulse Heft 4 / 2005. Vgl. auch dieselben: S. 5 – 16. Man kann hier von „Public Public Partnership" sprechen (C. Strawe: Public Public Partnership. Die Neustrukturierung des öffentlichen Sektors zwischen Kommerzialisierung und Bürokratisierung. Ein Beispiel für Beiträge aus dem Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung zur Suche der Zivilgesellschaft nach Alternativen. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/2004, S. 15 – 17). Den Begriff der PPP führen Maude Barlow und Tony Clarke ein in ihrem Buch: Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser. Verlag Antje Kunstmann, München 2003.

Wichtige Gesichtspunkte zur Frage der Gemeingüter entwickelt Peter Barnes Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hrsg. von der Heinrich Böll Stiftung (2008) (http://www.boell.de/downloads/publikationen/Barnes_Kapitalismus_3-0_komplett_Endf.pdf)

ganzen Gruppen einer Bevölkerung gestattet, sich der Finanzierung von Solidarsystemen durch private Krankenversicherungen zu entziehen? Die heutigen Entscheidungen zu diesen Fragen bestimmen die Zukunft der sozialen Sicherung in Deutschland.[46]

Kooperation der Subsysteme

Integration durch Differenzierung ist das Gegenteil von Abschottung der gesellschaftlichen Subsysteme voneinander. Dabei geht es vielmehr um die Herstellung von Bedingungen ihres lebendigen Zusammenwirkens, die sich in der Regel aus der Sache ergeben werden. Allerdings gibt es Fragen, die einer Abstimmung zwischen den Selbstverwaltungen der Subsysteme bedürfen und für die eigene Organbildungen nötig sein können. Es gilt hier: „Wo sich gesellschaftliche Lebensfelder in immer größerer Selbständigkeit entwickeln und die sinnvolle Gestaltung des Ganzen von der Beachtung ihrer Eigengesetzlichkeiten abhängt, da kann die Form des Zusammenwirkens keine durch eine Zentralinstanz vermittelte, sondern nur eine solche ‚trisektoraler Partnerschaft' der Vertreter der drei Bereiche sein."[47] Entsprechende Ansätze gibt es bereits, wobei für den Kulturbereich gegenwärtig die organisierte Zivilgesellschaft die Vorreiterrolle spielt.[48]

Jenseits des Nationalstaats

Während die Dynamik der Individualisierung und der Globalisierung gegenüber den alten Gemeinschaften entgrenzend wirkt, bleibt der Staat ein territorial begrenztes Gebilde. Daraus ergeben sich notwendig Verwerfungen: Immer mehr Probleme sind rechtlich-politisch nicht mehr wirklich verortbar.[49] In diesen rechtsfreien Räumen wildern transnationale Konzerne, blüht die Finanzspekulation. Transnationale staatliche Organisationen folgen, wie die WTO, im Wesentlichen deren Agenda – oder werden, wie die UNO, durch nationalstaatliche Interessen und die Vetomächte ausgebremst. Die Europäische Union befindet sich in einer kritischen Entwicklungsphase. Instrumente eines internationalen Rechtslebens sind nicht richtig ausgebildet.

Es wird viel diskutiert über „Global Governance", neuerdings auch über „Simultanpolitik".[50] Es gibt Suchbewegungen nach den richtigen modernen Formen. Dass indes die Übertragung des problematisch gewordenen Prinzips des nationalen Einheitsstaats auf die kontinentale oder gar globale Ebene mit den Dimensionen des Staates nur die Dimension der Probleme vergrößert, die wir heute bereits mit dem Staat haben, ist mehr als wahrscheinlich.

Der Gedanke einer Weltregierung erscheint vielen verlockend. Könnte eine solche nicht der internationalen Kriminalität durch eine Weltinnenpolitik wirksam begegnen „und den Profitinteressen der Global Player durch eine Weltsozialpolitik Schranken" setzen?[51] Abgesehen vom utopischen Charakter dieser Gedanken ist den Einwänden gegen einen globalen Einheitsstaat noch jener hinzuzufügen, dass Demokratie Basisnähe verlangt. Je höher die Entscheidungsebene, umso weiter entfernt sich die Macht vom Willen des Volkes, von dem sie ausging. Föderalismus und Subsidiarität kämen unter die Räder, wenn nicht gar noch Schlimmeres, eine globale totalitäre Herrschaft, einträte. Die Datenüberwachungsskandale der jüngsten Zeit sind mehr als ein Warnzeichen.

Altes und Neues

Die soziale Sicherung hat ihre Geschichte, aus der klar werden kann, wie es zu der heutigen Ausgestaltung kam. Zu prüfen ist, welche Lösungen der heutigen und künftigen Entwicklung angemessen sind. Wie kann soziale Sicherung wetterfest gemacht werden gegen die Stürme der Globalisierung und die Bedingungen der Digitalisierung? Welche strukturellen Anforderungen an die Organisation der sozialen Sicherung ergeben sich heute im Spannungsfeld von Individuum, Gesellschaft und Staat – im Vergleich mit den Anfängen des Sozialstaats in der Bismarck-Zeit? Was sind die Kriterien einer modernen Architektur der sozialen Sicherheit?

Noch stecken in der Art, wie wir die Sozialsicherung organisiert haben, Reste einer Vergangenheit, die durch obrigkeitsstaatliche Strukturen geprägt war, und noch wenig durch mündige Selbstverwaltung. An vieles ist anzuknüpfen, aber vieles wird auch radikal anders werden müssen.[52]

46 An den genannten Fragen hängen zahlreiche weitere Einzelfragen: „Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind durch den Staat zu schaffen, um die Zukunft des öffentlichen Sektors insgesamt sicherzustellen? (Sollten beispielsweise nur gemeinwesenorientierte Unternehmensformen im öffentlichen Sektor zugelassen sein, um ihn vor Kommerzialisierung zu schützen?). In welchem Verhältnis steht die Forderung nach Neutralität des Staates in Bezug auf Kultur und Wirtschaft (Beispiele: Rechtsaufsicht ohne inhaltliche Kontrolle in Bezug auf das Schulwesen, Wettbewerbsneutralität der Sozialausgleichsfinanzierung) zur rahmensetzenden Funktion des Rechts, die vom Staat auszugehen hat und die verhindern muss, dass Wirtschafts- und Kapitalordnung rechtlichen Gestaltungsspielraum be- oder gar verhindern". (C. Strawe: Arbeitspapier zur Zukunft des öffentlichen Sektors und seiner Finanzierung für das Kolloquium zur sozialen Sicherung am 31. Mai/1. Juli 2013 in Stuttgart, unveröffentlicht)

47 C. Strawe: Dreigliederung oder Global Governance, a.a.O.

48 Dieser Gedanke wird systematisch entfaltet von Nicanor Perlas in seinem Werk: Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung, Frankfurt/M Vgl. auch C. Strawe: Trisektorale Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Dreigliederung. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/März 2001.

49 Vgl. U. Herrmannstorfer, C. Strawe: Jenseits des Nationalstaats. Transnationalität, Supranationalität, Globalität. In Sozialimpulse, Heft 1/2010, S. 5 – 10.

50 Zum Begriff der Simultanpolitik vgl. Alfred Groff: Integrale Politik, Dreigliederung und Simultanpolitik. Sozialimpulse, Heft 2/2013, S. 36 – 39

51 Strawe, Dreigliederung oder Global Governance, a.a.O. S. 1

52 Zur Geschichte vgl. C. Strawe: Soziale Sicherheit? Sozialstaat in der Krise – Ursachen und Auswege, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/1995.

Zeichen der Zeit

US-Präsidentschafts-wahlkampf

Roland Benedikter: Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2015-2016: Ungleichheit als Kernthema

Stehen wir vor einer neuen Phase gesellschaftspolitischer Debatte in den USA?

E-Book, 128 S. Hg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin , 17. November 2015. Download unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_43282-544-1-30.pdf?160308111427 (Creative Commons Lizenz)

Mit freundlicher Genehmigung unseres Autors Roland Benedikter drucken wir hier eine Zusammenfassung seiner Thesen und Textauszüge aus der oben genannten Publikation – als Beitrag zum Verständnis der Zeitlage und gleichzeitig als Literaturhinweis. Die Zusammenfassung ist gegenüber der Buchfassung von der Redaktion für die Veröffentlichung in den Sozialimpulsen aktualisiert worden. Auch in den Auszügen wurden gelegentlich aktualisierende Ergänzungen vorgenommen.

Zusammenfassung

Roland Benedikter

Bedeutende Veränderungen scheinen sich in den USA anzubahnen. Nicht nur im Umweltbereich zeichnete sich nach den Gesetzesvorschlägen Barack Obamas zur Emissions-Reduktion vom August 2015 und seiner symbolträchtigen Absage an die Keystone XL Pipeline für Schieferöl von Kanada nach Nebraska vom November 2015 eine Wende ab. Auch wenn erst noch zu sehen sein wird, ob und inwieweit die Republikaner ihre Pauschal-Blockade gegen Obamas Reformpolitiken fortsetzen oder gar mit Hilfe der noch immer weithin ungeliebten Umwelt- und Klimafrage intensivieren können. Wandel gilt auch für die *Außenpolitik* – Stichwort: Normalisierung der Beziehungen mit Iran und Kuba – sowie für die *Innen-Sozialpolitik*, etwa Obamas Versuche, ethnische Diskriminierungsmuster und -praktiken zu hinterfragen, ausdrücklicher öffentlich zu thematisieren und zum Teil auch stärker zu ahnden, vor allem auch ihre kulturellen und institutionellen Wurzeln anzugehen.

All diese Initiativen sind Versuche Obamas, im letzten, für seine historische Wahrnehmung aus seiner Sicht mit entscheidenden Abschnitt seiner Amtszeit, sein Bild für die Nachwelt zu retten. Obama will seinen Nachfolgern einen multidimensionalen Transformationsprozess übergeben, der in entscheidenden Aspekten wenigstens ernsthaft (wenn auch nicht wie vom Präsidenten gewünscht irreversibel) angestoßen ist.

Für die Zukunft der USA insgesamt noch wichtiger als diese Impulse scheint aber, zumindest potentiell, eines zu sein: *Erstmals seit den 1960er Jahren ist der US-Präsidentschaftswahlkampf 2015-16 nicht ohne die Kernthematisierung von Ungleichheit zu führen – geschweige denn zu gewinnen.* Die nächste Präsidentschaft ab Januar 2017 ist laut übereinstimmender Analyse aller, auch der ausgeschiedenen Kandidaten, nur mit einer Aktivierung des Mittelstandes zu gewinnen.

Für den Mittelstand aber ist laut Umfragen Ungleichheit zum eindeutig größten, ja mittlerweile entscheidenden, Problem Nordamerikas geworden. Die USA sind Vierte in der weltweiten Ungleichheitsskala, dabei aber mit Abstand das fortschrittlichste und größte Land, – und die Kluft zwischen Oberklasse und Mittelstand, Wohlhabenden und Verschuldeten vergrößert sich ständig. Durch die wachsende Ungleichheit ist der „Amerikanische Traum" mit seinem Ideal vertikaler Mobilität aus eigener Kraft für die meisten im „Land der Freien und Zuhause der Tapferen" *(land of the free and home of the brave)* ungeachtet aller persönlichen Anstrengung zwar nicht im Ideal, aber doch in der Realität außer Reichweite geraten.

Deshalb machten alle Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und – in einer bemerkenswerten historischen Kehrtwende – dann auch viele Republikaner das Thema *Ungleichheit* zum Kernthema ihrer Kandidatur. Die entsprechenden öffentlichen Debatten waren und sind eine Chance, eine neue Phase der gesellschaftspolitischen Diskussion in den USA einzuleiten, auch wenn brachiale Ablenkungs- und Störmanöver im Dienst des bestehenden Systems, wie jene Donald Trumps, die Debatte bewusst banalisieren und bagatellisieren wollen.

Doch stärker als solch allzu durchsichtige Manöver geldelitärer Kreise – die, wie sie fürchten, von einer vertieften Ungleichheitsdiskussion nur zu verlieren hätten – wirken Breitenkultur, historisch-zivilreligiöses Selbstverständnis und eine gewisse idealistische Grundhaltung in „Gottes eigenem Land" *(god's own country)* einer nachhaltigen und konkret handlungsorientierten Auseinandersetzung mit dem Ungleichheitsthema entgegen. Die meisten Kandidaten blieben vor allem aufgrund kultureller Selbstverständnisse und Gemeinplätze eher vage. Auch in der jetzigen Wahlkampfphase beschränkt

man sich vielfach auf Allgemeinplätze, um sich nicht allzu deutlich zu positionieren. Dies in erster Linie aus Rücksicht auf den unumgänglichen Wahlkampf-Appell an den „Amerikanischen Traum", der im Kern der Idealisierung amerikanischen Selbstverständnisses lebendig bleibt, aber durch eine allzu deutliche Thematisierung von Ungleichheit in Zweifel gezogen werden könnte. Inwiefern?

Ein wichtiger Grund liegt in einer folgenschweren Begriffsreduktion beziehungsweise – bewussten und unbewussten – Uminterpretation. Die USA interpretieren *Ungleichheits*bekämpfung seit jeher meist als *Armuts*bekämpfung. Darin liegt auch das zentrale Problem der Ungleichheitsdebatte im jetzigen Präsidentschaftswahlkampf, weil diese Gleichsetzung die eigentliche Frage außer Sichtweite zu bringen droht. Armut ist ein auf eine gesellschaftliche Schicht eingrenzbares, sektorales Problem in einer Gesellschaft, das relativ isoliert betrachtet und behandelt werden kann. *Ungleichheit* dagegen ist ihrer Natur nach ein Problem der gesamten Gesellschaft, zu dessen Erfassung und Bearbeitung alle Schichten und Teile dieser Gesellschaft zueinander in Beziehung gesetzt werden müssen, weil es nur systemisch anzugehen ist. Mit anderen Worten: Armutsbekämpfung ist eine partiale Aufgabe, Ungleichheitsbekämpfung eine ganzheitliche Herausforderung. Die Folge: Armutsbekämpfung verlangt keinen Systemwandel, Ungleichheitsbekämpfung zumindest teilweise schon.

Und eben mit Letzterem: mit der Drohung einer – aufgrund der Kombination von Globalisierung, Akkumulationsgesetzmäßigkeit des Kapitalismus und historischer Situation möglicherweise notwendigen – *Systemkorrektur* hat das erfolgsverwöhnte Amerika seine Probleme. Man sieht zwar die *Struktur*-Probleme der Nation, will aber aus der in Kern und Selbstverständnis nach wie vor hyperpositiven Zivilreligion der USA heraus bestimmte Aspekte des Gesellschaftsmechanismus nicht als systemisches Problem erkennen. Denn das käme angesichts der noch immer vorherrschenden Mentalität der Mehrheit der US-Bevölkerung einer „Schlechtrederei" oder gar „Grundlagenerschütterung" gleich – auch wenn diese Mehrheit mittlerweile noch so sehr, entweder direkt oder indirekt, unter Ungleichheit leidet.

Deshalb zeigt das Kernthema „Ungleichheit" des US-Präsidentschaftswahlkampfs zwei Seiten. Diese verhalten sich diametral entgegengesetzt zueinander:

- *Einerseits* wird Ungleichheit, was jahrzehntelang verdrängt wurde, aufgrund des Drucks des Mittelstandes unweigerlich zum öffentlichen Gegenstand *(res publica)*. Und das Thema wird jetzt von Kandidaten ausgesprochen, was lange Zeit als politisch inkorrekt galt.

- *Andererseits* wird – bewusst und unbewusst – das Muster wiederholt, das spätestens seit Lyndon B. Johnsons Sozialbemühungen der 1960er Jahre in den USA für die „Große Gesellschaft" (Great Society) zum Standard geworden ist: *Ungleichheit wird auf Armutsbekämpfung reduziert.* Sie wird damit von einem systemischen Problem einer Gesellschaft, die (noch) nicht eine öko-soziale Marktwirtschaft unter dem Signum der Kooperation praktiziert, sondern in vielen Sektoren noch immer einer neoliberalen Verdrängungswirtschaft der Konkurrenz jeder gegen jeden anhängt, zu einem Finanzierungs- und *Goodwill*-Problem herabgestuft. Ein Teil des Problems kann, wie man in den USA meint, daher auch von der Philanthropie aufgefangen werden.

Wichtig bei alledem ist, die zentrale Rolle des *Hochschul- und Erziehungsbereichs* zu verstehen. Er ist Gradmesser, Indikator, Symbol und Motor der Ungleichheitsentwicklung in den USA. Erziehung und Hochschule spielen dort eine weitaus wichtigere Rolle als in Europa – weil Erziehung und Bildung neben Geld in den USA der zentrale Schlüssel für soziale Mobilität sind, und zwar weit umfassender, fundamentaler und weitreichender als in praktisch allen anderen entwickelten Ländern der Erde. Daher ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die Entwicklung dieses Bereichs in Bezug zur Ungleichheit und zur Erreichbarkeit oder Nichterreichbarkeit des „Amerikanischen Traums" zu verstehen. Ohne die Frage der wachsenden Ungleichheit im Zugang im Hinblick auf den Zugang zu Erziehung und Bildung und die mit ihnen verbundenen Chancen in den Blick zu nehmen, kann das Ungleichheitsthema nicht in seiner spezifisch amerikanischen Konstellation verstanden werden.

Und der Präsident, der mit so vielen Hoffnungen auf Systemverbesserungen gestartet war? Barack Obama konnte in den Jahren seiner Amtszeit, trotz vieler Anläufe, am notorischen Reduktionismus der Ungleichheits- auf die Armutsfrage wenig ändern. Dies in nicht geringem Maß aufgrund der historisch beispiellosen Blockadepolitik einer Republikanischen Partei, die sich seit den Jahren von George W. Bush jr. (2001-2009) in einem scheinbar nicht endenden Hinterfragungsstadium ihres gesellschaftlichen Rollenverständnisses befindet – und derzeit aufgrund ihrer inneren Brüchigkeit und Polarisierung anfällig für „Großsprecher" wie Trump ist.

Weil unter dem Druck dieser Entwicklung Teile der amerikanischen Öffentlichkeit an die Stelle pragmatischer Gesellschaftsverantwortung ein vermeintliches „Amerikanertum" setzen, das eine kulturelle und mythologische Abstraktion darstellt, wird zu sehen sein, inwieweit der US-Präsidentschaftswahlkampf das Thema „Ungleichheit" tatsächlich als Kernthema einer neuen gesellschaftspolitischen Debatte etablieren kann – oder aber (erneut) auf Teilprobleme reduziert, deren Bearbeitung die systemische Ebene nicht erreicht. Doch eben um die System-Ebene wird es, wie die meisten Indikatoren heute zeigen, den Post-Obama-USA so oder so gehen müssen, wenn das Land weiter prosperieren und seine Rolle in der internationaler Entwicklung bewahren will.

Auszüge

Hillary Clinton: Eine Millionärin als Ungleichheits-Bekämpferin?

[...] Clinton wählte „Ungleichheit" von Anfang an zum Kernthema ihrer Kandidatur. Sie ist aber laut unabhängigen Berechnungen verschiedener US-Medien eine Multimillionärin mit etwa 13 Millionen US$ Einkommen pro Jahr seit ihrem Ausscheiden aus dem Außenministerium[1], mindestens 55 Millionen US$-Vermögen und einem Gemeinschaftsverdienst mit ihrem Mann Bill Clinton von mindestens 136,5 Millionen US$ zwischen 2001 und 2012.[2] Sie ist damit laut diesen Recherchen offenbar reicher als vier Fünftel ihrer Vorgänger in einem möglichen Präsidentenamt.[3] Die „familieneigene" Stiftung, die Bill, Hillary & Chelsea Clinton Foundation, ist zwei Milliarden US$ schwer[4] – und ebensowenig neutral wie das Center for American Progress[5], eine ebenfalls mittelintensive Clinton-nahe Denkfabrik (Think tank) in der Hauptstadt Washington, geleitet von Bill Clintons ehemaligem Stabschef John Podesta.

Trotzdem erhob gerade Clinton das Thema der Ungleichheit mit besonderer Berücksichtigung des absteigenden US-Mittelstandes bereits am ersten Tag ihrer Kandidatur zum zentralen Gegenstand ihres Wahlkampfs – wohl wissend, dass sie im Präsidentschaftswahlkampf 2008-09, eben wegen dieses Mittelstands, gegen Obama innerparteilich verlor. Clinton gilt vielen Mittelstands-Amerikanern bereits seit ihrer Zeit als „First Lady" unter der Präsidentschaft Bill Clintons als elitär, abgehoben und Teil des Ostküsten-Establishments.[6]

Clintons am 12. April 2015 eröffneter Wahlkampf machte deshalb die Themen Ungleichheit und Vermögen – und noch wichtiger: deren strukturelle Verbindung – bewusst volkstümlich zum Kernthema ihrer Kampagne, und damit zugleich bis zu einem gewissen Grad zum Gravitationszentrum ihrer Partei, deren unangefochtene Hauptvertreterin sie bei Wahlkampfbeginn in der US- und Weltöffentlichkeit war.

„Die Amerikaner haben sich durch schwere wirtschaftliche Zeiten zurückgekämpft. Aber die Situation ist noch immer auf die ganz oben zugeschnitten"[7], sagte Clinton programmatisch in ihrem ersten Wahlkampf-Spot. Um dann nicht ohne Widerspruch hinzuzufügen: „Jeden Tag brauchen die Amerikaner einen Champion. Und ich will dieser Champion sein."[8]

Dass Clinton bislang zwar (ökonomische) Frauengleichheit und Frauenrechte, nicht aber das Ungleichheitsthema an sich, öffentlich hervorgehoben hat, ist in dieser Konstellation nicht besonders hilfreich. Ihr relativ neuer Ungleichheits-Fokus ist aus Sicht vieler der angesprochenen US-Mittelständler eher überraschend für eine Vertreterin des Establishments, die „zu den 1% Reichsten gehört".[9] Es bleibt abzuwarten, ob das neue, eher hemdsärmelige Werbedesign, mit dem Clinton ihren oft kritisierten persönlich-ehrgeizigen Stil abzulösen und um das (Un-)Gleichheits-Thema rhetorisch zu ergänzen sucht, auch in Erfüllung allfälliger Versprechungen bei einem Sieg umgesetzt wird. Manche, etwa an Stanfords Freeman Spogli Institut für Internationale Studien oder an der John F. Kennedy Schule für Regierungsangelegenheiten der Harvard Universität[10], glauben, Clinton werde sich in jedem Fall die Option offenhalten, das Thema, wie in der Vergangenheit meist üblich, in Richtung Armutsbekämpfung und Wohltätertum abzuschwächen.

Druck von „links" oder: Bernie Sanders

Sanders konzentriert seine Kritik am bestehenden US-System auf drei Punkte. Bei Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur am 30. April 2015 erklärte er programmatisch – und mit ungewöhnlich breitem Echo in der amerikanischen Öffentlichkeit:

„Dieses Land steht heute aus meiner Sicht in schwereren Krisen als jemals seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Die Realität vieler Amerikaner ist, dass sie immer länger arbeiten für immer geringere Löhne. Inflationsbereinigt verdienen sie heute weniger als noch vor einigen Jahren, und dies trotz riesigen Wachstums in Technologie und Produktivität. Überall im Land fragen mich die Leute: ‚Wie kann das sein – und wie konnte das geschehen? Ich produziere mehr; aber ich muss länger arbeiten für geringere Löhne. Mein Kind kann es sich nicht leisten, aufs College zu gehen, und ich habe große Schwierigkeiten, mir die Gesundheitsversicherung zu kaufen. Was ist hier mit uns geschehen – während genau zur selben Zeit 99% des gesamten in diesem Land erzeugten neuen Einkommens an die Top-1% der Bevölkerung geht?

In der Tat frage ich Sie: Wie ist es möglich, dass die Top-1% in den USA heute fast genauso viel Vermögen besitzen wie die unteren 99% zusammen?

1 D. Manuel: 2015 Net Worth for Secretary of the State Hillary Clinton, http://www.davemanuel.com/pols/hillary-clinton/.

2 A. Becker: $5 million, $50 million or even more – just how rich is Hillary Clinton? Here's why we don't know. In: The Washington Post, July 30, 2014, http://www.washingtonpost.com/blogs/post-politics/wp/2014/07/30/5-million-50-million-or-even-more-just-how-rich-is-hillary-clinton-heres-why-we-dont- know/.

3 A. Seitz-Wald: Just How Wealthy Is Hillary Clinton? If elected president, the former secretary of State would be richer than close to four out of five of her predecessors. In: National Journal, July 1, 2014, http://www.nationaljournal.com/politics/just-how-wealthy-is-hillary-clinton-20140630.

4 H. Roloff: Der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Jeb Bush überrollt Hillary Clinton. In: Bild, 10.07.2015, http://www.bild.de/politik/ausland/jeb-bush/ueberrollt-clinton-41721386.bild.html.

5 Center for American Progress: https://www.americanprogress.org.

6 A. Chozik: Hillary Clinton Announces 2016 Presidential Bid. In: The New York Times, April 12, 2015, http://www.nytimes.com/2015/04/13/us/politics/hillary-clinton-2016-presidential-campaign.html?_r=0.

7 ABC News: Hillary Clinton's 2016 Presidential Campaign Announcement (official). In: Youtube, 12.04.2015, https://www.youtube.com/watch?v= N708P-A45D0.

8 Ebda.

9 A. Seitz-Wald: Just How Wealthy Is Hillary Clinton?, a.a.O.

10 Im Gespräch mit dem Autor.

Mein Urteil ist, dass diese Art von Wirtschaft nicht nur unmoralisch ist, sondern falsch und nicht nachhaltig. Wir können nicht länger die Nation mit der höchsten Rate an Kinderarmut sein von allen größeren Nationen der Erde, während wir gleichzeitig eine ständige Vermehrung der Millionäre und Milliardäre sehen. Das ist das große Thema der Gegenwart. Das große Thema ist, wie wir eine Wirtschaft bekommen können, die für alle Menschen da ist, und nicht nur für eine kleine Zahl von Milliardären."[11]

Sanders spricht mit diesem ersten Punkt seiner Ungleichheits-Agenda die im Land verbreitete Empfindung an, dass die Einkommen in den USA objektiv nicht nur immer ungleicher werden, sondern – wie die Vermögensfolgen – auch immer ungerechter verteilt und strukturiert sind.

Diese Ansicht folgt unter anderem der Einschätzung, dass die reichsten Amerikaner den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Krise dazu „genutzt" haben, nach Wiederanspringen der Wirtschaft Mitteleinkommens-Jobs durch Niedriglohnarbeit zu ersetzen. Daher vermittelt die seit Ende der Krise statistisch verbesserte US-Arbeitslosenrate kein realistisches Bild der Arbeitsplatz- und Lohnentwicklung.[12]

Bereits vor Jahren gab es parallel zu den Occupy-Wall-Street- und 99%-Bewegungen („Wir sind die 99%") auch eine „Demokratisiert-die-Unternehmen"-Initiative (Corporate Democracy Now). Denn immer mehr Amerikanern dämmert, dass zur Vermögensfrage auch der Umgang mit Firmenvermögen gehört – das heißt mit Herrschaftsstrukturen in Firmen (corporations) und ihren (seit den neoliberalen Jahren vielfach oligarchischen) Entscheidungs- und Beteiligungsmechanismen.[13]

Fabriken der Ungleichheit: Der Zusammenhang zwischen Reichtum, Wahlgesetzgebung, Steuern und Staatsinvestitionen (Redistribution)

Sanders macht das Ungleichheitsmotiv für die heutigen USA konkret an zwei weiteren Aspekten fest:

„Der zweite Aspekt, der damit direkt zusammenhängt, ist […] dass wir nun eine politische Situation haben, in der Milliardäre buchstäblich in der Lage sind, sich Wahlen und Kandidaten zu kaufen […]

Da sind zum Beispiel die Gebrüder Koch und andere Milliardärs-Familien, die dazu bereit sind, hunderte Millionen Dollar bei Wahlen auszugeben, um sich die Kandidaten ihrer Wahl zu kaufen, oft extrem nach rechts tendierende Kandidaten. Ich bin der frühere Vorsitzende des Veteranenkomitees des Senats, und ich glaube nicht, dass die Männer und Frauen, die die amerikanische Demokratie mit Waffen verteidigen, das getan haben, um eine Situation zu erzeugen, in der die amerikanischen Milliardäre den politischen Prozess besitzen, ja ihr Eigen nennen […]

Das heißt: Wir müssen endlich über die Rolle von Geld in der US-Politik reden. Die Koch-Brüder werden voraussichtlich 900 Millionen Dollar in diesem Wahlkampf ausgeben, wobei sie eine Menge Geld mit fossilem Brennstoff machen, und sie haben eine Plattform, die, soweit ich es verstehe, für die Eliminierung von Sozialversicherung und medizinischer Hilfe für Bedürftige (Medicaid) eintritt – Ideen, die für meine republikanischen Kollegen immer akzeptabler werden. Das Problem ist, dass man heute in Amerika so enorm viel Geld benötigt, um eine politische Kampagne zu fahren […] Ich frage mich wirklich, und das bin nicht nur ich, wie es heute noch möglich sein soll für einen Kandidaten, der nicht Milliardär ist, überhaupt noch einen Wahlkampf zu führen. Daran sehen Sie, in welch traurigem Zustand sich die amerikanische Demokratie befindet."[14]

Das dritte Thema, das Sanders im Gegensatz zu Clinton nicht nur allgemein, sondern konkret, anspricht, ist die Steuerfrage von US-Unternehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten unmittelbar mit der Akkumulation riesiger Privatvermögen zusammenhing. Sanders:

„Ich halte es für inakzeptabel, dass wir in diesem Land große Unternehmen haben, die Milliardenprofite machen, aber keinen einzigen Nickel an nationalen Steuern bezahlen, weil sie ihr Geld unter anderem auf den Cayman-Inseln, den Bermudas und anderen Steueroasen horten. Die reichsten Menschen in diesem Land und die großen Firmen müssen endlich den Vereinigten Staaten von Amerika beitreten. Sie müssen in dieses Land zurückkehren und ihre Verantwortung übernehmen… Wir brauchen eine echte Steuerreform, die dafür sorgt, dass die Reichsten und die größten Unternehmen einen fairen Anteil übernehmen… Daher bin ich auch gegen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), weil ich glaube, dass es einen negativen Trend an Handelspraktiken fortsetzt, der uns Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze kosten könnte […] Dieses wunderschöne Kapital und unser Land gehören uns allen, nicht nur der Milliardärsklasse."[15]

Mit anderen Worten: Wer heute in den USA vermögend ist, bestimmt den politischen Prozess durch den Einfluss des Geldes maßgeblich mit – darunter mittels Super-PACs. Er sorgt über die Politik dafür, dass sein Vermögen ansteigt, indem er möglichst wenig Steuern zahlt – und stattdessen die Politik finanziert, die ihm dann ergeben ist und Redistribu-

11 The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O., https://www.youtube.com/watch?v=kefeEqjZOMU. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Roland Benedikter.

12 R. Forohaar: The 3% Economy. Yes, 3% growth is better than 2%. But, for most Americans, it's actually more worrisome. In: Time, September 25, 2014, http://time.com/3429656/the-3-economy/.

13 J. Ucciferri: Public Corporations Are Not Democracies, But They Should Be. In: Huffington Post, November 23, 2011, http://www.huffingtonpost.com/jack-ucciferri/corporate-governance_b_1105564.html.

14 The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Roland Benedikter. Cf. P. Wood: Transcript of the Bernard Sanders 2016 Presidential Announcement Speech. In: Irregular Times, April 30th, 2015, http://irregulartimes.com/2015/04/30/transcript-of-the-bernard-sanders-2016-presidential-announcement-speech/.

15 The Daily Conversation: Sen. Bernie Sanders Speech on 2016 Presidential Run, a.a.O.

tionsfragen in seinem Sinn regelt. Dafür sorgt eine Wahlgesetzgebung, die privates Geld in Wahlkämpfen vergleichsweise großzügig erlaubt – und so die Preise für nicht von Reichen gesponserte Kandidaten in unmögliche Höhen treibt.

Das amerikanische Gesellschaftsideal – unterminiert durch Ungleichheit

Wichtiger als die Frage, wie ernsthaft Clinton persönlich hinter dem Ungleichheits-Thema steht – und wie standhaft sie ihm treu bleiben wird –, ist jedoch die Tatsache, dass auch, aber nicht nur, in ihrem Sog die gesamte Demokratische Partei mittelfristig auf eine stärker sozial ausgerichtete Agenda einzuschwenken scheint.

Das ist einerseits Clintons Schwerpunktsetzung in der öffentlichen Diskussion zu Wahlkampfbeginn zu verdanken. Es hat andererseits aber auch damit zu tun, dass der „Amerikanische Traum" von einem durch eigene Anstrengung erreichbaren guten Mittelklasse-Leben für viele US-Mittelstandsbürger mittlerweile offensichtlich außer Reichweite geraten ist – zumindest aus deren eigener Wahrnehmung. Inwiefern?

Dem Gründungs-Prinzip und Verfassungs-Ideal nach sind die USA das erste umfassende (und daher auch notwendigerweise experimentell-kulturübergreifende) individualistische Gesellschaftsexperiment der Geschichte. In den USA können im Prinzip – und als kreativer Konstitutions-Mechanismus von Gemeinschaft – weder verfügbarer Grundreichtum noch Kultur noch Sprache noch Hautfarbe noch Herkunft (Geschichte) zählen. Es zählt der Idee dieser im Unterschied zu Europa von Anfang an modernen Gesellschaftsgründung des 18. Jahrhunderts nach nur dreierlei:

1. Wer man (in seiner eigenen Projektion) ist,
2. was man will,
3. was man kann. Oder: wozu man befähigt ist.

Letzteres bedeutet in der US-Konkurrenzgesellschaft der Individuen, jeder gegen jeden, bislang meist: „Wozu man einzigartig befähigt ist im Unterschied zu allen anderen". Mit anderen Worten: Wenn ich etwas als einziger kann, und alle anderen nicht, und sei es eine noch so unnütze oder unnötige „Fähigkeit", werde ich herausragen – und also hoffentlich berühmt und möglicherweise reich werden. Nicht zufällig hat die Aufmerksamkeitsökonomie, die die Moderne kennzeichnet[16], in den USA ihren Ausgang genommen – und hat bis heute dort ihre solideste Festung.

Aus der Kombination dieser drei Aspekte ergibt sich als viertes Element:

4. Man ist, was man sein will.

Mit anderen Worten: Das radikale Individualitätsprinzip, das sich – immer der zivilreligiösen Idee nach, die an den Grundfesten der Vereinigten Staaten steht und aufgrund der Jugend der Nation im Vergleich zum geschichtsträchtigen Europa in der Bevölkerung immer noch überproportional lebendig ist – in den drei erstgenannten Prinzipien an die Stelle von Gruppenidentität, Ethnie und Kultur setzt, hat als Effekt, dass man sich selbst von Grund auf aus eigener Kraft erfinden – und sich grundsätzlich selbst seine Identität zuschreiben kann. Man ist, wer man sein möchte, von allen anderen anerkannt als solcher – und zwar bis zum Beweis des Gegenteils.

Wenn ich zum Beispiel in die USA einwandere und – auch ohne jede Vorkenntnis oder Beweise – ein „Schriftsteller" sein will, dann bin ich einer. Ich werde von allen als solcher respektiert und behandelt (insbesondere in den 13 Weststaaten), solange sich nicht das Gegenteil erweist: dass ich es nicht bin, nicht will und nicht kann (was gerade in dieser dreifachen Verschränkung auf bestimmte Weise viel mit Öffentlichkeit zu tun hat). Erst dann verliere ich meine mir selbst zugeschriebene Identität – und starte trotzdem relativ schnell und vergleichsweise unbeschadet mit einer neuen, die erneut eine mir selbst zugeschriebene sein kann.

Das in der Zuschreibung Flexible an der Identität ist dem Ideal nach das produktive, treibende Individualitätsprinzip der amerikanischen Zivilisation. Es erlaubt Veränderung ebenso wie Gleichbleiben, und beides in vergleichsweise radikaler Freiheit. Zugleich ist es auch die Grundlage einer Freundschaft und Kordialität im Alltag, der stets gleichzeitig ein tiefes Misstrauen innewohnt: Du bist das, als was Du Dich erfunden hast. Und ich kenne und anerkenne Dich als eben dieses – aber bist Du es wirklich?

Die Folge ist: Man hat „instinktiv" ein gleichsam unendliches, fast kindliches Vertrauen in den Anderen – kann aber zugleich niemandem vollends trauen. Der Andere eine Tür weiter, der möglicherweise aus einer ganz anderen Herkunftskultur kommt und erst seit kurzem mein Nachbar ist, aber wie ich und im Prinzip jeder US-Bürger ein Immigrant ist, folgt dem Prinzip: „Das Individuellste ist das Allgemeinste" – unendlich nah und unendlich fern zugleich. Man empfindet in den USA stärker als in Europa das „Andere" individueller Identität – und traut trotzdem jeder zugeschriebenen Identität, eben weil diese selbst-zugeschrieben ist und genau darin bereits etwas über ihren Träger aussagt, weit mehr als „ererbte" Identitäten.

Das Vertrauen bei gleichzeitigem (notwendigem) Misstrauen in selbstzugeschriebene Identität als produktivem Faktor sozialer Selbst-Arbeit, mithin Gleichheit in Status und Ausgangspunkt sozialer Mobilität, hatte lange Zeit in der US-Realität Bestand. Es wird aber heute, vielleicht erstmals auf solch dramatische – und vor allem auch öffentlich sichtbare – Weise in der noch jungen US-Geschichte, durch das mittlerweile erreichte Niveau an Ungleichheit zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber doch in Frage gestellt, wenn nicht im Kern in seiner positiven

16 R. Benedikter: Die Aufmerksamkeitsökonomie. Ein neuer Wirtschaftszweig. In: ders. (Hg.): Postmaterialismus. Band 2: Der Mensch. Passagen Verlag. Wien 2001, S. 41-74.

Zukunftswirkung unterminiert. Denn wenn aufgrund wachsender Ungleichheit die Ausgangschancen individueller Selbst-Erfindung immer ungleicher werden, kann auch Identität nicht mehr in demselben Maß selbst-zugeschrieben werden. Mit anderen Worten: Der nach unten gehende US-Mittelstand hat immer weniger Optionen, sich eine Identität zu schaffen, die auch einen gewissen Bestand in der Zeit und eine in den Fakten begründete Legitimation hat.

Die Hintergründe: Zu wenig erkundete Untiefen der „amerikanischen Seele". Zwei entgegengesetzte Positionen zu den Wurzeln amerikanischer Ungleichheit: Der „klassische Idealist" Alexis de Tocqueville gegen den „Neophyten" Donald Trump

In der skizzierten Großkonstellation kann es nicht verwundern, dass das Thema Ungleichheit beim ersten ernsthaften Fernsehwahlkampf mit 10 der 17 (!) Republikanischen Kandidaten im August 2015 auf dem Republikaner-nahen Netzwerk Fox News kaum eine bis gar keine Rolle spielte.[17]

Auch der vormals „mutige" Rand Paul konnte oder wollte seine Argumente zur Ungleichheit bei dieser Gelegenheit nicht nachhaltig einbringen – was kein gutes Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Republikanischen Ungleichheits-Agenda, weder für den weiteren Verlauf des Wahlkampfs noch für die Nach-Wahlkampf-Phase, war.

Stattdessen machte der Immobilien-Tycoon und Erb-Milliardär Donald Trump mit seiner bizarren Wahlkampf-Show, bestehend aus Diskriminierungen, Beschimpfungen und Versprechungen, jede ernsthafte Diskussion unmöglich – vor einer Rekordkulisse von 24 Millionen Zuschauern, die sich vor allem an seinen Poltereien ergötzten und ihn anschließend zum Favoriten der Republikaner erkoren. Trump hatte gedroht, bei Nichtnominierung gegebenenfalls ohne die Republikanische Partei alleine zu kandidieren, „weil ich Recht habe und weil ich es sage"[18] und „weil ich das Geld dazu habe"[19]. Auf diese Weise hätte allerdings Hillary Clinton einen weiteren – eventuell sogar entscheidenden – Vorteil erlangt. Denn Trump und die anderen Republikaner hätten sich gegenseitig Stimmen weggenommen.[20] Trump scheint ohnehin in einer Endwahl für große Teile des Mittelstands, trotz aller Sympathien für „klare Worte", nicht wirklich wählbar, ebenso wenig wie von der politischen Mitte, der auch Teile anderer Klassen zugehören.

Durch Trumps direkten und indirekten Einfluss ergab sich ein Rechtstrend bei den Republikanern, der ihren Wahlkampf prägt – und der das Thema Ungleichheit bei den Konservativen zugunsten einer neuen, klassischen „rechten" Rhetorik zurückgedrängt hat, einer Rhetorik, wie wir sie spätestens seit George W. Bush jr. kennen. Sie lautet: „Die Reichen sind in einer demokratischen Wettbewerbsgesellschaft diejenigen, die sich als die Begabtesten erwiesen haben. Also lasst sie in Ruhe arbeiten, dann schaffen sie Arbeit für alle, auch für die weniger Begabten und deshalb Minderbemittelten."

Auch dem Ungleichheits-Thema schon aufgrund ihrer proletarischen Wählerschaft gewogene Republikaner wie Rand Paul sahen sich unter diesen Umständen veranlasst, ihre Interpretations- und Argumentations-Muster anzupassen und eher nicht-explizit, sondern stärker eingebettet in die übliche Anti-Washington-Rhetorik (die nie systemkritisch gemeint ist – was in Europa meist missverstanden wird) umzuinterpretieren, um den Druck von den Reichen zu nehmen.

Trumps „Aufmischung"[21] des rechten Feldes hat die Achse der Wahlkampfs nach rechts verlagert. Das zeigte sich unter anderem an der Ankündigung des an sich gemäßigten – und wegen seiner Familie für republikanische Maßstäbe als „multikulturell" ausgerichtet geltenden – Jeb Bush, Obamas Gesundheitsreform ebenso substantiell beschneiden wie jedes Abkommen mit dem Iran bei seiner Wahl sofort rückgängig machen zu wollen.[22] Das war allerdings im Kern unamerikanisch und entsprach nicht dem historischen Geist der Dialektik zwischen Republikanern und Demokraten, die sich bei allen Gegensätzen stets als zwei unzertrennliche Teile ein und desselben amerikanischen Fortschritts (American progress) ansahen.

Die trotzdem bestehenden inneren Gegensätze und Widersprüche haben allerdings Geschichte. Bereits Alexis de Tocqueville schrieb in seinem Buch „Demokratie in Amerika" (1835-40), dem bis heute in Amerika selbst anerkanntesten Werk über den „amerikanischen Geist" und die aus diesem erwachsende Gesellschaft:

„Ich kenne kein Land, in dem die Liebe zum Geld einen so großen Platz im Herzen der Menschen einnimmt, und wo die Bevölkerung eine tiefere Abneigung gegen die Theorie dauerhafter Gleichheit der Vermögen zeigt. Aber das Schicksal arbeitet auch in diesem Land in einem unglaublichen Ausmaß; und die Erfahrung lehrt, dass es selten ist, dass zwei Generationen hintereinander vom Glück begünstigt werden."[23]

Das scheint eine Beschreibung, die in Richtung Donald Trump geht, der sich nicht zufällig als Inbegriff, ja Verkörperung, der ursprünglichen amerikanischen Inspiration darstellt. Interessanterweise erlebte

17 The New York Times: Republican Debate: Analysis and Highlights, http://www. nytimes.com/live/republican-debate-election-2016-cleveland/second-debate- produces-more-heated-exchanges. Cf. P. Healy and J. Martin: Rivals Jab at Donald Trump as Republican Debate Becomes Testy. In: The New York Times, August 6, 2015, http://www.nytimes.com/2015/08/07/us/politics/rivals-jab-at-donald-trump-as-gop-debate-becomes-testy.html?ref=liveblog.

18 D. A. Farhenthold: Republican candidate Donald Trump's platform: Because I said so. In: The Washington Post, August 1, 2015, http://www.washington- post.com/politics/the-trump-platform-because-i-said-so/2015/08/01/4684802c-36f7-11e5-9739-170df8af8eb9_story.html.

19 Ebda.

20 APA: Trump mischt Republikaner auf, 07.08.2015.

21 Ebda.

22 APA: Bush würde Atom-Deal revidieren, 12.08.2015.

23 A. de Tocqueville: Democracy in America (1835-40), Bedford/St. Martin's, Boston and New York 2009, S. 50-53. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.

Tocqueville jedoch zu seiner Zeit die USA trotzdem – und zugleich – als „äußerst gleich", was bereits die grundlegende, als solche verlebendigende und produktive Paradoxie des Landes begründet. Dabei hebt Tocqueville, für die heutige Schwerpunktsetzung der US-Diskussion wiederum sehr zeitnah, den Erziehungsbereich als Scharnier- und Symbolbereich besonders hervor:

„[Trotzdem] sind nicht nur die Vermögen in Amerika gleich; bis zu einem gewissen Grad erstreckt sich die Gleichheit auch auf den Intellekt. Ich glaube nicht, dass es ein anderes Land in der Welt gibt, wo, bezogen auf die Bevölkerung, so wenige weder ignorant noch wohlerzogen sind wie in Amerika. Primarerziehung ist für jeden verfügbar; höhere Bildung für fast niemanden.

[Das ist deshalb der Fall, weil] es in Amerika nur wenige [wirklich] reiche Menschen gibt. Die meisten Amerikaner brauchen einen Beruf, und jeder Beruf verlangt Ausbildung. [...] In Amerika waren die meisten, die heute reich sind, zuerst arm; die meisten, die heute nicht arbeiten müssen, waren in ihrer Jugend harte Arbeiter [...]

Im Feld des menschlichen Wissens wird auf diese Weise eine gewisse Mediokrität etabliert. Die Intellekte der einen steigen, die der anderen sinken auf eine gemeinsame mittlere Ebene. Auf diese Weise wird eine große Anzahl von Menschen gewissermaßen zusammengeschweißt, da sie ungefähr dieselben Ideen über Religion, Geschichte, Wissenschaft, politische Ökonomie, Gesetzgebung und Regierung entwickeln."[24]

Bildung ist also das verbindende Element, das in den USA für Gleichheit sorgt: zunächst für Gleichheit im Geist, dann für Gleichheit in der Politik. Denn wie Tocqueville hervorhebt, *„intellektuelle Ungleichheit kommt direkt von Gott, und die Menschen werden niemals fähig sein, dies zu ändern. Doch obwohl der Verstand der Menschen durch den Schöpfer ungleich verteilt worden sein mag, sind die Möglichkeiten, die ihnen (in den USA) zur Verfügung stehen, gleich. Und daher ist heute in Amerika das aristokratische Element, bereits schwach von Anfang an, wenn nicht zerstört, so doch derart geschwächt, dass es schwierig für die Aristokratie ist, irgendeinen Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen.*

Die Zeit, die Umstände und die Gesetze haben im Gegensatz dazu das demokratische Element nicht nur vorherrschend, sondern sozusagen einzigartig gemacht. Keine Spur von Familien- oder Klasseneinflüssen bleibt; oft ist es sogar unmöglich, auch nur irgendeinen dauerhaften persönlichen Einfluss zu erkennen. In dieser sozialen Verfassung stellt Amerika insgesamt ein sehr seltsames Phänomen dar. Die Menschen dort sind mehr gleich an ***Vermögen und Intelligenz, und also in anderen Worten in Stärke und Macht, als irgendwo anders in der Welt, und mehr, als sie es je in irgendeinem anderen Jahrhundert in der Geschichte waren."***[25]

Donald Trump, der selbsternannte „Neophyt", also der dem Anspruch nach politisch unbefleckte und im Geiste unabhängige Neuling, ist da freilich anderer Meinung. Er steht für eine Geldaristokratie, die ihren Status nicht nur voll auslebt und als Elitismus öffentlich ungeschminkt zur Geltung bringt, sondern die die Aristokratie des Geldes auch mit der Aristokratie des Geistes gleichsetzt – und sich darauf aufbauend selbst die Legitimation zur Herrschaft zuspricht. Wer reich ist, ist ein Gewinner – und hat daher in dieser neo-aristokratischen Logik das Recht, ja die Pflicht, zu regieren. Aus seiner Sicht gilt der Satz: Etwas ist richtig, „weil ich es sage, und weil ich das Geld (dazu) habe".

Auch wenn Trump mit solchen Statements gewiss ein Extrem des heutigen republikanischen und rechten politischen Spektrums darstellt, so kann doch nicht übersehen werden, dass die Milliardärsklasse der USA eine ähnlich elitäre Haltung einnimmt wie er, wenn auch weniger offensichtlich und öffentlich – und aus dieser Haltung heraus massiv Geld in die Politik investiert, um sich damit gegen nicht kontrollierbare Entwicklungen „von unten" abzusichern.

Roland Benedikter,

Dott. Dr. Dr. Dr., ist Research Professor für Multidisziplinäre Politikanalyse am Willy Brandt Zentrum der Universität Wroclaw/Breslau, Senior Affiliate des Edmund Pellegrino Centers der Georgetown Universität Washington D.C., Trustee der Toynbee Prize Foundation Boston und Vollmitglied des Club of Rome. 2009-13 war er Research Affiliate am Europa-Zentrum des Freeman Spogli Instituts für Internationale Studien der Stanford Universität, 2008-2015 Research Scholar für Multidisziplinäre Politikanalyse am Orfalea Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, 2008-12 Full Academic Fellow am Potomac Institute for Policy Studies Washington DC und 1995-2003 in der Südtiroler und europäischen Politik tätig. E-Mail: rolandbenedikter@yahoo.de

24 Ebda.

25 Ebda. Hervorhebung des Autors.

Wer Mut sät, wird eine neue Welt ernten

Interview mit Nicanor Perlas, Philippinen

*Das Interview führte **Alexander Schwedeler,** der Perlas bei dessen Aufenthalt in München (28.5. bis 5.6.2016) auch als Übersetzer unterstützte. Das Interview, hier ebenfalls von A. Schwedeler übersetzt, fand am 2. Juni statt.*

***Nicanor Perlas,** geboren 1950 in Manila (Philippinen) ist Agrarwissenschaftler, Soziologe, Autor und weltweit bekannter Aktivist in der Zivilgesellschaft. Für sein Engagement zur Stärkung der Zivilgesellschaft, gegen die elitäre Globalisierung und seinen Einsatz für Alternativen bekam er 2003 den Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis). 2010 war er auf den Philippinen Präsidentschaftskandidat. Unermüdlich kämpft er gegen Armut und Ungerechtigkeit und für eine bessere Zukunft.*

***Alexander Schwedeler:** Nicanor, du warst in den letzten Jahren bereits mehrfach in München als Sprecher und Moderator von Workshops zu Gast. Wie kam es dieses Mal dazu und gibt es einen roten Faden, welcher diese Treffen miteinander verbindet?*

Nicanor Perlas: Ja, der rote Faden ist die Situation, in welcher sich die Menschheit befindet, und die Frage nach den konkreten nächsten Schritten, die wir zur Lösung der vielen und immer komplexer werdenden Probleme tun können. Bei den verschiedenen Treffen und Vorträgen in München brachte ich jedes Mal wieder das Konzept der sozialen Dreigliederung ein. Bei meinen ersten Besuchen in München ging es um das Thema Globalisierung und WTO sowie den Krieg im Irak. Ich war damals voll Bewunderung, dass Deutschland sich gut begründet geweigert hat, an diesem Krieg teilzunehmen. 2005 habe ich dann bereits über künstliche Intelligenz und die Verschmelzung verschiedener Technologien (sogenannte „technologische Singularität") gesprochen. Das war ja auch das Thema meines gestrigen Vortrages (siehe www.creative-engagement.de).

***A. Schwedeler:** Das Thema künstliche Intelligenz beschäftigt dich schon sehr lange, ich glaube bereits seit 1987?*

N. Perlas: Ja, seit fast 30 Jahren. Zuerst ging es mir mehr um die Gefahren der Nanotechnologie. Aber dann las ich das Buch „Engines of Creation" („Schöpfungsmaschinen") von Eric Drexler. Er glaubte, dass die Nanotechnologie 2050 ihren Durchbruch erleben werde. Aber tatsächlich geschah das bereits um 2005 herum, was auf eine starke Beschleunigung der technischen Möglichkeiten und Entwicklungen hindeutet. In dieser Zeit begannen Wissenschaftler und Ingenieure immer mehr, die verschiedenen Technologien miteinander zu kombinieren, zum Beispiel Nanotechnologie mit Gentechnik, mit Biotechnologie, Informationstechnologie und kognitiven Technologien. Dies geschah in zunehmendem Maße mit Hilfe der künstlichen Intelligenz. Das hat mich wachgerüttelt und ich begann, mich intensiver damit zu beschäftigen. Die künstliche Intelligenz hat sich ja dann auch in den Zweig des Transhumanismus weiterentwickelt. Daraus ist inzwischen eine weltweite Bewegung mit großer Begeisterung für das kommende Zeitalter der Robotik geworden. Ein für mich wichtiger Artikel in diesem Zusammenhang war der Artikel „Why The Future Doesn't Need Us" („Warum die Zukunft uns nicht braucht") von Bill Joy im Magazin „Wired".

***A. Schwedeler:** 1999 warst du das erste Mal in Deutschland und Christoph Strawe hat dich für diese Zeitschrift interviewt. Wenn du darauf zurückschaust, hatte dieses Interview Folgen?*

N. Perlas: Das Interview zeigte mir, welche wichtige Rolle Christoph Strawe in der Dreigliederungsbewegung damals innehatte und bis heute hat. Als ich damals meine Auffassung der gesellschaftlichen Dreigliederung formulierte, wurde ich deswegen hart kritisiert. Man teilte meine Auffassung nicht. Die Kritik kam insbesondere von anthroposophischen Freunden, die damals argumentierten, dass meine Sicht auf die soziale Dreigliederung nicht im Einklang mit Steiner's Konzept der sozialen Dreigliederung sei. Christoph Strawe legte mir damals eine Fragenliste vor. Wieviele Fragen es waren, weiß ich nicht mehr, jedenfalls war er sehr gründlich in seiner Vorgehensweise und hielt sich streng an meine Antworten, die ich versucht habe, alle sehr sorgfältig zu formulieren. Er war sehr offen, hörte mir wirklich zu und verstand mein Konzept der gesellschaftlichen Dreigliederung. Der Veröffentlichung des Interviews folgte auch noch eine lange Erörterung meiner Auffassungen über das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Dreigliederung. Nach diesen Veröffentlichungen hörten die Attacken gegen mich auf. Insofern hat Christoph Strawe mir damals sehr geholfen. Ab diesem Zeitpunkt sind wir regelmäßig gemeinsam bei Veranstaltungen aufgetreten, besonders im Forum 3 in Stuttgart. Das hat mir große Freude bereitet, weil Christoph sehr viel Wissen über die soziale Dreigliederung besitzt. Er vermittelte mir den Kontakt zu Udo Herrmannstorfer und anderen bedeutenden Menschen aus der Szene. Und heute ist mein Ansatz der gesellschaftlichen Dreigliederung Mainstream, insbesondere was das Konzept der Zivilgesellschaft betrifft, die ich als den Kulturfaktor innerhalb der gesellschaftlichen Dreigliederung sehe (was Steiner Geistesleben nennt), neben dem Staat und der Wirtschaft.

Zivilgesellschaft und Dreigliederung

A. Schwedeler: *Wie siehst du das Konzept der Dreigliederung heute, knapp 100 Jahre nachdem Steiner sie zum ersten Mal formuliert hat?*

N. Perlas: Das Problem heute ist nicht, dass die Dreigliederung nicht existieren würde, oder bereits an vielen Stellen auch realisiert wurde. Das Problem sehe ich vielmehr darin, dass sie von bestimmten Gruppen und Interessen übernommen und angepasst wurde. Das sind zwei Dinge. Wenn ich von ‚übernommen und angepasst' spreche, dann meine ich die vielen verschiedenen Formen und Ausprägungen der sozialen Dreigliederung, die inzwischen in der Welt als Initiativen entstanden sind. Vielen Menschen, die sich in solchen Initiativen engagieren, fehlt ein vertieftes Verständnis, worum es dabei eigentlich geht. Sie sehen die große Bedeutung der Zivilgesellschaft in diesem Konzept nicht. Ihnen ist nicht klar, dass in der Zivilgesellschaft die Quelle für Inspiration und kulturelle Erneuerung liegt. Und all diese Initiativen bedürfen der Unterstützung und müssen sich miteinander vernetzen, um zu einer noch viel wirksameren gesellschaftlichen Kraft für Veränderung zu werden. Es ist Teil meiner jetzigen Arbeit, diese vielen Initiativen miteinander zu vernetzen.

Es gibt drei Funktionen der Zivilgesellschaft: Erstens ist das der Aspekt der Gegenkraft. Die strukturelle Funktion heftiger Kritik besteht darin, eine zerstörerische gesellschaftliche Praxis zu stoppen. Die zweite Funktion besteht darin, Alternativen in Aktion aufzuzeigen. Mit dem Raum, der durch prinzipientreue Opposition entstanden ist, ist das gesellschaftliche Terrain geschaffen worden für alternative und praktikable Visionen der Wirklichkeit. Und drittens ist da die gesellschaftliche Dreigliederung. Und das bedeutet, andere Bereiche der Gesellschaft zu beteiligen, vor allem Regierungen und Geschäftswelt, um einer ganzheitlicheren und nachhaltigeren Vision der Welt näher zu kommen.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass Dreigliederung unverzichtbar, aber kein Selbstzweck ist. Sie ist vielmehr ein Weg, um die Gesellschaft zu einem besseren Ort zu machen. Wenn sie zum Selbstzweck gerät, wird sie wenig Echo finden, weder in der Wirtschaft noch in Politik und Verwaltung – und nicht einmal in der Zivilgesellschaft.

A. Schwedeler: *Was beinhaltet dieses tiefere Verständnis von sozialer Dreigliederung, das du ansprichst? Welche Rolle hat die Zivilgesellschaft hierbei?*

N. Perlas: Heute ist eine große Offenheit für neue soziale Gestaltungen spürbar, vielleicht nicht so sehr innerhalb der anthroposophischen Bewegung, aber weltweit. Die Menschen verstehen, dass es Sinn macht, zur Lösung unserer zahlreichen Probleme Zivilgesellschaft, Regierungen und Wirtschaft zusammen an einen Tisch zu bringen. Heute findet man dieses Denken überall. Ich möchte einige Beispiele nennen: In Silicon Valley nutzt man das Konzept „The Rainforest". Dieses Konzept wird in dem gleichnamigen Buch „The Rainforest – The Secret to Building the next Silicon Valley" („Der Regenwald – Das Geheimnis der Schaffung des nächsten Silicon Valley") beschrieben. Die Idee dahinter ist, dass man für jede Innovation eine Art „Ökosystem" braucht, in das sie eingebettet sein muss, ohne das sie nicht realisiert werden kann. Dieses Ökosystem drum herum wird „The Rainforest", Regenwald, genannt. Das ist wirklich sehr interessant. Victor W. Hwang, der Autor des Buches, und sein Co-Autor Greg Horowitt betonen in ihrer Argumentation die große Bedeutung des Kulturfaktors für Innovationen. Das ist das erste Mal, dass der Kulturfaktor in einer Mainstream-Publikation derart hervorgehoben wurde – und zwar aus wirtschaftlicher Perspektive. Innovationen bedürfen eines Ökosystems („Regenwald"), um in Erscheinung treten zu können. Das kann nur gelingen, wenn eine Kultur der Kooperation vorhanden ist. Eine der wichtigsten Bedingungen dafür ist Vertrauen. Das Buch liefert auch den Kontext für die Gestaltung und Ausrichtung der jährlichen Konferenz in Silicon Valley, den „Global Innovation Summit" (globaler Innovationsgipfel). Einmal, vor zwei Jahren, war ich eingeladen und nahm teil. Damals kamen über 1000 Leute aus mehr als 40 Ländern. Man diskutierte über Beispiele von Ökosystem-Innovationen. Aus meiner Sicht ist das ein Beispiel für gesellschaftliche Dreigliederung, wie sie heute praktiziert wird. Bei diesem Gipfel diskutierten Vertreter aus der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft und Regierungen über neue Wege in Wirtschaft, Staat, Bildung, Erziehungswesen usw. Es geht mir dabei um diese Geste, dass Vertreter aus den verschiedenen Bereichen, einschließlich der Zivilgesellschaft als Kulturfaktor, gemeinsam um Erneuerung ringen. Die Leute erkennen immer mehr, wie komplex unsere Welt geworden ist und dass wir sie nur weiterentwickeln und erneuern können, wenn wir aus den verschiedensten Perspektiven heraus agieren.

A. Schwedeler: *Du nimmst also ein großes Interesse an sozialer Dreigliederung wahr?*

N. Perlas: Ja, allerdings! Das war ja nur ein Beispiel. Ich könnte mindestens 20 solcher und ähnlicher Beispiele geben, in denen Menschen realisieren, dass der Staat allein heute nicht mehr in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Wir brauchen eine breite Palette von Gesichtspunkten und Perspektiven, um die besten Lösungen zu finden. Das war auch Steiners Grundkonzept, so habe ich ihn immer verstanden. Nicht nur der Staat soll seine Konzepte entwickeln dürfen, sondern auch die Kultursphäre und das Wirtschaftsleben die ihrigen.

Ich gebe dir noch ein weiteres Beispiel: Das Buch von William D. Eggers und Paul McMillan „The Solutions Revolution" („Lösungsrevolution") ist ein Mainstream-Bestseller. Es handelt von Sozialunternehmen, Non-Profit-Organisatonen in der Kulturszene, Wirtschaftsunternehmen und Verwaltungen bzw. Regierungen, die Partnerschaften aufbauen und pflegen. In diesem Fall wird es nicht „Ökosysteme für Innovation", sondern „Partnerschaft" genannt. Mit solchen Partnerschaften sollen die komplexen Proble-

me unserer Zeit angegangen werden, zum Beispiel im Hinblick auf Transport, Infrastruktur und andere. Es ist ein dickes Buch voll von Beispielen solcher Partnerschaften. Ich glaube immer mehr, dass der Schlüssel für die Umsetzung der gesellschaftlichen Dreigliederung – ich rede jetzt nicht von dem tieferen Verständnisfragen, sondern von der praktischen Umsetzung – in der Kooperation liegt.

Der Staat – es gibt allerdings Ausnahmen wie die USA – beginnt die Grenzen seiner Macht und seinen Bedarf an Zusammenarbeit und Partnerschaft zu erkennen. Dazu finden wir überall positive Beispiele.

A. Schwedeler: *Du hast heute Morgen erwähnt, dass der Schlüssel in der Zusammenarbeit von Menschen und Vertretern aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen liegt – und dass man im Kleinen anfangen und persönliche Offenheit zeigen muss, was natürlich auch verletzlich macht.*

N. Perlas: Ja, wir müssen heute noch viel persönlicher und offener miteinander umgehen. Wir müssen lernen, den anderen Menschen besser zu verstehen, woher er oder sie kommt, was sie mitbringt. Wenn jemand aus der Wirtschaft kommt, sollten wir seine wirtschaftliche Erfahrung und Perspektive zu verstehen versuchen, wir müssen seine Sprache verstehen und sprechen lernen, und seine Sicht auf die Welt begreifen. Das erfordert genaues Zuhören. Oder jemand kommt aus der staatlichen Verwaltung. Das ist wieder eine andere Perspektive.

A. Schwedeler: *Du sprachst heute Morgen darüber, dass Innovation sich nur ereignet, wenn wir uns auch persönlich und privat als Menschen öffnen, wenn wir unsere eigene Biografie einbringen, wenn wir unser Herz dem Anderen gegenüber öffnen.*

N. Perlas: Ja, das stimmt. Wir müssen unsere Vorurteile und unser vergangenheitsbezogenes Denken überwinden. Nur so erreichen wir die kreativen Quellen unseres Seins. Dann kann sich Innovation ereignen. Die kann dann durch Partnerschaften verstärkt werden. Übrigens, ich möchte noch ein weiteres Beispiel geben, ein sehr wichtiges. Ich meine die Arbeit am Thema „Collective Impact" („Gemeinsam Wirken"), die 2011 an der Stanford University begann. Dort spielt das Thema inzwischen eine große Rolle. In dem vierteljährlich erscheinenden Magazin „Stanford Social Innovation Review" werden all diese tri-sektoralen Partnerschaften beschrieben. Mit „Collective Impact" ist gemeint, dass wir ein Problem gemeinsam lösen, indem wir alle betroffenen Personen und Sektoren zusammenbringen und in einem moderierten Prozess zu einer gemeinsamen Lösung führen. Das ist ein sehr reicher und intensiver Prozess. Davon könnten die traditionellen Dreigliederer viel lernen. Aber sie könnten auch einige dieser Dinge vertiefen. Jedoch brauchen sie dazu Beispiele. Für alles, was ich hier erwähnt habe, gibt es Beispiele.

A. Schwedeler: *Könntest du nochmal zusammenfassen, was dir an dem Kulturaspekt im Hinblick auf die Zivilgesellschaft so wichtig ist? Du erwähntest ja, wie wichtig dieser Aspekt für die soziale Dreigliederung ist. Was bedeutet das in der Tiefe? Ich habe den Eindruck, dass damit etwas sehr Wichtiges gemeint ist, etwas, das auf die eigentliche Spiritualität, auf etwas Geistiges, deutet.*

N. Perlas: Ja, absolut. Soziale Dreigliederung handelt ja nicht von Macht oder Geld, sondern von verschiedenen Sichtweisen und Perspektiven auf eine Sache. In anderen Worten: Es geht um verschiedene Identitäten von Kultur. Kultur ist der Bereich der Identitäten. Staaten und Wirtschaftsunternehmen haben auch Identitäten. Der Kulturbereich ist der Bereich, in dem wir solche Identitäten analysieren und verstehen lernen, was sie tatsächlich bedeuten. Auf diese Weise laden wir die Diversität ein, wir suchen die vielen Dimensionen von Kultur und Identität auf. Auf diese Weise verändern wir Kulturen, entwickeln sie weiter. Sie sind quasi die ‚Software' unserer Gesellschaft. Die ‚Hardware' – um bei dieser Analogie zu bleiben – sind der Staat und die Wirtschaft. Die beiden letzteren implementieren, was durch kulturelle Kreativität an Identität entwickelt wurde. Darum ist die Zivil-Kultur-Gesellschaft so wichtig, weil sie die Grundlage liefert für die Erneuerung in vielen Gebieten.

Aktivitäten auf den Philippinen

A. Schwedeler: *Könntest du noch ein paar Worte zu deinen eigenen Aktivitäten auf den Philippinen sagen?*

N. Perlas: Wir versuchen dort, zwei Ströme zu tatsächlich funktionierenden Projekten zusammenzubringen: Nachhaltigkeit und Dreigliederung. Das ist die Rolle von „Solution Ecosystems" („Lösungsorientierte Ökosysteme"), meines Teams dort.[1] Dabei steht das Wort „Ecosystems" für Nachhaltigkeit und die verschiedenen Partnerschaften. Alle sind auf die Lösung von aktuellen und praktischen Problemen konzentriert. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir eine Anzahl von ganz praktischen Problemen und Projekten haben, an denen wir arbeiten. Das ist ein Prozess, ein gemeinsamer Prozess. Mir scheint manchmal, dass insbesondere im anthroposophischen Umfeld die soziale Dreigliederung als ein fertiges Produkt dargestellt wird, und nicht als Prozess, als gemeinsamer Weg. Der Prozess an sich ist wichtig, ist sozial. Man macht etwas Konkretes gemeinsam mit anderen, so, dass jeder einsteigen und sich beteiligen kann. Zum Beispiel in der Stadt, wo ich wohne, in Zarraga, bei Iloilo, auf den Philippinen, haben die meisten Leute noch nie von Anthroposophie oder sozialer Dreigliederung gehört. Und doch ist ihnen die Art und Weise wie wir tri-sektoral, dreigliedrig mit ihnen arbeiten, ganz vertraut.[2]

1 Siehe http://solutionecosystems.net.

2 Vgl. auch: Nachhaltige Stadt und Region Zarraga. Ein Dreigliederungsprojekt auf den Philippinen. Sozialimpulse, Heft 1/2015, S. 28 – 30

A. Schwedeler: *Es ist also auch eine soziale Aufgabe, die Ideen der sozialen Dreigliederung in eine Sprache zu übersetzen, welche die Leute verstehen?*

N. Perlas: Die Partner in Zarraga benutzen inzwischen das Wort Dreigliederung. Sie verstehen, dass es darum geht, zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Regierung zu kooperieren. Damit kann man beginnen, ohne schon die volle Bedeutung und Tiefe des Dreigliederungsgedankens zu verstehen. Dies ist die einfachste Form, wie sie es verstehen, ohne die Theorie drum herum. Sie verstehen es, weil sie sehen, dass die Probleme nur gelöst werden können, wenn möglichst viele verschiedene Perspektiven und Expertisen dazu beitragen.

Wenn man sich in derartigen Prozessen engagiert, wird das Verständnis aller Beteiligten sich vertiefen, einschließlich des Anthroposophen, der den tieferen historischen und spirituellen Kontext der Dreigliederung kennt. Somit ist ein tieferes Verständnis der Konzeption der Dreigliederung wichtig und hilfreich, um von einem anfänglichen praktischen Verständnis zu einer volleren Manifestation des Potentials der Dreigliederung zu kommen. Aber man sollte vermeiden, die Kenntnis der „Theorie" zu einer Vorbedingung für das Engagement in gesellschaftlichen Dreigliederungsprozessen zu machen.

A. Schwedeler: *Was ist dann die Rolle von „Solution Ecosystems", von dir und deinem Team? Es ist eine koordinierende Funktion, ist das richtig?*

N. Perlas: Ja genau. Übrigens, in deinem Brief an die Spender, die letztes Jahr an Solution Ecosystems gespendet haben, den du spontan nach deinem Besuch bei uns im Mai 2015 geschrieben hast, steht ja genau das, was Stanford Innovation Review eine „backbone Organisation" nennt (wörtlich übersetzt „Rückgrat-Organisation" (man könnte aber auch sagen eine stützende Organisation oder ein Aktivator-Team; Anm. von A. Schwedeler). Das ist die Rolle von Solution Ecosystems. Es ist eine Organisation, deren Rolle darin besteht, die verschiedenen Parteien an einen Tisch zu bringen, auf all die Einzelheiten zu achten, nichts zu vergessen, das Treffen zu moderieren, die nächsten Schritte festzuhalten, die Verbindungen zu halten, durchzutragen, die Umsetzung zu unterstützen. Jeder der Beteiligten hat ja vor allen seine eigene Verantwortung, sein eigenes Projekt. Ohne solch eine verbindende Moderatorenrolle, wie sie Solution Ecosystems spielt, fehlt der Blick auf das Ganze, fehlt es an Forschung und Entwicklung das Ganze betreffend. Das ist die Rolle solch einer Stützorganisation.

A. Schwedeler: *Für mich war das eine wichtige Erkenntnis, als ich diese spezielle Rolle von Solution Ecosystems verstanden hatte. Dann war mir auch sofort klar: Hierfür benötigen wir eine besondere Form von Geld, von Spenden. Es muss Geld sein, welches die Unabhängigkeit von Solution Ecosystems wahrt. Darum kann Solution Ecosystems auch kein Geld vom Staat oder von Entwicklungsbanken annehmen. Diese Gelder sind für die einzelnen Projekte in den drei Sektoren. Aber Solution Ecosystems braucht unabhängiges Geld, damit es unabhängig bleiben kann. Nur so kann es die Rolle des Vermittlers und Aktivators in gesunder Weise übernehmen.*

N. Perlas: Das ist genau richtig. Das ist sehr schön gesagt.

A. Schwedeler: *Insofern muss das Geld für Solution Ecosystems möglichst von einer großen Vielheit von unabhängigen Spendern kommen und nicht nur von einer Organisation oder einem Groß-Spender. Das ist dann auch die Schwierigkeit.*

N. Perlas: Ja, das stellt höchste Anforderungen an das Fundraising selber, denn die Spender sollen die spezielle Rolle des Aktivators verstehen. Spender-Institutionen geben ihr Geld normalerweise für spezielle Programme und Projekte, die sich in allen Details in einem Vorher und Nachher beschreiben lassen. Solche Spender-Institutionen sehen bisher noch kaum die Notwendigkeit von Aktivator-Teams der geschilderten Art. Dabei ist es die Arbeit dieser Aktivator-Teams, in unserem Falle die Rolle von Solution Ecosystems, welche es erst möglich macht, dass Gelder in einzelne Projekte fließen können. Zum Beispiel hat der philippinische Staat unserer Stadt Zarraga kürzlich 44 Millionen Philippinische Pesos zugeteilt. Davon hat Solution Ecosystems nichts bekommen. Das ist auch richtig so. Dadurch bleiben wir unabhängig. Das Geld ging direkt in die Projekte, die das Leben von Tausenden von Menschen verbessern. Und genau weil Solution Ecosystems so sorgfältig gearbeitet und dokumentiert hat, hat die Stadt Zarraga eine weitere Zuteilung von 12 Millionen Pesos erhalten. Das nennt man Motivierungs-Gelder. Die sind für Projekte, die besonders gut laufen.

A. Schwedeler: *Also, weil Solution Ecosystems so gut gearbeitet hat, flossen noch weitere Gelder. Aber dein Team selbst hat davon nichts abbekommen.*

N. Perlas: Der Bürgermeister selbst hat uns öffentlich gelobt und gesagt, das Ganze wäre nicht möglich geworden ohne die gute Arbeit von Solution Ecosystems. Das ist eben die Rolle solch einer Aktivator-Organisation. Leider verstehen das die traditionellen Spender-Organisationen noch nicht richtig. Das wäre ein wirklicher Durchbruch, wenn immer mehr Spender die Bedeutung der Aktivator-Rolle erkennen würden, und wenn dann die notwendigen Gelder auch hierfür fließen würden.[3] In den USA ist die spannende Sache, dass Stiftungen jetzt solche aktivierenden Organisationen näher betrachten und untersuchen – und zwar aufgrund des Artikels in der Stanford-Review und des guten Rufs von Standford selbst – denn es erschuf Silicon Valley, ist dessen „Gehirn".

3 Wer etwas durch Spenden beitragen möchte, möge sich bitte mit Alexander Schwedeler in Verbindung setzen: alexschwedeler@gmx.net

Europa und 100 Jahre Dreigliederung

A. Schwedeler: *Ich glaube, dass für uns hier in Europa die Rolle solch eines Aktivator-Teams etwas Neues ist.*

N. Perlas: Mir ist dabei klar geworden, dass soziale Dreigliederung ohne ein derartiges Aktivator-Team nicht funktionieren kann.

A. Schwedeler: *Ja, das kann ich sehen. Darum ist es so wichtig, Konzept und Rolle des Aktivator-Teams richtig zu verstehen. Wenn man das mit dem Menschen vergleicht, scheint mir die Rolle des Aktivator-Teams mit der Rolle des ‚Ich' im Menschen vergleichbar zu sein. Das ‚Ich' hält die drei Seelenkräfte Denken, Fühlen und Wollen zusammen.*

N. Perlas: Ganz genau. Ja. Das ist das Bild. Es ist wie das Gedächtnis, es bringt alles zusammen, es reflektiert und entwickelt den nächsten Schritt.

A. Schwedeler: *Aber es ist ein selbstloses ‚Ich'. Das ist leichter gesagt als getan.*

N. Perlas: Ja, es muss ein selbstloses ‚Ich' sein, kein egoistisches ‚Ich'. Das ist richtig. Man muss dazu einen sehr objektiven Blick auf die Dinge entwickeln. Man muss sich selbst verwandeln, um von einem objektiven Standpunkt – mit Blick auf das Ganze – handeln und raten zu können. Zum Beispiel ist unser Bürgermeister in Zarraga ein sehr guter Freund von uns. Aber wenn er einen Beschluss in einem der Projekte fassen würde, der schädlich für das Ganze wäre, dann muss Solution Ecosystems eingreifen und das verhindern. Das kann Solution Ecosystems ja nur tun, wenn es kein Geld vom Bürgermeister angenommen hat, sondern finanziell unabhängig ist. Wenn man das respektvoll tut, wird das auch vom Bürgermeister verstanden und akzeptiert. Die Zivilgesellschaft ist es gewohnt, gegen etwas zu sein, „die da draußen" anzuklagen, usw. Unser Stil ist da ganz anders. Wir halten die Partner zusammen, auch wenn wir manchmal anderer Meinung sind. Es geht darum, das zu tun, was im Sinne des Ganzen das Richtige ist. Das erfordert eine hohe innere Reife.

A. Schwedeler: *Ich nehme immer mehr Menschen wahr, die nicht mehr nur kritisieren und gegen etwas sein wollen, sondern die nach positiven Bildern suchen für eine neue, eine bessere Welt.*

N. Perlas: Es ist die Aufgabe des Aktivator-Teams, Räume zu schaffen, in denen die Zivilgesellschaft ihre Kreativität entfalten kann, in denen Netzwerke und Partnerschaften gebildet werden können. Insofern ist es eine ergänzende Funktion. Unsere heutigen traditionellen Gesellschaften haben kaum noch lebendige Zukunftsbilder. Sie wiederholen sich und bauen auf immer denselben Paradigmen auf. Die Zivilgesellschaft dagegen ist in der Lage, neue Möglichkeiten aufzuzeigen, neue Initiativen in die Welt zu bringen, wie zum Beispiel Ideen für langfristig orientiertes Eigentum, bei dem Profite für das Wohl des Unternehmens und seiner Mitarbeiter sowie seines gesamten sozialen Umfeldes bestimmt sind.

A. Schwedeler: *Eine letzte Frage: Wir trafen uns ja letztes Jahr in Stuttgart und haben die Vorbereitung begonnen für eine große Dreigliederungstagung in Stuttgart im Jahr 2019, um 100 Jahre Dreigliederung zu würdigen. (Sie soll nun vom 5. bis 7. April 2019 stattfinden). Wie siehst du diese Initiative und dürfen wir dich 2019 zu dieser Tagung einladen?*

N. Perlas: Ja, natürlich bin ich sehr gerne dabei und möchte diese Initiative mit allen Kräften unterstützen. Auf den Philippinen bereiten wir eine ähnliche Konferenz für 2019 vor. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Tagung in Stuttgart in die Tiefe geht, während wir auf den Philippinen möglichst breit und vielseitig einladen wollen. Wenn die Tagung in Stuttgart im Frühjahr 2019 stattfindet, könnten wir unsere Tagung auf den Philippinen für den Herbst 2019 einplanen. Stuttgart würde dann vielleicht Aspekte der Dreigliederung in besonderer Tiefe bearbeiten, während wir in die Philippinen einen breiten Dialog mit möglichst vielen Dreigliederungsinitiativen aus aller Welt ermöglichen wollen. Dazu gehören für uns die genannten Initiativen wie „The Rainforest", „Collective Impact", oder auch das „National Center for Dialog in Deliberation", und viele andere. Sie alle sollen sich auf dieser Tagung präsentieren, austauschen und voneinander lernen. Natürlich wäre es wichtig, dass auch anthroposophische Dreigliederer daran teilnehmen. Wir lernen alle voneinander. Wir sollten uns alle näher kommen.

A. Schwedeler: *Das ist ein wunderbares Bild. Stuttgart war schon immer stark in anthroposophischer Denk-Arbeit, aber auch der Ort der ersten Dreigliederungsarbeit und der ersten Waldorfschule. Es wäre wunderbar, wenn wir das mit der breit angelegten Konferenz auf den Philippinen kombinieren und so eine Brücke zwischen Ost und West bauen könnten.*

Vielen Dank für dieses Interview!

Betrachtungen und Berichte

Der soziale Organismus
Eine aphoristische Betrachtung

Gerhard Schuster

Was macht den sozialen Organismus zu einem Organismus und wie wirken seine Glieder ineinander?

Der Sozialwissenschaft ist es nicht um den einzelnen Menschen zu tun. Das „Atom des sozialen Zusammenlebens" ist nicht der einzelne Mensch, es ist die *Begegnung* zwischen Menschen, das abwechselnde Sich-Hineinversetzen des Ichs eines Menschen in das Ich eines anderen und das Wieder-Geltendmachen der eigenen Persönlichkeit, ein „Vibrieren zwischen dem Einschlafen in dem anderen und Aufwachen in uns selbst". Das ist das „Urelement", das auch allen „komplizierten Gebilden des sozialen Lebens" zugrunde liegt".[1] Als „Urphänomen der Sozialwissenschaft"[2] bildet es den einen Pol der Betrachtung. Worin finden wir den anderen?

„Die ganze Erde, als Wirtschaftsorganismus gedacht, ist der soziale Organismus."[3]

Was hier ausgesprochen ist, mag der üblichen Vorstellung eines Anthroposophen widersprechen – der soziale Organismus ist doch ein dreigliedriges „Etwas" mit einem Geistesleben, einem Rechtsleben, einem Wirtschaftsleben – die Wirtschaft also nur eines von dreien. Und doch sagt Rudolf Steiner hier: Der soziale Organismus *entspricht* dem globalen Wirtschaftsorganismus. Wie kann man dies auffassen?

Arbeitsteiliges Wirtschaften in der Industriegesellschaft

Die moderne Industriegesellschaft zeigt sich von der Seite der Produktion als „durchgehendes Verbundensein arbeitsteilig wirkender Arbeitsstätten, die – den Tatsachen nach – ein Ganzes"[4], ein „integrales System"[5] bilden; das umfassendste „komplizierte Gebilde" des sozialen Lebens. Verwobene Vorgänge aus unzähligen konkreten Begegnungen und Verständigungen als Grundlage von im Einzelnen zielgerichteten Taten, die jedoch in ihrer Gesamtheit nicht überblickbar sind.

Alle Vorgänge werden zu einem Ganzen integriert, auch alles *Geistesleben* – insofern es sozial in Betracht kommt. Dieses bildet ein Funktionssystem, das den sozialen Organismus impulsiert und befruchtet, ja überhaupt erst hervorgebracht hat. Denn es ist die organisierende Kraft des Geistes, die die Arbeit im Wirtschaftsleben – durch zahlreiche Erfindungen, durch die Applikation der Wissenschaft – immer mehr so gestaltet hat, dass uns die Wirtschaft in ihrer globalen, arbeitsteiligen Vernetzung als ganzheitlicher Organismus gegenübertreten kann. Und alle einzelnen, konkreten Vorgänge in diesem Ganzen sind von unseren individuellen Fähigkeiten getragen; auch ein Element dessen, was wir als Geistesleben bezeichnen.

Der *Staat* auf der anderen Seite ermöglicht und begrenzt alle Vorgänge durch die Gesetze. Rechtsvorgänge wie das Vereinbaren von Arbeitsverträgen, die Einkommensordnung, der rechtliche Schutz der Mitarbeiter eines Unternehmens usw. bilden – neben der Natur – die Grundlagen und Grenzen des wirtschaftlichen Lebens.[6]

Geldvorgänge sind Rechtsvorgänge

Auch die Geldvorgänge sind Rechtsvorgänge: Im Herausgeben eines Kredits *verpflichtet* das so geschöpfte Geld ein Unternehmen, die dort versammelten Fähigkeiten in Richtung der jeweiligen Unternehmensziele einzusetzen. Als Einkommen *berechtigt* das Geld uns, einen Teil des Gesamtstromes der hervorgebrachten Werte – Produkte und Dienstleistungen – für uns selbst in Anspruch zu nehmen.

Im Zurückzahlen der Kredite schließt sich der Kreis. Überschüsse (Gewinne) dienen jetzt dazu, die Produktionssphäre durch Investitionen zu erhalten und weiterzuentwickeln oder alles das zu finanzieren, was der Subvention bedarf.[7]

Alle im allgemeinen Interesse liegende Wirtschaft, wie etwa der Straßenbau, die Müllabfuhr, die soziale Versorgung sind hier zu betrachten. Aber auch das Kultur- und Geistesleben, allem voran das Schul- und Universitätswesen gehören hier hinzu.

1 Rudolf Steiner am 19. 10. 1919, GA 191
2 Rudolf Steiner am 12. 12. 1918, GA 186
3 Rudolf Steiner am 24. 7. 1922, GA 340

4 Wilhelm Schmundt, Erkenntnisübungen zur Dreigliederung des sozialen Organismus, Achberg 1982, S. 38

5 Vgl. Eugen Löbl, Wirtschaft am Wendepunkt, Achberg 1975, S. 35ff. Löbl, Staatsbank-Direktor in Bratislava in der Zeit des Prager Frühling, kommt in seinen ökonomischen Arbeiten ebenso zum Begriff des „Organischen", den er – wie Steiner auch – in der Entwicklung der Wirtschaft hin zu einem Ganzen identifiziert.

6 Vgl. Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, GA 23, S. 70

7 Diese Darstellung des Geldkreislaufes als ein Geschehen des Rechtslebens geht in dieser Form auf Wilhelm Schmundt zurück. Die Anknüpfungspunkte dafür konnte er im Nationalökonomischen Kurs Rudolf Steiners (GA 340) im 8. Vortrag, 31. Juli 1922, besonders S. 116ff. finden.

Heute nimmt vor allem der Staat die Aufgaben der Finanzierung dieser Bereiche wahr und erhebt dafür Steuern. Wesensgemäßer könnte dies aus einem assoziativen Verständnis der Wirtschaft selbst erfolgen.

Wo heute Stiftungen diese Aufgaben schon teilweise übernehmen oder innerhalb von Konzernen etwa auch Forschung finanziert wird oder wo ein Betriebskindergarten existiert, kündigt sich dieses schon an. Allerdings beruhen diese Vorgänge nicht auf einer aus dem Ganzen gewonnen Urteilsgrundlage und dienen so meist den Separatinteressen weniger. Wesenswidrige Begriffe wie das Profitprinzip oder der Begriff des Privateigentums an Produktionsmitteln überlagern diese Tendenzen und wirken krankmachend.

Die Entwicklung der Wirtschaft und der soziale Organismus

Von einem sozialen *Organismus* zu sprechen, ist also erst in der jüngeren Entwicklung der Wirtschaft hin zu einem global-arbeitsteiligen, industrialisierten und kommunikativ-vernetzten Geschehen möglich. Die einzelnen Staaten mit ihrem jeweiligen Rechtsleben – das sich über viel längere Zeiträume hinweg entwickelt hat – sehen sich nun vor die Aufgabe gestellt, für ein gewisses Gebiet den Rechts-Boden für ein Geschehen zu gestalten und zu schützen, das über die Grenzen des jeweiligen Staates hinaus die ganze Welt umfasst.

Das geistige Leben, das im Altertum alle Vorgänge zentral durch eine Instanz – etwa den Pharao – gestaltete, hat sich individualisiert und es wird so zu einer Aufgabe der Demokratie, dass die Individuen als Gleiche unter Gleichen die Verantwortung für alle gesellschaftlichen Belange mittragen. So sind wir heute auch alle in unserem individuellen Geistesleben aufgerufen, den sozialen Organismus in seinen Elementen und Gesetzmäßigkeiten zu erkennen und zu seiner Heilung beizutragen.

2. Elemente und Gesetzmäßigkeiten des sozialen Organismus und seiner Glieder

Ich fasse den ersten Teil der Betrachtung zusammen: Es sollte der soziale Organismus in seiner integriert-ganzheitlichen und kommunikativ-vernetzten Gestalt dargestellt werden. Es wurde gezeigt, wie aus den Kräften des modernen Wirtschaftslebens das Soziale überhaupt erst als Organismus hervortreten konnte; mehr noch, wie der soziale Organismus dem globalen Wirtschaftsorganismus gleichkommt: *„Die ganze Erde, als Wirtschaftsorganismus gedacht, ist der soziale Organismus."*[8]

Es wurde das *Geistesleben* betrachtet, wie es in diesem Wirtschaftsgeschehen den sozialen Organismus aufbaut und durchpulst und es wurde auf das *Rechtsleben* geblickt, wie es in den Staaten für bestimmte, historisch gewachsene Gebiete den Rahmen für das soziale Leben schafft und schützt.

Auch die dreifache Gestalt des Geldes wurde dem Rechtsleben zugeordnet: Im *Verpflichten* der Fähigkeiten durch den Kredit. Im *Berechtigen* zum Konsum durch das Einkommen. Und zuletzt im *Entscheiden* über die ausgleichende Verwendung des Geldes, das zur Tilgung der Kredite zurückfließt und hier Überschüsse und Unterschüsse auszubalancieren hat.

Was ist der Aspekt der Gliederung in der Dreigliederung?

In anthroposophischen Zusammenhängen ist diese *„integrale Sicht"* auf den sozialen Organismus nicht sehr verbreitet. Hier werden – nicht unberechtigt, aber nur einen gewissen Aspekt beleuchtend – Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben nebeneinandergestellt und als gesellschaftliche Gebiete beschrieben. Im Bereich des Geisteslebens finden sich dann die Schulen, die Universitäten und andere Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie die Kunst und Kultur oder die Religion in ihren Einrichtungen. Der Begriff des Rechtslebens wird oft synonym mit dem Staat und seinen Institutionen verwendet. Als Wirtschaft werden vor allem die Unternehmen der materiellen Produktion und der Bereich der kommerziellen Dienstleistungen betrachtet. Man könnte diesen Blickwinkel einen *sektoral/institutionellen* nennen.

Nimmt man den beschriebenen integralen Blickwinkel ein, dann ist aber auch eine Schule oder eine Universität ein Wirtschaftsunternehmen und selbst der Staat kann mit seinen exekutiven Aufgaben als Unternehmen gelten. Selbst wenn ein Gesetz beschlossen wird, handelt es sich um ein „Produkt" geistiger Arbeit. In jedem Fall ergreifen die gelenkten Fähigkeiten die Kräfte und Stoffe der Natur und wandeln sie im Hinblick auf einen besonderen Bedarfsfall um.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Sozialismus, Demokratie und Individualismus

Ebenfalls weit verbreitet in den Betrachtungen der Dreigliederung ist die Zuordnung der drei Ideale der Französischen Revolution zu den drei Gliedern des sozialen Organismus: *Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Staats- und Rechtsleben, Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben*. Eine wichtige Zuordnung. Doch finden sich bei Rudolf Steiner auch andere Formulierungen:

„Die Menschheit wird nicht weiter mitreden können, ohne daß sie ihren sozialen Organismus im Sinne der Dreigliederung: des Sozialismus für das Wirtschaftsleben, der Demokratie für das Rechts- oder Staatsleben, der Freiheit oder des Individualismus für das Geistesleben einrichtet. Das wird angesehen werden müssen *als das einzige Heil, als die wirkliche Rettung der Menschheit."*[9]

8 Rudolf Steiner am 24.7.1922, GA 340

9 R. Steiner am 9.8.1919, GA 296

Die drei Ideale deuten mehr auf etwas wie Orientierungs- oder Richtkräfte, die sowohl in den integrierten wie in den sektoral/institutionellen Aspekten der Dreigliederung von Bedeutung sind. Mit der Begriffstrias *Sozialismus, Demokratie und Individualismus* ist aber noch auf etwas anderes gedeutet.

Die Souveränität des Individuums ist nicht absolut

Der Individualismus – jenes von jedem Anthroposophen hochgehaltene Entwicklungs- und Schulungsfeld – begründet seine unbedingte Souveränität nur auf dem Gebiet des Geisteslebens. Die Gesetzmäßigkeiten, die diesen Individualismus mit der Freiheit verbinden, liegen in dem seelisch-geistigen Organismus des Menschen begründet, dem Rudolf Steiner mit der Grundlegung des ethischen Individualismus in seiner Philosophie der Freiheit eine zeitgemäße Schulung eröffnet hat.

Auf dem Feld des *Rechtslebens* herrscht ein anderes Subjekt. Hier kommt die *Volkssouveränität* in Betracht. Es bedarf demokratischer Prozesse, durch die der Gemeinwille in Erscheinung treten kann.[10] Aber auch in Vereinbarungen, die nicht die ganze Rechtsgemeinschaft eines Staates betreffen, kommt nicht der *Einzelne* in Betracht, sondern *alle* Beteiligten begegnen sich *als Gleiche unter Gleichen.*

Und im *Wirtschaftsleben* – da wo Rudolf Steiner von „Sozialismus" spricht? In der unternehmerischen Initiative und in den Fähigkeiten der Beteiligten muss auch hier Individualismus und Freiheit beachtet werden, wie für die Rahmenbedingungen Demokratie und Recht. Aber es kann im Wirtschaftsgeschehen weder auf demokratischem Wege noch durch einen Einzelnen ein gültiges Urteil getroffen werden. Der wirtschaftliche Prozess „kann niemals in seiner Totalität im einzelnen Menschen sich vollziehen, sondern lediglich da kann er sich spiegeln, wo zusammenwirken die Urteile aus den Menschen, die in den verschiedensten Gebieten drinnenstehen." Hier bildet sich die *Souveränität in den Assoziationen.* Es gibt, „überhaupt keine andere Möglichkeit, zu einem realen Urteil zu kommen, als auf assoziative Art".[11]

Fazit

Will man den sozialen Organismus erfassen, gilt es, neben dem sektoralen Blickwinkel auch den integralen einzunehmen und neben den Gliedern und Funktionssystemen mit ihrer Zuordnung der drei Ideale auch noch eine Differenzierung der Souveränitäten und ihrer Organe und Prozesse zu berücksichtigen und zuletzt – um nicht in einen Schematismus zu verfallen – diese ausdifferenzierten Begriffe im Denken wieder in Bewegung zu bringen.

Wien/Achberg
gerhardsch33@gmail.com

10 Siehe: www.ig-eurovision.net/komplementaere-demokratie
11 Rudolf Steiner am 31.7.1922, GA 340

Fast ein Viertel stimmt für das Grundeinkommen – ein großer Erfolg

Erklärung des Netzwerks Grundeinkommen zur Schweizer Volksabstimmung

„23 Prozent stimmen in der Schweiz für das Grundeinkommen, dass bedingungslos die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jeder und jedem in der Bevölkerung sichern soll. Das ist ein großer Erfolg", sagt Ronald Blaschke von Netzwerk Grundeinkommen. Zumal 62 Prozent davon überzeugt sind, dass die Debatte erst richtig losgeht. Das sehen auch 53 Prozent der mit Nein Stimmenden so. Eine weitere Abstimmung wird also nach intensiver Debatte kommen.

Die Schweizer Volksabstimmung ist auch ein Meilenstein für die weitere europäische Grundeinkommensdiskussion. In Deutschland zum Beispiel gibt es die erfolgreiche Kampagne ‚grundeinkommen abstimmen' „Die Bürgerinnen und Bürger wollen endlich auch eine Möglichkeit der bundesweiten Abstimmung, zuerst gleich über das Grundeinkommen", ergänzt Ronald Blaschke. Für Europa steht im September die Internationale Woche des Grundeinkommens an. Diskutiert wird auch die Vorbereitung einer Europäischen Bürgerinitiative zum Grundeinkommen als langfristige Kampagne anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament. „Das Grundeinkommen ist nicht mehr wegzudenken aus der politischen Debatte, und das ist sehr gut so", resümiert Ronald Blaschke.

Quelle: www.grundeinkommen.de/07/06/2016/pressemitteilung-zur-volksabstimmung.html

Interessante Umfrageergebnisse

Zwischen dem 25. Mai und 1. Juni 2016 befragte gfs.bern 1'000 Stimmberechtigte zur Zukunft des bedingungslosen Grundeinkommen in der Schweiz. Fünf wichtige Ergebnisse: 1. Fast zwei Drittel der Nein-Stimmenden und 83 Prozent der Ja-Stimmenden gehen davon aus, dass die Stimmberechtigten nochmals über ein bedingungsloses Grundeinkommen abstimmen werden. 2. Eine Mehrheit ist überzeugt: Mit der Digitalisierung braucht es neue Modelle der Lebensgestaltung. 3. 85 Prozent der Ja- und 53 Prozent der Nein-Stimmenden teilen gemäß gfs-Studie die Ansicht, dass das Thema Grundeinkommen trotz dem Nein an der Urne auf dem Tisch ist. 4. 18-29jährige denken zu 41 Prozent, dass ein Grundeinkommen kommt. 5. Insgesamt sprechen sich schweizweit bereits 44 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für Praxisversuche aus. Facit: Die repräsentative Umfrage von gfs.bern zeigt, dass die weltweit erste Volksabstimmung über ein bedingungsloses Grundeinkommen einen Startpunkt für eine Debatte markiert.

Quelle: http://www.grundeinkommen.ch/umfrage-zukunft-grundeinkommen-in-der-schweiz/

„Panama Papers" unterstreichen dringenden Handlungsbedarf der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich bis 2017 zur Umsetzung der 4. Geldwäscherichtlinie der EU verpflichtet. Darin hat sie auch die Einrichtung von Registern über die wahren, sprich: die wirtschaftlich berechtigten, Eigentümer von beispielsweise Briefkastenfirmen versprochen. Während jedoch Justiz- und Wirtschaftsministerium inzwischen den öffentlichen Zugang zum neuen Register fordern, wirft das Finanzministerium sein Gewicht weiterhin gegen die Veröffentlichung der Identitäten der wahren Eigentümer von Firmen in die Waagschale. Damit droht Finanzminister Wolfgang Schäuble genau jene Transparenz auch ausländischer Briefkastenfirmen zu verhindern, die er vorgibt, im Rahmen der Panama Papers willkommen zu heißen. „Es passt nicht zusammen, einerseits die öffentlichen Daten der Panama Papers über Staatssekretär Michael Meister zu begrüßen, gleichzeitig aber die Veröffentlichung der Eigentümer von Firmen im Inland abzulehnen", kommentiert Lisa Großmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Vielmehr möchte das Finanzministerium den Zugriff auf das Register auf Ermittlungsbehörden und Banken beschränken und nur bei sogenanntem berechtigtem Interesse auch Dritten partiellen Einblick gewähren. Solch ein eingeschränkter Zugriff verursacht jedoch unnötig viel neue Bürokratie und hohe Verwaltungskosten. Weil diese Vorgabe „schwer zu kontrollieren, schwer umzusetzen und kostspielig" sei, beschloss jüngst das niederländische Finanzministerium, die Registerdaten öffentlich zur Verfügung zu stellen. Damit schloss es sich Großbritannien an, das ebenfalls ein öffentliches Register einführen wird. „Die öffentlichen Register haben das Potential, eine Transparenzwirkung weit über die EU hinaus bis in notorische Schattenfinanzzentren hinein zu entfalten, weil sie auch alle Briefkastenfirmen betreffen würde, die sich in Handelsregistern als Aktionäre eintragen lassen möchten. Sperrt sich das Finanzministerium weiterhin gegen die Veröffentlichung der Daten, drohen aufwändige Einzelfallprüfungen und juristische Auseinandersetzungen über die Interpretation des berechtigten Interesses, was die Transparenzwirkung zunichte zu machen würde", so Markus Meinzer, Autor des Buches „Steueroase Deutschland".

Anders als seine Kabinettskollegen sprach sich Finanzminister Schäuble am 4. April über seinen Sprecher jedoch nicht für die Öffentlichkeit der Register aus. Stattdessen ließ er eine neue eigene Initiative des Finanzministeriums ankündigen. „Wer sich beinahe drei Jahre nach den Offshore-Leaks und angesichts der Panama Papers noch immer Zeit für einen eigenen Vorschlag nehmen will, während er gleichzeitig den vorliegenden Transparenzvorstoß seiner Kabinettskollegen torpediert, muss sich den Vorwurf der Hinhaltetaktik und Heuchelei gefallen lassen", erläutert Lisa Großmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Dabei ist es nicht nötig, auf die internationale Gemeinschaft zu warten und erst dann zu handeln, wenn auch der letzte Schattenfinanzplatz mit Reformen einverstanden ist. Deutschland könnte das Prinzip der Offenlegung der wahren wirtschaftlichen Berechtigten auch einseitig umsetzen und Rechtsgeschäfte mit intransparenten Firmen für nichtig erklären: „Die Offenlegung der wahren Eigentümer sollte sich nicht auf das neue Firmenregister beschränken, sondern auch im Grundbuch und bei öffentlicher Auftragsvergabe als längst überfälliges Prinzip eingeführt werden. Auch Betriebsausgaben an diese Firmen dürfen nicht länger steuermindernd geltend gemacht werden dürfen. Damit könnte Deutschland einem guten Teil des Schadens, der von diesen Firmen ausgeht, vorbeugend entgegenwirken", erklärt Markus Meinzer.

Quelle: Tax Justice Network, laut Pressemitteilung von Attac vom 5.4.2016, www.attac.de

90.000 demonstrieren in Hannover gegen TTIP und CETA

Etwa 90.000 Menschen demonstrierten in Hannover am Vortag des Treffens zwischen US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Hannover-Messe im April unter dem Motto „Obama und Merkel kommen: TTIP und CETA stoppen!" gegen die geplanten Abkommen der EU mit den USA und Kanada. Mehr als 20 Organisationen gehörten zum Trägerkreis der Demonstration.

Sowohl in Deutschland als auch den USA gibt es für die geplanten Abkommen keine Mehrheit unter den Bürgerinnen und Bürgern mehr. So brach die Zustimmung zu TTIP in Deutschland laut einer aktuellen Studie von 55 Prozent im Jahr 2014 auf aktuell 17 Prozent ein. In den USA sank sie von 53 Prozent in 2014 auf derzeit 15 Prozent.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert, die Verhandlungen der EU mit den USA für das Freihandelsabkommen TTIP zu stoppen und CETA mit Kanada nicht zu ratifizieren. Es sei höchste Zeit für einen Kurswechsel weg von Konkurrenzdenken hin zu einer EU-Handelspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt am Profitinteresse von Konzernen.

Quelle: Pressemitteilung von Attac vom 23.04.2016, www.attac.de

TTIP-Leaks

Erstmals werden US-Positionen in geheimen Verhandlungen veröffentlicht

Selbst rückwirkend könnte das umstrittene Handelsabkommen TTIP bestehende Standards und Regularien zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern kippen.

Dies belegt die Analyse der am 2.5.2016 von der Pressestelle von Greenpeace Niederlande veröffentlichten Verhandlungstexte. Diese Gefahr hatten Bundesregierung und EU-Kommission bisher bestritten. Die von Greenpeace Niederlande veröffentlichten TTIP-Texte belegen, dass die US-Seite Mechanismen vorschlägt, um etwa auch die Kennzeichnung von Lebensmitteln oder Regeln zu Erneuerbaren Energien als Handelshemmnis einzustufen. Im Kapitel zur regulatorischen Kooperation fordern die USA, dass Regularien, die den Handel hemmen, auch nachträglich zurückgenommen werden dürfen. Es ist das erste Mal, dass große Teile der bislang geheimen US-amerikanischen TTIP-Positionen öffentlich werden. „Bei den Verhandlungen soll hinter verschlossenen Türen ein mächtiger Rammbock gezimmert werden, der auch den fest verankerten Schutz für Umwelt und Verbraucher wieder aus dem Weg räumen kann. Dieses Geheimabkommen muss gestoppt werden", fordert Greenpeace-Handelsexperte Jürgen Knirsch.

Die USA sehen etwa im europäischen Verfahren zur Zulassung von Chemikalien (REACH) ein Handelshemmnis. Würde die US-Position in der jetzigen Form angenommen, könnten Maßnahmen zur Umsetzung von REACH auch rückwirkend durch TTIP ausgehebelt werden. Umweltschützer hatten jahrelang für REACH gekämpft. Das Verfahren ist 2007 in Kraft getreten und hat die Zulassung von mehreren Tausend gefährlichen Chemikalien verhindert.

Greenpeace-Aktivisten fordern: „Demokratie braucht Transparenz"

Greenpeace-Aktivisten haben von der Bundesregierung mehr Transparenz in den TTIP-Verhandlungen gefordert. Aus Protest gegen die undemokratische Geheimhaltung projizierten die Umweltschützer Teile des bislang geheimen Verhandlungstexts auf den Reichstag. „Demokratie braucht Transparenz", forderten die Aktivisten mit Leuchtschrift auf dem Giebel des Gebäudes. In unmittelbarer Nähe zum Reichstag, am Brandenburger Tor, stellten Greenpeace-Aktivisten am Vormittag einen gläsernen Leseraum auf, in dem die nun veröffentlichten Verhandlungstexte für jedermann einsehbar sind. „Dieser Vertrag geht jeden von uns an. Jeder muss nachlesen können, was uns mit TTIP drohen würde", so Knirsch. „Hinterzimmerdeals wie TTIP passen nicht zu Demokratien. Die Verhandlungen müssen gestoppt und eine offene, transparente Diskussion begonnen werden."

Quelle: Pressemitteilung von Greenpeace vom 2. Mai 2016, http://www.greenpeace.de/ Greenpeace Niederlande hat die Verhandlungstexte hier online gestellt: www.ttip-leaks.org

Das Flüchtlingsdrama: ein Appell zum Umsteuern. In Europa und in Deutschland

Steffen Lehndorff

Über 70 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nehmen die Flüchtlingskrise zum Anlass, mit einem Appell zu einem politischen Kurswechsel in der europäischen und der deutschen Politik aufzurufen. Die Unterzeichnenden des Aufrufs, darunter führende Mitglieder von Gewerkschaften, Grünen, SPD und Die Linke sowie zahlreiche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler/innen, sehen das Ziel eines freundschaftlichen Miteinanders in einem Europa der Vielfalt durch nationalistische Egoismen und menschenfeindliche Abschottungspolitik akut gefährdet. Die Flüchtlingskrise bringe politische Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit ans Licht, die jetzt fremdenfeindlichen und rechtsnationalistischen Parteien Auftrieb gäben. Wörtlich heißt es: „Dem europäischen Haus fehlt das soziale und solidarische Fundament. Und in Deutschland zeigt sich, wie falsch das starre Festhalten an einer Politik ist, der die ‚schwarze Null' wichtiger ist als ein zukunftsfähiges Gemeinwesen." Der Aufruf warnt vor dem Errichten eines Bollwerks gegen Menschen, die vor Verfolgung und Bombenterror flüchten: „Europa würde daran scheitern, sowohl politisch als auch moralisch."

Zu den wichtigsten Forderungen des Aufrufs gehören ein großes humanitäres Sofortprogramm Europas sowie die Förderung einer „Koalition aufnahmewilliger Länder" durch ein europäisches Sonderprogramm für Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Arbeitsplätze, um das sich europaweit auch Gemeinden bewerben können. An die Bundesregierung richtet der Aufruf die Forderung, vor allem die Kommunen rasch und massiv finanziell zu unterstützen, damit endlich dringende Zukunftsinvestitionen in Angriff genommen werden könnten. Wörtlich heißt es: „Die notwendigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens dürfen nicht dem Mantra der ‚Sparpolitik' geopfert werden."

Neben zahlreichen Wissenschaftlern gehören zu den Unterzeichnenden des Aufrufs bekannte SPD-Mitglieder wie der stellv. Parteivorsitzende Ralf Stegner und die Vorsitzende der Grundwertekommission Gesine Schwan, führende Mitglieder der Grünen wie die Parteivorsitzende Simone Peter, der Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer und die Vizepräsidentin des Bundestages Claudia Roth, prominente Mitglieder der Linkspartei wie der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow und der

Bundestagsabgeordnete und stellv. Parteivorsitzende Axel Troost sowie zahlreiche leitende Gewerkschaftsfunktionäre, darunter der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger und weitere Vorstandsmitglieder wie Annelie Buntenbach (DGB), Wolfgang Lemb und Hans-Jürgen Urban (IG Metall) sowie Andreas Keller (GEW).

Den Aufruf und die Liste der Erstunterzeichnenden findet man im Internet unter http://www.europa-neu-begruenden.de/

Quelle: Pressemitteilung 14.4.2016, Dr. Steffen Lehndorff, Institut Arbeit und Qualifikation / Universität Duisburg-Essen, http://www.iaq.uni-due.de/personal/mitarbeiter.php?mid=005

Bayers Megadeal muss gestoppt werden

Übernahme von Monsanto würde Wettbewerb, Wahlfreiheit und genetische Vielfalt unzulässig beschneiden

Die geplante Übernahme des US-Agrarkonzerns Monsanto durch den deutschen Pharma- und Pflanzenschutzriesen Bayer muss aus wettbewerbsrechtlichen und politischen Gründen verhindert werden, verlangen die Europaabgeordnete Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA und Sven Giegold, finanzpolitischer Sprecher der Grünen / EFA im Europäischen Parlament. In einem gemeinsamen Brief an EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sowie den Präsidenten des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, begründen Häusling und Giegold diese Forderung mit der unzulässigen Konzentration der Macht auf dem Saatgut- und Agrarchemiemarkt.

Sollte es Bayer gelingen, Monsanto zu schlucken, dann würde der Leverkusener Konzern zur Nummer eins auf dem Agrarchemiemarkt aufsteigen und zugleich das größte Saatgutunternehmen der Welt werden.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche Folgen dies für die bereits jetzt deutlich eingeschränkten Wettbewerbsstrukturen auf dem europäischen Agrarmarkt, für die Wahlfreiheit in der landwirtschaftlichen Erzeugung sowie für die Verbraucher haben wird.

Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA, kommentiert die mögliche Übernahme: „Schon heute steuern gerade noch fünf Unternehmen 95 Prozent des europäischen Gemüsesaatgut-Sektors. Kauft Bayer Monsanto, hat der Kunde noch die Wahl zwischen vier Erzeugern.

Die Gefahr, die ich sehe, besteht darin, dass die Konzerne die Saatgutvielfalt noch stärker beschränken und damit kontrollieren, was auf unseren Feldern und in unseren Gärten noch wachsen darf. Auch bei anderen landwirtschaftlichen Kulturen hat die zunehmende Konzentration des Saatgut-Sektors zu Einschränkungen im Angebot und steigenden Preisen geführt, wie eine Studie unserer Fraktion beweist.

Es liegt auf der Hand, dass weitere Saatgut-Hersteller aus dem Markt gedrängt werden, zumal die Übernahme auch die Vermarktung von Koppelprodukten vereinfachen dürfte, wenn etwa Saatgut aus der Filiale Monsanto zu Spritzmitteln der Mutter Bayer passt und beides dann im Paket verkauft wird.

Mit der Übernahme wächst die Gefahr eines weiteren Rückgangs der genetischen Vielfalt in der landwirtschaftlichen Kultur und Natur. Dies widerspricht diametral den politischen Verpflichtungen, den die Europäische Union international, innereuropäisch, aber auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten eingegangen ist, um den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen und ihm entgegen zu wirken."

Quelle: Mail von Sven Giegold vom 24. Mai, sven.giegold@europarl.europa.eu

Bio-Landwirtschaft lohnt sich

Vergleichsstudie über die tatsächlichen Kosten von biologischer und konventioneller Lebensmittelproduktion

Nils Daun

Die kürzlich erschienene Studie „The Future of Agriculture in Egypt" beschäftigt sich mit der Frage, ob konventionelle oder biologische Landwirtschaft in Ägypten kostenintensiver ist. Ziel der Forschung war es, einen umfassenden Kostenvergleich zwischen konventioneller und biologischer Landwirtschaft in Ägypten zu ziehen, der auch die Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt, für die das Land früher oder später mit barem Geld aufkommen muss. Durchgeführt wurde die Studie vom „Carbon Foodprint Center" der Heliopolis Universität für nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit SEKEM, sie baut auf die bereits 2011 erschienene „The 100% Organic Egypt Study" auf.

Trotz des Wissens, dass Bio-Landwirtschaft einen positiven Einfluss auf die Umwelt hat, wird in Ägypten zum Großteil konventionelle Landwirtschaft betrieben. Nur ein Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche ist biologisch zertifiziert. Das hat unter anderem mit der weit verbreiteten Annahme zu tun, dass biologischer Anbau mit höheren Kosten verbunden ist. Dass dem, vor allem langfristig be-

trachtet, nicht so ist, wird in der Studie „The Future of Agriculture in Egypt" deutlich.

Tatsächliche Kostenberechnung

Um die beiden landwirtschaftlichen Praktiken miteinander zu vergleichen, wurden die ökonomischen Kosten von fünf wichtigen ägyptischen Nutzpflanzen (Baumwolle, Mais, Kartoffeln, Reis und Getreide) analysiert. Die Studie basiert auf Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und zur Vergleichsrechnung wurde die „True Cost Accounting"-Methode (deutsch: tatsächliche Kostenberechnung) angewandt. Das heißt, dass nicht nur Faktoren wie Rohmaterial, Zertifizierung, Arbeitskräfte und Maschinen berücksichtigt werden, sondern auch der Preis, der durch die Verschmutzung von Boden, Luft oder Wasser entsteht.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass bei allen fünf Nutzpflanzen die tatsächlichen Kosten für den konventionellen Anbau höher sind, als bei der Anwendung biologischer Methoden. Bei einigen Produkten ist der Nettoertrag sogar im negativen Bereich. Das bedeutet, dass Unternehmen, würden sie für die durch die Produktion anfallenden Umwelt- und Gesundheitsschäden aufkommen, sogar Verlust machen würden.

Durch hohe Energiesubventionen und das Fehlen von allgemeingültigen Wasserpreisen werden in Ägypten aktuell eher nicht nachhaltige Praktiken unterstützt, wodurch gleichzeitig ein verzerrtes Bild auf den Markt entsteht. Die ägyptische Regierung scheint aber zunehmend die Probleme von konventioneller Landwirtschaft zu erkennen und sich vermehrt für eine nachhaltige Agrikultur einzusetzen. Dies wird vor allem in Ägypten, einem Land, in dem ein genereller Mangel an natürlichen Ressourcen wie fruchtbarem Land oder Wasser herrscht, immer dringlicher. Denn momentan zahlen die Umwelt und die zukünftigen Generationen, die beide Grundpfeiler der ägyptischen Wirtschaft sind, den Preis für die konventionelle Landwirtschaft. ■

Quelle: Sekem News,
news.sekem.com/de/tag/landwirtschaft/

Trauer um Rupert Neudeck

*** 14. Mai 1939 – † 31. Mai 2016**

Cap Anamur und die Grünhelme schreiben am 31. Mai 2016 zum Tod ihres Gründers Rupert Neudeck:

„Bis zuletzt war er nicht nur ein vielgefragter Interviewpartner, sondern hat gesellschaftspolitische Debatten angestoßen und als moralische Instanz maßgeblich die öffentliche Meinung geprägt. Heute ist Rupert Neudeck im Alter von 77 Jahren verstorben. Cap Anamur und die Grünhelme trauern um ihren Gründer, ihr humanitäres Vorbild, ihren Wegbereiter und stetigen Begleiter, um ihren Freund. [...]

Das Thema Flucht hat sein Leben bestimmt. Selbst als Kind aus Danzig geflohen, kannte er die Situation der Menschen, die ihre Heimat wegen Krieg und Vertreibung verlassen müssen. So gründete er 1979 gemeinsam mit seiner Frau Christel den bis heute aktiven Verein Cap Anamur, charterte ein Frachtschiff und rettete über 10.000 vietnamesische Flüchtlinge aus dem südchinesischen Meer vor dem sicheren Tod. Rupert Neudeck hat nie damit aufgehört, sich um unschuldig in Not geratene Menschen weltweit zu kümmern. Von einem kleinen Komitee zur Rettung von Flüchtlingen ist Cap Anamur mit ihm zu einer weltweit agierenden Hilfsorganisation gewachsen, die bereits in über 60 Ländern Menschen in Notsituationen unterstützt hat.

Nachdem Christel und Rupert Neudeck Cap Anamur erfolgreich übergeben hatten und sich eigentlich zur Ruhe setzten wollten, stellten sie schnell fest, dass für sie ein „tatenloses" Zusehen nicht in Frage kam. So gründeten sie die Grünhelme als Zeichen gegen das zunehmende Misstrauen zwischen den Religionen nach dem Vorbild der „Peace-corps". Seitdem haben die Grünhelme in ca. 20 Ländern Krankenhäuser, Schulen und Wohngebäude errichtet. Ob der Konflikt im Sudan, der Krieg in Syrien und im Irak, das Schicksal der Palästinenser oder die unerträgliche Situation der Menschen auf den europäischen Flüchtlingsrouten: Bis zuletzt hat Rupert Neudeck die weltpolitische Lage kommentiert und sich für die Schwächsten der Gesellschaft engagiert – unkonventionell, kreativ und immer mutig."

Rupert Neudeck verfasste Artikel und gab Interviews unter anderem auch für die Zeitschrift „Info3 – Anthroposophie im Dialog". Zu dem im Info3 Verlag erschienenen Buch „Die Jahrhundertillusion – Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, Steiners Kritik und die Frage der nationalen Minderheiten"[12] steuerte er ein bedeutendes Vorwort bei. Herausgeber und Info3-Chefredakteur Jens Heisterkamp schreibt in einem Nachruf auf ihn: „Ohne fremdes Mandat, ohne finanzielle oder politische Macht im Hintergrund, nur mit dem Feuer des eigenen Willens ausgestattet, machte er die Not des Anderen zu seiner eigenen Sache. Er half, die unmittelbar Bedürftigen aufzurichten, machte aber auch allen anderen Mut indem er zeigte: Menschsein ist möglich." ■

Quellen: https://gruenhelme.de/cap-anamur-und-die-gruenhelme-trauern-um-ihren-gruender-und-freund-rupert-neudeck/#more-8772
http://www.info3-magazin.de/die-not-des-anderen-zu-seiner-sache-machen/

12 Frankfurt am Main 2002

Zur Debatte

Sollten die Öffentlich-Rechtlichen abgeschafft werden?

Stefan Padberg

Gegenwärtig ist die Frage der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien durch eine Zwangsabgabe teilweise heftig umstritten bis hin zur Forderung nach einem Boykott. Die Frage nach der gesunden Gestaltung eines freiheitlichen Medienwesens und seiner Finanzierung gerät dabei oft zu wenig ins Blickfeld.

Die Erfahrungen, die wir mit der privatwirtschaftlichen Lösung der Finanzierungsfrage in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, zeigen, dass vor allem Werbeeinnahmen zur Finanzierung herangezogen werden, um das Medienangebot selbst kostenlos anbieten zu können. Kostenpflichtige Sendeangebote haben – bis auf den Sportbereich – keine große Nachfrage gefunden. Hierbei spielt einerseits eine Rolle, dass die Nutzer Zwangsgebühren für die Öffentlich-Rechtlichen bezahlen, egal ob sie diese nutzen oder nicht. Das schränkt den Nutzungspreis für Pay-TV-Angebote empfindlich ein. Andererseits haben sich ziemlich schnell werbefinanzierte Angebote etabliert, die offensichtlich den Unterhaltungsbedarf der breiten Masse abdecken. So konnte keine zahlungskräftige Nachfrage für Pay-TV-Angebote entstehen.

Der Mechanismus der Werbefinanzierung führt nun dazu, dass sich die Programmgestaltung überwiegend an der Zuschauerquote orientiert. Das führt dazu, dass differenzierte und hochwertige Informationsangebote mehr oder weniger aus den werbefinanzierten Programmen verschwinden. Diese Entwicklung würde sich sofort auf die Öffentlich-Rechtlichen ausdehnen, wenn man die Zwangsgebühren abschaffen würde.

Kann man dies sehenden Auges wollen? Ich sage: Nein. Wenn man hierzu Vorschläge machen möchte, müssen diese sich mit dem Problem der Werbefinanzierung des Kulturlebens auseinandersetzen. Dasselbe Problem existiert ja auch im Internet. Und über den Umweg des Internet hat es auch die Printmedien erreicht, denn denen brechen seit einiger Zeit die Werbekunden weg. Das hat mittlerweile einen Umfang erreicht, der für viele Printmedien existenzbedrohend ist.

Die Frage ist also: Wie kommen Kulturschaffende an Geld, ohne sich über Werbung finanzieren zu MÜSSEN? Sie DÜRFEN dies gerne, aber es sollte auch möglich sein, sich ohne Werbung zu finanzieren. In diesem Fall wird es halt teurer, aber da muss man dann auf das Qualitätsbewusstsein der Kundschaft vertrauen.

Im Fernsehbereich ist es nun so, dass man riesige Investitionen für Sendeeinrichtungen tätigen muss, bevor man auch nur eine Minute gesendet hat: Sender, Kabelverlegung, Satelliten usw. Es handelt sich hier um eine technische Infrastruktur, die unternehmensübergreifend aufgebaut und verwaltet werden könnte. Ähnlich wie bei der Eisenbahn oder bei den Energienetzen macht es nicht wirklich Sinn, dass jedes Unternehmen sein eigenes Sendenetz aufbaut. Ganz schwierig wird es, wenn derjenige, der die Sendeinfrastruktur verwaltet, auch derjenige ist, der die Inhalte kontrolliert, so wie es bei den Öffentlich-Rechtlichen UND den Privaten der Fall ist. Dies führt dazu, dass die Informationsbreite der Angebote beschnitten wird.

Aus diesem Grunde sollte die Errichtung und Verwaltung der technischen Sendeinfrastruktur in die Hände von eigenständigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gegeben werden, die nicht profitorientiert arbeiten und auch nicht käuflich erworben werden können. Auf die inhaltliche Gestaltung der Sendungen sollten diese keinen Einfluss haben.

Solche Unternehmen würden selbstverständlich mengen- und senderabhängige Nutzungsentgelte von den Kunden einziehen können, die sie – nach Abzug einer Verwaltungsgebühr – an die Sender weiterreichen. So wäre ein offener Markt geschaffen, auf dem verschiedene Sender mit ihren jeweiligen Qualitäts- und Preiskonzepten miteinander konkurrieren könnten.

Im realen Leben alter analoger Prägung gibt es ja auch z.B. Veranstaltungsräume, Festspielhallen etc., die man mieten kann. Ein Veranstalter mietet eine Halle und führt eine Veranstaltung durch. Die Festhallenverwaltung führt für ihn den Kartenverkauf durch. Die Preise setzt der Veranstalter fest. Ob er in seiner Preiskalkulation Werbeeinnahmen berücksichtigt oder nicht, ist allein seine Entscheidung. Er wird die Preise entsprechend festsetzen. Die Hallenverwaltung zieht die Eintritte von den Besuchern ein, zieht die Miete davon ab und fertig.

Genauso könnte es auch im Fernsehbereich laufen. Dann hätten auch Sparten-Sender mit kleinen spezialisierten Zielgruppen eine Chance, einigermaßen bezahlbare Programme anzubieten. Unter dieser Voraussetzung könnte sich mehr echte geistige (und übrigens auch wirtschaftliche) Freiheit in der Fensehlandschaft verwirklichen lassen.

Die Diskussion um die Zwangsabgabe hat aber den schwerwiegenden Nachteil, dass sie um Jahrzehnte zu spät kommt. Mittlerweile ist das Fernsehen klassischer Prägung ein Auslaufmodell. Die Zukunft ist Fernsehen übers Internet. Hier entwickelt sich gerade

ein Markt, der mit bezahlbaren Angeboten sogar dem werbefinanzierten Privatfernsehen spürbare Konkurrenz machen wird. Die Investitionskosten sind, verglichen mit der Sendeinfrastruktur im Radio- und TV-Bereich, denkbar gering. So kann eigentlich jeder sofort „auf Sendung" gehen. Und wenn man sich nicht über Werbung finanzieren möchte, muss man seine Nutzer so an sich binden, dass diese bereit sind, Abo-Gebühren zu bezahlen. Das Internet ist so gesehen ein Riesen-Fortschritt, was die Ermöglichung von echter Freiheit im Geistesleben angeht.

Die Öffentlich-Rechtlichen haben in dieser neuen Medienlandschaft nur noch eine Berechtigung: Informationen aus dem staatlichen und politischen Bereich liefern und aufbereiten. Das könnte dann so ähnlich aussehen wie heute schon das PHÖNIX-Programm, vielleicht etwas unterhaltsamer und mit mehr lokalem Bezug (Übertragung von Gemeinderatssitzungen und Planungsausschuss-Sitzungen, Bürgerbegehrens-Berichterstattung usw.). Unter der Maßgabe dieser inhaltlichen Einschränkung dürften die Öffentlich-Rechtlichen auch ein Internetangebot erstellen. Dafür dürfte dann gerne eine Zwangsgebühr eingezogen werden. Es versteht sich von selbst, dass diese nach Wegfall der gesamten Unterhaltungssparte deutlich niedriger sein würde als heute.

Initiativen und Termine

Jahresbilanz des neu gegründeten iWiPo-Instituts für Wissenschaft, politische Bildung und gesellschaftliche Praxis NRW e.V.

Wilhelm Neurohr

Das vor gut einem Jahr im Ruhrgebiet gegründete „Gemeinnützige Institut für Wissenschaft, politische Bildung und gesellschaftliche Praxis NRW e.V." mit Sitz in Recklinghausen (demnächst in Haltern) und Geschäftskonto bei der GLS-Bank konnte auf seiner ersten Jahreshauptversammlung am 17. Juni eine erste Erfolgsbilanz ziehen. Nach Auskunft des Mitinitiators und Präsidiumsmitglieds Wilhelm Neurohr hat die anfangs als „Wissenschaftsforum Ruhr" angedachte Gründungsinitiative dann nach der formellen Institutsgründung mit öffentlichen Veranstaltungen und zahlreichen Publikationen zu aktuellen sozialen Gegenwartsfragen und gesellschaftlichen Gegenentwürfen regen Zuspruch erfahren.

So konnte gleich die erste öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung im November 2015 an der Westfälischen Hochschule in Recklinghausen zu Griechenlands Schuldenkrise mit dem em. Prof. Dr. Elmar Altvater, der auch zu den inzwischen 17 Institutsmitgliedern gehört, über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnen. Auch die nachfolgende Veranstaltung mit Prof. Dr. Birgit Mahnkopf zum Thema „Flucht und Migration im Kontext der ökonomischen Globalisierung" fand regen Zuspruch. Eine enge Zusammenarbeit findet auch mit Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des iWiPO-Institutes statt, der auch Sprecher der Memorandum-Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik ist und bereits mehrere lebhafte Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen des iWiPo-Institutes durchgeführt hat, zuletzt im Mai 2016 zum Thema: „Die EU am Scheideweg; Europäische Union und Flüchtlingsmigration – Solidarität statt Chaos". Geplant sind demnächst auch Kolloquien und Seminarveranstaltungen. Kontakte bestehen auch zu den studentischen Vertretungen der Ruhrgebietshochschulen.

Zum wissenschaftlichen Instituts-Beirat gehören außerdem als Sprecher der Volkswirt und Politologe Prof. Dr. Wolfgang Saggau, der Arbeitswissenschaftler Prof. Dr. Aladin El-Maafalani, der Dipl.-Ing. Prof. Dr. Constantin Makropoulos sowie der Volkswirt und apl. Prof. Dr. Eberhard Umbach. Kooperationspartner des Institutes sind neben der Westfälischen Hochschule auch die Volkshochschule Recklinghausen, die evangelische Akademie, der DGB-Regionalbezirk, die Attac-Regionalgruppe und der KAB Recklinghausen-Ost. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten unter anderen die VHS-Leiter mehrerer Volkshochschulen im Ruhrgebiet sowie eine Studienleiterin der Fernuniversiät Hagen. Im unabhängigen und überparteilichen Institut arbeiten u.a. ein Landtagsabgeordneter und ein ehemaliger Europa-Abgeordneter mit, und es gibt neben den eingeschriebenen Mitgliedern einen Freundes- und Unterstützerkreis. Das Institut ist auch bei zahlreichen externen Veranstaltungen anderer Anbieter präsent oder tritt dort als Kooperationspartner und Mitveranstalter auf.

Auf der Homepage des Institutes (www.iwipo.eu) werden das bildungs- und gesellschaftspolitische Anliegen, die Arbeitsfelder und die Zielsetzung des Institutes sowie seine Themenfülle verdeutlicht:

- Die EU-Krise und Finanz- und Euro-Krise, die geistige Verfassung Europas, die verordnete Austeritätspolitik für Griechenland und andere Länder, die Geldpolitik und Geldschöpfungsfrage und das notwendige Umdenken im Umgang mit Geld, Zinsen und Wirtschaftsgütern waren bisherige Themenfelder, ergänzt um die zukünftige Wachstums- und Ökologie-Orientierung.

- Die Flüchtlingsthematik sowie die Migrations- und Integrationspolitik im Zusammenhang mit Asyl- und Menschenrechtsfragen waren ein weiterer aktueller Themenschwerpunkt, ebenso wie die Freihandelsverträge mit der Frage nach fairer Handelspolitik.

- Ein zentrales Dauerthema ist die Bildungs- und Hochschulpolitik, die Bildungsteilhabe benachteiligter Gruppen und die Ökonomisierung von Schulen und Hochschulen. Im Mittelpunkt steht weiterhin die Demokratiefrage mit der Politik- und Parteiverdrossenheit und den rechten Strömungen, die soziale Frage sowie das Anliegen der sozialen Gerechtigkeit und Verteilungspolitik, die betriebswirtschaftlichen Diktate für Sozialeinrichtungen, der Sozialabbau und die Zukunft des öffentlichen Sektors sowie Alternativen zur Marktradikalität in Form einer solidarischen Gemeinwohlökonomie mit einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle.

- Das Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements werden weiterhin beleuchtet. Aber auch Fragen der zukünftigen Industriepolitik und der technischen Entwicklungen (E-Government und E-Demokratie) rücken in den Fokus, nicht zuletzt auch die geopolitische Krisensituation mit Aufrüstung, Rüstungsexporten, Kriegen und Bürgerkriegen, Globalisierungsfragen und friedensorientierte Konfliktlösungen. Nicht zuletzt sind auch philosophische Betrachtungen etwa über das Zeitphänomen u.a.m. auf der iWiPo-Homepage http://www.iwipo.eu/ zu finden.

In der regionalen Presse wurde das Institut als „Neues Netzwerk für Querdenker" bezeichnet, das Wissenschaft unabhängig von Drittmitteln und für die gesellschaftliche Praxis verwertbar machen will, Bildungsbenachteiligte und Flüchtlinge an Bildung heranführen und den Bildungsrückstand im Ruhrgebiet verringern möchte, dem Rechtstrend entgegenwirken sowie soziales Interesse für gesellschaftliche Fragen wecken und Alternativen aufzeigen will. Das trifft weitgehend das in der Satzungs-Präambel des Institutes verankerte Institutsverständnis.

19. Studienwoche zur Dreigliederung des sozialen Organismus und zu Rudolf Steiners Bauimpuls

30.7. bis 6.8.2016 in Berlin

Ulrich Schöne

Auch in diesem Jahr wollen wir versuchen, durch künstlerische Übungen in den Bereichen der Architektur, Eurythmie und Plastik unsere Gedanken und Empfindungen für die Notwendigkeit der Dreigliederung des sozialen Organismus zu vertiefen und zu stärken.

Bis heute ist es nicht hinreichend gelungen, die schon vor einem Jahrhundert von Rudolf Steiner geforderte starke Kraft zur Verbreitung der Gedanken der Dreigliederung zu entwickeln. Gegenwärtig befinden wir uns in einem Moment des Zeitgeschehens, in dem sich ein Wandel im Bewusstsein der Menschheit ankündigt und möglich erscheint. Nicht nur die Anzeichen eines neu erwachenden Mitgefühls und einer Hilfsbereitschaft gegenüber notleidenden Menschen aus aller Welt, sondern auch das gewachsene Bewusstsein für den Umfang der Zerstörung der Lebensvoraussetzungen der gesamten Menschheit durch eine weltweit in die Irre geleitete Wirtschaftspolitik können uns dazu aufrufen, die Gedanken der Dreigliederung erneut und verstärkt als ein Instrument der Heilung den Menschen nahezubringen.

In unserer Studienwoche wollen wir versuchen, Rudolf Steiners Bauimpuls durch die Planung und den Entwurf eines Zentrums für soziale Erneuerung mit den Gedanken der sozialen Dreigliederung zu verbinden. Mit architekturplastischen und zeichnerischen Übungen werden wir an dem Entwurf eines organischen Baukörpers arbeiten. Neben den Entwurfsarbeiten und den inhaltlichen Studien, werden

Übungen in der Eurythmie und im Plastizieren unsere Arbeit unterstützen.

Die Studienwoche wird in der Zeit vom **30.07. bis zum 6.08.2016** in der **Freien Waldorfschule Havelhöhe-Eugen Kolisko in Berlin** stattfinden. Genauere Angaben zum Programm, Tagungsgebühren und Unterbringung etc. werden an alle Interessenten versendet.
Auskünfte zur Tagung vorab unter Tel.: 02302 17 16 962, E-Mail: ulrichschoene@gmx.de

10 Jahre Institute for Social Banking

Jahresbericht 2015 erschienen

Das Institut für Social Banking wird in diesem Jahr 10 Jahre alt. Anlass für die Initiative in ihrem Jahresbericht 2015 auf die Ereignisse und „Erreichnisse" dieser 10 Jahre zurück- und auf die Zukunftsperspektiven und -aufgaben vorauszublicken.

Der in Englisch vorliegende Bericht ist als PDF auf der Website des ISB zu finden und kann dort heruntergeladen werden: http://www.social-banking.org/news/article/nr/838/

Im Editorial schreiben Patricia Cieciersky, Antje Drenk, Sanika Hufeland, Julian Kühn und Sven Rehmer u.a.:

„In einer Zeit zunehmender Bank- und Finanzkrisen, trug das ISB durch seine Bildungsprogramme und seine Forschung dazu bei, eine Art des Banking zu entwickeln und zu verbreiten, die Verantwortung für das Wohlergehen der Menschen und des Planeten übernimmt. Mehr als 3.000 Menschen aus 42 Ländern haben an den Bildungs-Events des ISB aktiv teilgenommen und sie mitgeschaffen. 175 Vortragende aus Lehre und Forschung haben beigetragen und 127 Publikationen und Forschungsprojekte wurden verwirklicht.

Das hat in signifikanter Weise dazu beigetragen, die vor 10 Jahren formulierten Kernziele zu realisieren: Menschen in sozialverantwortlichem Banking zu bilden und zugleich den akademischen und öffentlichen Diskurs auf diesem Feld zu verstärken."

Heute sei das Institut eine lebendige Bildungs- und Forschungsgemeinschaft, manifestiere internationale Diversität und sei ein anerkannter Partner für wissenschaftliche Diskurse. Das Institut konzentriere sich auf die Entwicklung von Fähigkeiten für persönliche, organisatorische und soziale Veränderungsprozesse und selbstbestimmtes Lernen und ermögliche Kooperation bei Studium und Forschung.

Stand am Anfang die Entwicklung und Implementierung eigener Trainingsformate (Internationale Sommerschule, Master-Programme, Zertikatskurse usw.) ganz im Vordergrund, kommt heute auch eine wachsende Zahl von Wirtschafts- und Bildungseinrichtungen aus aller Welt auf das ISB mit der Bitte zu, für sie maßgeschneiderte Trainingskurse und Forschungsprojekte zu entwickeln und durchzuführen.

Im ISB wirken 15 Mitgliedsorganisationen zusammen. Zurzeit arbeite man an einer digitalen Forschungsplattform und einer mit ihr verbundenen Online-Community.

Institute for Social Banking e.V., Alfred-Herrhausen-Str. 44, 58455 Witten, Germany. Tel. +49 (0)234-60 600 135, E-Mail: info@social-banking.org, Internet: www.social-banking.org

European Credit Initiative

1. Geld ist kein Wert an sich!

2. Die Wirtschaftswerte sind unsere Fähigkeiten, die wir füreinander in der Arbeit zum Einsatz bringen und es sind die in der Arbeit hervorgebrachten Waren, die unsere Bedürfnisse befriedigen. Auch alle Dienstleistungen zählen hier dazu, die Erziehung und Bildung unserer Kinder, die Versorgung der Kranken und Schwachen gleichermaßen wie Kunst und Kultur oder die Pflege der Natur im nachhaltigen Umgang mit unserer Erde.

3. Damit jeder an diesen Werten Anteil nehmen und an ihrem Hervorbringen sich beteiligen kann, muss die neue Geldordnung für ein Einkommen sorgen, das ein Leben in Würde ermöglicht – und sie muss den Unternehmen die Wege eröffnen, jenseits der kapitalistischen Profit-Logik, tätig zu werden.

4. Wir sind davon überzeugt, dass der Profit bei vielen nur aus den Zwängen des ökonomischen Systems im Vordergrund steht. Der eigentliche Antrieb aber liegt in der Innovationskraft und Produktivität des Wirtschaftens selbst – darin, seine Impulse im Dienste für den anderen ausleben zu können.

5. Wirtschaft sucht von sich aus Zusammenarbeit und Austausch. Das Prinzip der Konkurrenz sollte alleine auf den Wettbewerb der Ideen beschränkt bleiben.

6. Wir fordern keine äußere Revolution, durch die die Mächtigen gestürzt und die Reichen enteignet werden. Wir fordern nur die Möglichkeit, dass jene, die die Revolution in ihrem Bewusstsein vollzogen haben, neue Wege beschreiten können!

7. Wie schnell wir dabei an das Ziel einer global-solidarischen Welt kommen, wird sich zeigen.

Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) auf den Weg bringen!

Als Schritt auf dem Weg zu einer zeitgemäßen Geld- und Unternehmensordnung wollen wir eine Ergänzung der rechtlichen Grundlagen des Europäischen Systems der Zentralbanken anregen.

Im Statut der EZB soll eine neue Möglichkeit der Kreditierung geschaffen werden:

Die EZB und die nationalen Zentralbanken sollen dazu „unentgeltliche und zinsfreie Kreditgeschäfte mit Kreditinstituten, anderen Marktteilnehmern sowie Verbünden von Kreditinstituten und Marktteilnehmern abschließen können, die als Freie Unternehmen (FU) bedarfsorientiert arbeiten und auf Gewinne dauerhaft verzichten, indem sie erzielte Überschüsse mit Unterschüssen ausgleichen oder vollständig an die öffentliche Hand abführen und die Einkommen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlichem Recht unterstellen."

Weitere Informationen: http://www.europe2019.net/de. European Credit Initiative, c/o Internationales Kulturzentrum Achberg, Panoramastraße 30, 88147 Achberg, Deutschland. Tel.: +43 8380 335, E_Mail: communication@kulturzentrum-achberg.de

Termine zum Vormerken

16. Sept. 2016, 19.00 Uhr | Wien: **Wir werden alle gebraucht! – Bedingungsloses Grundeinkommen und bedingungsloses Interesse**. Impact Hub Vienna, Lindengasse 56. Gespräch zwischen Daniel Häni (Basel) und Daniel Schily (Köln). Am 5. Juni fand in der Schweiz die Volksabstimmung über das Bedingungslose Grundeinkommen statt. Daniel Häni ist einer der Gestalter der sehr erfolgreichen Kampagne! Daniel Schily ist Mitinitiator der Europäischen Kreditinitiative und will der Idee des Grundeinkommens die Idee des „Rechtes auf Arbeit" zur Seite stellen. Was kann das Recht auf Arbeit heute bedeuten und wie stehen die beiden Ansätze im Verhältnis zueinander?

23./24. Sept. 2016 | Wangen und Achberg: **Impulse für Europa –** Veranstaltung mit Michaela Glöckler.Die Europäische Kreditinitiative versteht sich als Kulturimpuls für Europa. Michaela Glöckler, Initiatorin der Allianz ELIANT, wird mit uns zur Frage der nötigen Anstöße für einen neuen Weg der Wirtschaft und des Geldes in Europa ins Gespräch kommen. Am Freitagabend wird – gefolgt von einem Eröffnungsvortrag von Michaela Glöckler – in der Waldorfschule Wangen eine Vorstellung der Europäischen Kreditinitiative stattfinden. Am Samstag (ca. 10.00 bis 19.00 Uhr) gibt es Raum für weitere Beiträge und Gespräche im Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg.

Weitere Infos in Kürze.
http://www.europe2019.net/de

Natur und Kultur

Blumen- und kräuterreiche Mähwiesen – Lebenselexier für Landwirtschaft, Naturschutz und Erholung? Vortrag und Gespräch mit Dr. Hans-Christoph Vahle, Samstag, 15. Oktober 2016, 18 Uhr, Martin Luther-Str. 8, 42285 Wuppertal.

Es geht um die Qualitätssteigerung von Kulturlandschaften durch artenreiche Mähwiesen, die auch aus Sicht der Landwirtschaft als Wert begriffen werden sollten. Vahle ist Leiter der Leiter der Akademie für Vegetationskunde in Witten und hat sich u.a. mit dem Thema Kulturlandschaft als Integration von Natur- und Sozial-Organismus und Naturschutz als Sozialarbeit beschäftigt. Veranstalter ist das Therapeutikum Wuppertal e.V. in Kooperation mit der Agrargruppe von Attac Wuppertal und der Bergischen Gartenarche.

Protest gegen TTIP und CETA geht weiter

Demonstrationen für 17. September angekündigt

Den 17. September kann man sich jetzt bereits vormerken, wenn man erneut gegen die Freihandelsabkommen TTIP & CETA auf die Straße gehen will. Im Herbst will die EU-Kommission Fakten schaffen und CETA, das Handelsabkommen mit Kanada, unter Dach und Fach bringen. Und die Verhandlungen um TTIP gehen in die heiße Phase. Es finden Demos in mindestens sechs verschiedenen Städten, darunter Berlin, Hamburg, Frankfurt a.M., München oder Nürnberg, Stuttgart und Köln statt.

Mit im breiten Bündnis dabei ist u.a. der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Bereits bei der Eröffnungsveranstaltung der Demonstration in Hannover hatte der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, erklärt, TTIP, CETA & Co. nützten keinem einzigen Kulturschaffenden und keiner einzigen kulturellen Einrichtung, sie seien vielmehr eine Gefahr für die kulturelle Vielfalt.

Quelle: http://www.kulturrat.de/pressemitteilung/am-17-september-geht-es-erneut-auf-die-strasse-gegen-ttip-ceta-jetzt-vormerken/?print=pdf

Literatur

Im Jahrhundert der Katastrophen – Theodor Bergmann zum 100sten Geburtstag

Theodor Bergmann (2016): Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiografie eines kritischen Kommunisten. Hamburg. VSA Verlag

Theodor Bergmann (2014): Sozialisten, Zionisten, Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert. Hamburg. VSA Verlag

André Bleicher

Rechtzeitig zu seinem 100sten Geburtstag am 07. März 2016 hat der VSA Verlag die aktualisierte und ergänzte Autobiographie Theodor Bergmanns in dritter Auflage veröffentlicht. Als zentralen Satz dieser Autobiografie formuliert Theodor Bergmann: „Der Kapitalismus kann und darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein." – Dieser Satz kann gleichsam als Lebensmotto Theodor Bergmanns gelten, ein Motto, welches auch die Lebenswege der acht Geschwister der Familie Bergmann-Rosenzweig, so verschieden diese auch verliefen, eint.[1] Theodor Bergmann, 1916 als siebtes Kind seiner Eltern geboren, wurde schon in seiner Jugendzeit ein wacher Zeuge der sich in der Weimarer Republik verschärfenden sozialen Konflikte und desaströsen Folgen von Massenarmut. Die Geschwister, allesamt vor 1918 geboren, wuchsen in einer Zeit voller umfassender Umbrüche heran.

Die russische Oktoberrevolution, neue Grenzziehungen in Osteuropa, wo der Cordon Sanitaire errichtet wurde, der aufkommende Faschismus in Italien und in anderen europäischen Ländern sowie die Zerstörung der Weimarer Republik: Von diesen Kontingenzbedingungen her gedacht, wird nachvollziehbar, weshalb die Geschwister allesamt Zugang zu den progressiven ideologischen Strömungen ihrer Zeit fanden. Der Buchtitel „Zionisten, Sozialisten, Kommunisten" benennt diese drei Strömungen – im Buch wird eine facettenreiche Familiengeschichte, in Einzelportaits, entwickelt. Der Vater, liberaler Rabbiner der großen Berliner Gemeinde, ermöglichte seinen Kindern den Besuch des Gymnasiums und musste ertragen, dass weder die sechs Söhne noch die beiden Schwestern ein besonderes Interesse an der jüdischen Religion zeigten. Dies sorgte ebenso für Konflikte, wie die Tatsache, dass insbesondere die Söhne Zugang zu zionistischen oder linksradikalen Milieus fanden. Herauszuheben ist insbesondere Alfred Bergmann, der dem linken Flügel der seinerzeit durch heillosen Streit paralysierten Arbeiterbewegung angehörte, welche dem ‚aufhaltsamen Aufstieg' des Nationalsozialismus nur hilflos zuzusehen vermochte. Alfred Bergmann wurde Mitglied der Kommunisten Partei Deutschlands-Opposition (KPDO), in welcher sich die von der KPD-Führung ausgeschlossen ‚Rechten' organisiert hatten.[2] Die KPDO bündelte damals – unter der Führung von August Thalheimer und Heinrich Brandler – eine Gruppe marxistischer Intellektueller (etwa den späteren Literaturhistoriker und -soziologen Hans Mayer oder die Politologen Wolfgang Abendroth und Richard Löwenthal), aber auch undogmatische – meist aus der Arbeiterbildung hervorgegangene – Linke wie Jacob Walcher und Paul Frölich. August Thalheimer gab die Wochenzeitung „Gegen den Strom" heraus und die Brüder Alfred, Theodor und Josef Bergmann pilgerten regelmäßig in die Berliner Wilhelmstrasse 135, wo sich der Mikrokosmos der KPDO und des Junius-Verlag angesiedelt hatten.

Theodor Bergmann berichtet, wie der undogmatische Marxist Thalheimer immer bereit war, sich für die Fragen der Jugendlichen Zeit zu nehmen und ihnen andere Sichtweisen aufzuzeigen, als dies den noch im preußischen Wilhelmismus sozialisierten Lehrern am Gymnasium möglich war.

Ein weiterer Bruder, Arthur Bergmann, ließ sich in Berlin als Anwalt nieder. Er zählte zu jenem, sich um Otto Kirchheimer und Kurt Rosenfeld bildenden, linken Anwaltsmilieu, welches Arbeiter, Sozialdemokraten, Vertreter der Roten Hilfe und den Deutschen Metallarbeiterverband vertrat. Auf das politische Engagement seiner Söhne dürfte zurückzuführen sein, dass der Vater, Julius Bergmann, frühzeitig erkannte, dass jüdisches Leben unter der Herrschaft der NSDAP unmöglich fortgesetzt werden konnte. Alle Geschwister entschlossen sich zur Flucht aus Deutschland.

Theodor Bergmann entging Hitlers Schergen nur aufgrund glücklicher Umstände: In der kurzen Zeitspanne zwischen zwei Hausdurchsuchungen bestieg er – frischgebackener 17jähriger Abiturient – nahezu mittellos den Zug nach Saarbrücken und ging vom Saarland aus nach Palästina, wo er indes nicht Fuß zu fassen vermochte und die Arbeit im Kibbuz aufgab. Er verließ Palästina, um in der Tschechoslowakei Landwirtschaft zu studieren. Nebenher musste er seinen Lebensunterhalt als Landarbeiter erwerben und versuchte, soweit das möglich war, an der antifaschistischen Arbeit teilzunehmen. Wiederum entkam er in letzter Minute

1 Da die Biografie Theodor Bergmanns noch an Tiefenschärfe gewinnt, wenn sie im Kontext der Lebenswege seiner Geschwister verortet wird, werden die beiden Bücher hier gebündelt besprochen.

2 Dass ‚Ausschließeritis' kein sonderlich neues Phänomen ist, bringt Kurt Tucholsky in den ‚Schnipseln' zum Ausdruck, wenn zu diesem Stichwort das Gehabe eines Parteifunktionärs der KPD einfällt: „Schade, dass Sie nicht in der Partei sind – dann könnte man Sie jetzt ausschließen!" Vgl. Tucholsky, Kurt (1975): Gesammelte Werke in zehn Bänden. Band 10, Reinbek bei Hamburg, S. 20

den nazistischen Invasoren, floh über Danzig nach Dänemark, wo er in Untersuchungshaft geriet und Gefahr lief, nach Deutschland, in den sicheren Tod, zurückgeschickt zu werden. Der in der Autobiografie gegeben Bericht über die im Münchener Abkommen verratene Tschechoslowakei, über Angst und Chaos der darauf folgenden Monate in Prag und schließlich über die Flucht quer durch Europa, stellt ein bewegendes Zeitzeugnis dar. Schließlich konnte er nach Schweden emigrieren, wo er während des zweiten Weltkrieges auf einem Bauernhof Arbeit fand.

Sein Bruder Alfred Bergmann verließ Deutschland, um in der Schweiz als Landarzt zu arbeiten. Er hielt Verbindungen zum deutschen Widerstand und wurde von den Schweizer Behörden 1940 nach Deutschland ausgeliefert und dort hingerichtet. Alfred Bergmann wurde Opfer der klandestin praktizierten Kollaboration nazifreundlicher Behörden mit dem faschistischen Deutschland; Theodor Bergmann scheiterte Jahrzehnte später am Widerstand der Schweizer Behörden, als er versuchte aufzuklären, „wer letztendlich für die Auslieferung verantwortlich war".

Ernst, Arthur und Felix sowie die Schwester Lotte Bergmann-Walter[3] emigrierten nach Palästina und engagierten sich beim Aufbau des Staates Israel. Diese vier Geschwister eint eine eindeutig zionistisch-sozialistische Perspektive, welche – gespeist aus der Erfahrung absoluter jüdischer Wehrlosigkeit in Europa – die Verteidigungsfähigkeit des israelischen Staates immer einschließt. Allerdings zeichnet sich die Position der Bergmann-Geschwister auch durch eine klare Dialogbereitschaft aus; so fordert Arthur Bergmann etwa im Jahr 1973 eine Neuorientierung im Denken und stellt fest, dass der siegreiche israelische Staat kein Recht habe, den Besitz des besiegten palästinensischen Volkes zu konfiszieren. Die seinerzeit regierende Arbeiterpartei war jedoch „souverän" genug, die Mahnungen Arthur Bergmanns zu ignorieren. In den flüssig geschriebenen Portraits der Geschwister wird deutlich, wie sehr sie alle vom Denkmuster der friedlichen Koexistenz sowie einer sozialistischen, d.h. internationalistischen, Transformationsperspektive durchdrungen waren. Sehr lesenswert erscheint in diesem Zusammenhang Theodor Bergmanns im Jahr 2011 veröffentlichter Essay „Der 100jährige Krieg um Israel. Eine internationale Perspektive zum Nahostkonflikt". Darin formuliert Theodor Bergmann: „Die Lösung des Konflikts muss von innen kommen, aus dem Zusammenwirken der Arbeiter und Bauern in beiden Völkern, die ihre Staatsführungen unter Druck setzen oder zum Teufel jagen. Das ist realistischer als auf die ‚Staatengemeinschaft' oder einen jüdischen oder anderen Messias zu warten."[4]

Im Jahr 1946 kehrte Theodor Bergmann nach Deutschland zurück; Bergmann entschied sich ganz bewusst für Westdeutschland, eine Remigration in die sowjetische Besatzungszone erschien ihm aufgrund eigener Anschauung aussichtslos. So versuchte er – allerdings erfolglos – auch den aus den USA zurückgekehrten Jacob Walcher über die Risiken eines Lebens in der DDR aufzuklären.[5] Neben der Beendigung des agrarwissenschaftlichen Studiums – unter erschwerten Bedingungen – an der Universität Bonn, konnte er in der Gruppe „Arbeiterpolitik" mitwirken, die er als Redakteur ihrer gleichnamigen Zeitschrift maßgeblich prägte. Nachdem es 1951 zum Bruch mit dem aus der kubanischen Emigration zurückgekehrten Heinrich Brandler kam – über Details schweigt sich Theodor Bergmann aus –, schlägt er eine immer stärker wissenschaftlich orientierte Karriere ein. So gelingt ihm trotz vielfältigen und schwer zu überwindenden Widerständen 1955 die Promotion an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim über Probleme der schwedischen Landwirtschaft. Von 1956 – 1965 arbeitet Theodor Bergmann in landwirtschaftlich geprägten Einrichtungen, vor allem für die Landwirtschaftskammer Hannover.

Lebenslang führte Theodor Bergmann einen Kampf an mehreren Fronten: Die Stalinisten verleumdeten den undogmatischen Marxisten und belegten ihn mit Bannflüchen, den Sozialdemokraten – die er kritisierte – blieb er zeitlebens verdächtig und die pseudodemokratischen Spießer behinderten seine wissenschaftliche Karriere, wo immer sie konnten. Trotz alledem blieb er dem Gedanken der sozialen Emanzipation in Freiheit und Selbstbestimmung sein ganzes Leben über verbunden. Selbst bei den sich 1968 radikalisierenden Studenten war Bergmann – nun als habilitierter Wissenschaftler in Hohenheim tätig – nur schlecht gelitten. Er kritisierte ihren blinden Glauben an Stalin oder Mao und trat für das Existenzrecht Israels ein. Die Studierenden hatten dafür kaum Verständnis. „Manche antizionistischen Äußerungen kamen dem Antisemitismus ziemlich nahe", erinnert sich Bergmann und fährt fort: „Angeblich besonders radikale Linke schämten sich nicht der Nachbarschaft deutscher Faschisten, als sie sich von der PLO im Libanon militärisch ausbilden ließen."

Beruflich setzt sich Theodor Bergmann nun mit den Problemen der ‚dritten Welt' auseinander und entwickelt sich zum Genossenschaftsexperten. Tief trifft ihn das Scheitern des vielleicht aussichtsreichsten Reformversuches, des Prager Frühlings, nach dessen Niederschlagung er den in den Westen geflüchteten Reformern wenigstens materiell zu helfen versucht. Dennoch stellt sich für ihn nun die Frage: „Ist ein Scheitern der menschlichen Emanzipation, ein ‚Verrat' aller Revolutionen, naturgegeben?" Theodor Bergmann kommt zu dem Schluss: „Es muss ein anderes Ende geben." So arbeitet er – seit seiner Emeritierung im Jahr 1981 – , verhalten optimistisch, unermüdlich weiter.

Herzlichen Glückwunsch Theodor Bergmann.

3 Die biographischen Skizzen über die beiden Schwestern bleiben leider eigentümlich blass.

4 Vgl. Bergmann, Theodor (2011): Der hundertjährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt. Hamburg

5 Mitglieder der KPDO wurden in der DDR regelmäßig in den 1950er Jahren kaltgestellt, sofern ihnen nicht Schlimmeres widerfuhr.

Thilo Sarrazin: Wunschdenken

Thilo Sarrazin: Wunschdenken. Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert; DVA, München 2016; 576 S., EUR 24,99

Helmut Woll

Nach den Bestsellern „Deutschland schafft sich ab" (2010), „Europa braucht den Euro nicht" (2012) und der „Neue Tugendterror" (2014) hat der bekennende Sozialdemokrat Thilo Sarrazin ein neues Buch „Wunschdenken" (2016) vorgelegt. Es setzt die bisherigen bissigen Bemerkungen zur aktuellen deutschen Politik fort. Im neuen Buch geht es vor allem um Europa, Währung und Einwanderung. Sarrazin stellt die politische Gretchenfrage: Werden wir gut regiert? Oder bleibt die Politik hinter ihren Möglichkeiten zurück? Und wenn das so ist – woran liegt das? Wie kommen politische Fehlentwicklungen zustande und wie kann man sie vermeiden?

In ‚Wunschdenken' erläutert der Autor zu Beginn seine politische Theorie und sein Menschenbild. Als oberster Maßstab für gutes Regieren gilt ihm das individuelle Wohlergehen jedes Einzelnen in der Gemeinde oder im Staat. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf den britischen Utilitaristen Jeremy Bentham sowie auf John Locke, David Hume und Adam Smith. Bentham bezeichnete 1775 „das größte Glück der großen Zahl" als „den Maßstab für Richtig und Falsch". Diese Formulierung ziele, so seine Interpretation, auf das individuelle Empfinden der einzelnen Menschen, nicht auf die Gesellschaft oder die Gruppe und verneine damit die Gültigkeit oder den Vorrang kollektiver oder transzendenter Ziele. Der Staat habe dabei eine zweifache Aufgabe: Er müsse einerseits dem einzelnen Bürger den Freiheitsspielraum sichern, den er braucht, um sein individuelles Glück zu verfolgen. Andererseits müsse er jeden Einzelnen vor der Gewalt der anderen schützen. Freiheit und Sicherheit kann nach Sarrazin nur von einem starker Staat garantiert werden, im Gegensatz zur meist verbreiteten These der englischen Klassiker, die für einen schwachen Staat (Nachtwächterstaat) plädieren. Freiheit der Religionsausübung und auch alternative Lebensformen gehören dazu. Der Autor kombiniert nun die Wohlfahrtsdefinition von Bentham mit Kants kategorischem Imperativ zu einer Moralphilosophie: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne". Ergänzt wird diese Position durch die Sichtweise von Max Weber. Es gehe dabei nicht so sehr um eine Gesinnungsethik, sondern vor allem um eine Verantwortungsethik. Der Einzelne und auch der Staat müssten vor allem die Nebenwirkungen des Handelns im Blick haben und nicht nur die gute Absicht.

Sarrazin geht ausführlich der Frage nach, weshalb einige Gesellschaften Erfolg haben und andere nicht. Wichtig für Erfolge seien institutionelle Rahmenbedingungen, kulturelle und religiöse Traditionen. So zitiert er Max Weber in Bezug auf die Bedeutung des Protestantismus für die westlichen Staaten, während muslimische Staaten meist ökonomisch nicht sehr erfolgreich gewesen seien. Er diskutiert die politische Konzeption Platons, den Gottesstaat von Augustinus und Utopia von Thomas Morus. Im Sinne Poppers plädiert er für eine offene Gesellschaft und verwirft die Hegelsche Staatsphilosophie und den Platonischen Staat als autoritär, als Feinde einer offenen Gesellschaft. Offenheit heißt für ihn aber eben nicht, dass Muslime ihre Wertvorstellungen in westlichen Gesellschaften leben können, während die westliche Bevölkerung offen die muslimischen Werte kritisieren darf. Hier gesteht der Autor ein Paradoxon in der gesellschaftlichen Debatte im Umgang mit dem Begriff ‚offen' ein.

Als Regeln und Grundsätze guten Regierens, die er ausführlich darstellt, gelten ihm: Nur bedingt Vollstrecker des Zeitgeistes sein, sich der psychologischen Macht der Medien und der Sogkraft von Mehrheiten entziehen, einen inneren Kompass haben, langfristig denken, Machtbewusstsein entwickeln, nicht zu viel wollen, risikoscheu sein, ein klares Bild haben, hartnäckig sein und flexibel bleiben.

Als Beispiele schlechten Regierens werden die Konflikte um die Kommerzialisierung des Nürburgringes und der Berliner Bankenskandal dargestellt. Für Fehlentscheidungen der deutschen Nachkriegspolitik hält er: die große Rentenreform 1957, den Zuzug der Gastarbeiter statt Verlagerung von Industriekapital ins Ausland in den 1960er Jahren, keine Reaktion auf den massiven Geburtenrückgang seit den 1960er Jahren, eine falsche Reihenfolge im Aufbau Europas (zuerst die politische Einheit dann die Währungsunion). Die Energiewende kritisiert er als planlos. Umweltschutz und Kernenergie hält er für vereinbar.

Sarrazin sieht und kritisiert eine Reihe von fundamentalen Fehlern und Selbsttäuschung bei der Einführung des Euro: Falsche Prognosen, übertriebene Versprechungen und Unterschätzung von Handlungszwängen. Der Autor betont die klassische Wachstumspolitik. Wohlstand beruht demnach auf der Zahl der Bevölkerung und auf dem technischen Fortschritt, der auf dem ‚Kognitiven und Sozialen Kapital' basiert. Er hebt besonders das Kognitive Kapital hervor. Hier sieht er die Bewohner der westlichen Industrieländer im Vorteil, denn sie bemühten sich um eine gute Bildung. Den Bewohnern Afrikas z.B. sei diese Sichtweise fremd, deswegen sollten nur Menschen nach Europa einwandern dürfen, die vor allem das Kognitive Kaptal überdurchschnittlich bereichern. Nur so seien Demokratie und Wohlstand zu sichern. Die Politik müsse pragmatisch vorgehen, nicht utopisch.

Auf der Basis dieses Gesellschafts- und Menschenbildes plädiert Sarrazin in diesem und seinen vorigen Büchern für einen starken Staat, der die Bürger vor inneren und äußeren Gefahren schützt, die Grenzen sichert und die Kriminalität bekämpft: Interessenpolitik lautet die Maxime, alles andere sei Wunschdenken. Folgerichtig kritisiert er die Flüchtlingspolitik der

Regierung als naiv und verantwortungslos. Wohlstand soll und kann in dieser Lesart nur geschaffen werden, wenn nur qualifizierte Menschen im Sinne der Humankapitaltheorie eingebürgert werden, wenn die weiterführenden Schulen (Gymnasien) mit polytechnischem Unterricht und Hochschulen eine leistungsorientierte, international konkurrenzfähige Bildung vermitteln. Privatschulen soll es auf allen Ebenen geben. Eine stabile Währung in einem vereinten Europa sei anzustreben. Dazu gehören für ihn auch eine originäre europäische Besteuerung und eine Insolvenzordnung für Staaten. Die Familien will er stärker gefördert sehen, es gelte die Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen. Volksentscheide sieht er als Verbesserung der demokratischen Kultur.

Der Autor musste sich für seine provokanten Thesen harte Kritik gefallen lassen, er sei gefühllos, predige Egoismus, elitäres Denken und verpacke seine Angst und Ressentiments gegenüber Flüchtlingen in eine wissenschaftliche Sprache. Er musste schließlich sogar seine Tätigkeit bei der Bundesbank aufgeben. Ein Parteiausschlussverfahren aus der SPD konnte er in letzter Minute abwenden.

Sarrazin schreibt in seiner neuen Tätigkeit als politischer Schriftsteller Bücher in der Rolle, die er jahrelang erfolgreich ausgeführt hat, eines preußischen Ministerialbeamten, der von seinem Minister (CDU, SPD oder FDP) gebeten wird, zu einem aktuellen Problem in einer überschaubaren Zeit eine prägnante Expertise zu liefern. Wobei der Minister darauf seine Entscheidung so oder so begründen kann. Sarrazin bedient sich dabei herrschender Menschen- und Gesellschaftsbilder in Politik und Wissenschaft. Die Einbindung Europas in die westlichen Industriestaaten und die damit verbundenen Vor- und Nachteile werden kaum behandelt. Das Buch hat eher einen binnenwirtschaftlichen Blick. Es plädiert zwar für wirtschaftlichen Wettbewerb und offene Märkte, sieht aber nicht, dass diese eine nationale Wohlstandspolitik einschränken. Sarrazin ist für eine liberale Wirtschaftspolitik, er erkennt aber nicht den Widerspruch, dass Liberalisierung auch den Arbeitsmarkt betrifft und damit letztlich auch zu weltweiten Wanderungsbewegungen führt. Zukunftsorientierte, offene Menschenbilder fehlen. Vielleicht ist die weltweite Flüchtlingsbewegung aber eine Herausforderung von einem solchen Ausmaß, dass ein neues Denken, Fühlen und Wollen angemessener wäre!

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit?

Der Impuls der Dreigliederung und die Gründung des Internationalen Kulturzentrums Achberg – Erinnerungen, Reflexionen, Ausblicke

Hg. von Ramon Brüll und Rainer Rappmann. 1. Auflage 2016, 210 Seiten, Broschur, EUR 24,00, ISBN (FIU-Verlag) 978-3-928780-39-1 und ISBN (Info3 Verlag) 978-3-95779-035-4

Im Jahr 1971 wurde das Internationale Kulturzentrum Achberg bei Lindau / Bodensee als Tagungsort für die neu entstehende Bewegung für soziale Dreigliederung gegründet. Von „Aufbruchsstimmung" ist die Rede. Von einem „mitteleuropäischen Woodstock", davon, die Welt verbessern zu wollen, und zwar radikal und sofort. Und davon, erstmal die richtigen sozialen Begriffe zu bilden, sie „ins Rechte zu denken". Ein „Dritter Weg jenseits von Kommunismus und Kapitalismus" wird gesucht und auch proklamiert. – Die 1918-1922 von Rudolf Steiner ins Leben gerufene Bewegung für soziale Dreigliederung erlebte 50 Jahre später mit der Gründung des Internationalen Kulturzentrums Achberg zwischen Wangen im Allgäu und Lindau am Bodensee 1971 einen Neustart. Tagungen und Kongresse werden durchgeführt, Aktionen gestartet, Institute gegründet.

In dem vorliegenden Band kommen zahlreiche Menschen zu Wort, die an der neuen Bewegung für gesellschaftliche Erneuerung mitgewirkt haben und ihre Erinnerungen aus jeweils unterschiedlicher Perspektive dokumentieren.

Der auf DVD beigefügte Dokumentarfilm über den Achberger Jahreskongress 1974 ergänzt die niedergeschriebenen Erinnerungen und Perspektiven um eine Note, die nicht nur als Nostalgie verstanden werden will. Vielmehr stellt sich die Frage, was die Beteiligten vor gut vierzig Jahren gewollt haben, was davon realisiert wurde (und was nicht) und – folglich – was auch heute noch verändert werden muss, wenn wir in einer „Gesellschaft mit dem Antlitz des Menschen" (Alexander Dubcek) leben wollen.

Die Autoren sind: Johannes Aschauer, Ramon Brüll, Peter Dahlinger, Michiel Damen, Edda Dietrich, Ingrid Feustel, Gerald Häfner, Wilfried Heidt, Birgit Irmer, Christoph Klipstein, Henning Köhler, Dieter Koschek, Jutta Lauer, Claudine Nierth, Rainer Rappmann, Ulrich Rösch, Uwe Scheibelhut, Gerhard Schuster, Ota Šik, Herbert Schliffka, Loes Swart, Wolfgang Zumdick.

Quelle: http://www.sozialeskulptur.com/buchpraesentation-freiheit-gleichheit-bruederlichkeit/

Netzwerk
Dreigliederung

Netzwerktreffen 2016

Begegnung – Austausch – Aktuelle Fragen

25. bis 27. November 2016

Beginn: Freitag, 19:30 Uhr, Ende: Sonntag, 14:00 Uhr

Silvio-Gesell-Tagungsstätte
Schanzenweg 86
42111 Wuppertal

Das Treffen wird durch einen Vorbereitungskreis in Wuppertal vorbereitet.

Unser Wunsch ist es, genügend Raum zu geben für Begegnung und Austausch. Darüberhinaus wollen wir uns mit einem aktuellen Thema befassen.

Genauere Informationen folgen in der Septembernummer.

Kontakt und Anmeldung:
Bitte möglichst direkt über die regionalen Veranstalter.
Kontaktadresse: Stefan Padberg, post@futur3.org

Zimmerbuchung bei der Tagungsstätte:
http://www.silvio-gesell-tagungsstaette.de
Da die Zimmerzahl begrenzt ist, empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig zu buchen

Anfahrtsbeschreibung: http://www.silvio-gesell-tagungsstaette.de/kontakt/anfahrt/

Arbeit im Wandel

Krise der Arbeit? – Neue Unsicherheiten – Neuordnung von Arbeit und Einkommen

7. und 8. Oktober 2016
Forum 3, Gymnasiumstr. 21
70173 Stuttgart

Die Arbeitswelt macht dramatische Wandlungsprozesse durch. Der Produktivitätsfortschritt ist immens und wird durch die Digitalisierung noch beschleunigt und verstärkt. Was, sozial sinnvoll gestaltet, die Chance böte, durch ersparte Arbeit neue Möglichkeiten zum Ergreifen bisher vernachlässigter Aufgaben zu öffnen, kommt primär als Krise der Arbeit zur Erscheinung. Prekäre Beschäftigung nimmt zu – bei gleichzeitiger Konzentration des Reichtums bei Wenigen.

Wie können wir die Phänomene und Triebkräfte des Wandels besser verstehen und welche Möglichkeiten gibt es, das Verhältnis von Arbeit und Einkommen in einer Weise neu zu ordnen, die der Befreiung der Arbeit und einer solidarischen Wirtschaft für die Menschen dient? Darum geht es bei dieser Veranstaltung.

Kontakt:

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

Öffentliches Werkstattgespräch
Freitag, 7. Oktober 2016,
Beginn: 19.30 (!) Uhr

Einleitender Vortrag, danach Plenumsdiskussion: **Arbeit, Einkommen, Menschenwürde** (Udo Herrmannstorfer). Moderation: Ulrich Morgenthaler

Forschungskolloquium*
Samstag, 8. Oktober 2016

I. 9.00 – 10.30: Arbeit im Wandel: Phänomene und Pathologien. Einleitung: Dr. Steffen Lehndorff

II. 14.00 – 15.30: Reformen im Bestehenden: Weg des Wandels? Einleitung: Prof. Dr. André Bleicher

III. 11.00 – 12.30: „Der blinde Fleck ist das Ganze": Arbeit als Gestaltungsfeld sozialer Beziehungen. Einleitung: Udo Herrmannstorfer

IV. 16.00 – 17.30: Die Befreiung der Arbeit. Gesprächseinstieg: Prof. Dr. Christoph Strawe

17.30 – 18.30: Abschließende Vertiefungsrunde. Ergebnisse, Arbeitsaufgaben

* Das Forschungskolloquium ist ein Gespräch zwischen Menschen, die sich bereits intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Interessierte Gäste sind als Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbitten zur Kostendeckung der Veranstaltung eine Spende, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.